Dienstag, 7. Februar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 32 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Bürgerkrieg: Nach Ausweitung der Kämpfe auf ganz Beirut hat die libanesische Regierung eine allgemeine Ausgangssperre verhängt. Die beiden wichtigsten Oppositionsführer, der Druse Dschumblatt und der Chef der schiitischen Amal-Milizen, Berri, fordern den Rücktritt von Präsident Gemayel.

Sicherheit Israels: Notfalls werde Israel seine Sicherheitsinteressen in Südlibanon auch ohne Vereinbarung mit Präsident Gemayel wahrnehmen, erklärt Ministerpräsident Schamir. (S. 1)

Kaschmir: Zu der Ermordung des indischen Diplomaten Havinda Hareshawa Mhatre in England bekennt sich eine „Befreiungsarmee von Kaschmir".

Mittelamerika: Nicaraguas Nachbar Honduras hat an die USA appelliert, ihre Militärpräsenz aufrechtzuerhalten oder eher noch zu verstärken.

Protestaktion: Gegen die Stationierung sowjetischer Raketen in der Tschechoslowakei haben in einem Brief an die Staats- und Parteiführung fast 1000 CSSR-Bürger protestiert.

Hiehle will gehen: Der für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zuständige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Hiehle, hat Minister Wörner um Versetzung in den Einstweiligen Ruhestand gebeten. (S. 6)

Rüstung: Die CDU/CSU hat Moskau aufgefordert, ihren Vorschlag für einen Abzug aller chemischen Waffen aus Europa mit einem Schema zur Überprüfung zu ergänzen. Das östliche Angebot enthalte begrüßenswerte Elemente, Pferdefuß bleibe das Fehlen von Überprüfungsmöglichkeiten.

Zusammenarbeit: Sieben Jahre nach Aufkündigung des Beistandsvertrags haben die USA und Brasilien wieder militärische Zusammenarbeit vereinbart.

Angebot an Moskau: Japan hat der Sowjetunion eine Erweiterung der Gesprächskontakte vorgeschlagen, um die Beziehungen „aus der Sackgasse" zu führen. (S. 1)

Heute: Tagung von Vorstand und Fraktion der Europäischen Volkspartei in Bonn. – Ägyptens Staatspräsident Mubarak zu Besuch in Marokko.

Olympia-Service der WELT

Noch vor der Eröffnungsfeier der Olympischen Winterspiele am Mittwoch in Sarajevo beginnt heute das Eishockey-Turnier. Der Terminplan der Spiele, die bis zum 19. Februar dauern, auf zwei Sonderseiten der WELT. Und: Olympia-Programm, Fernseh-Übertragungen, Favoriten.

WIRTSCHAFT

Grundig AG: Firmenchef Max Grundig hat den Vertrag für die Übernahme der unternehmerischen Führung seiner Werke durch den niederländischen Philips-Konzern zum 1. April unterschrieben. Das Bundeskartellamt muß noch zustimmen. (S. 9)

Salzgitter: Der bundeseigene Konzern (630 Millionen DM Verlust 1982/83) hat dem Finanzminister ein Konzept vorgelegt, das ihn in zwei bis drei Jahren in schwarze Zahlen bringen soll.

Konjunktur: Der Auftragseingang der deutschen Industrie fiel im Dezember um ein Prozent niedriger aus als im Vormonat.

Börse: Gewinnmitnahmen führten zu teilweise erheblichen Kurseinbußen bei den Standardwerten. Allerdings kam es auf ermäßigter Basis zu Rückkäufen. Der Rentenmarkt war knapp behauptet. WELT-Aktienindex 157,5 (159,9). Dollarmittelkurs 2,7500 (2,7505) Mark. Goldpreis pro Feinunze 380,80 (383,10) Dollar.

ZITAT DES TAGES



»Eine gemeinsame Militärstrategie der zehn Länder der Europäischen Gemeinschaft ist ohne größere politische und diplomatische Einheit unvorstellbar«

Der französische Staatspräsident François Mitterrand in einem Interview des niederländischen Fernsehens FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Manès Sperber: Im Alter von 78 Jahren ist der französische Schriftsteller in Paris gestorben. Der aus Ostgalizien (heute UdSSR) stammende Sperber erhielt 1983 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. (S. 13)

Spar-Etat: Italiens Finanzminister Longo hat die knappen Gelder des Ministeriums für die Kulturgüter auf ein Drittel gekürzt. Von 53 Projekten für dringende Restaurierungsarbeiten wurden nur zwei genehmigt. (S. 13)

SPORT

Sarajevo: Mit Udo Kießling, gegen den kein Protest mehr wegen des Amateurstatus vorliegt, bestreitet heute (20.00 Uhr) die deutsche Eishockey-Mannschaft ihr erstes Spiel in Sarajevo. Gegner ist Jugoslawien. (S. 15)

Olympia: Ab 1988 werden Olympische Winterspiele ebenso lang dauern wie die Sommerspiele – 16 Tage. Das beschloß das Internationale Olympische Komitee (IOC). In Sarajevo dauern die Spiele nur zwölf Tage.

AUS ALLER WELT

Hungertod: Ein an Depressionen leidender 85jähriger Mann, dem von einem Richter das Recht zugestanden worden war, sich zu Tode zu hungern, ist nach 45tägigem Fasten in einem Pflegeheim in Syracuse (New York) „ruhig und friedlich eingeschlafen", teilte sein Anwalt mit.

Herstatt: Erstmals seit Beginn seines Prozesses wegen Untreue und betrügerischen Bankrotts hat sich der frühere Bankier jetzt seinen Richtern im Kölner Landgericht gestellt. (S. 14)

Wetter: Stark bewölkt. Im Norden Schauer, im Süden Regen.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Shultz: Der Kongreß erschwert die US-Position in Libanon

Kaum Chancen für Kabinett der Einheit in Beirut / Abkommen mit Israel bleibt

DW. **Beirut**

In Libanon drohte gestern der Versuch von Präsident Amin Gemayel zu scheitern, eine Regierung der „nationalen Einheit" zu bilden. Weder Drusenführer Walid Dschumblatt noch der Chef der schiitischen Organisation Amal, Nabih Berri, gingen auf den Vorschlag des christlichen Präsidenten ein, Vertreter der sich bekämpfenden politischen Kräfte in einem Kabinett zusammenzuführen.

Dschumblatt sagte in Damaskus, wenn Gemayel im Amt bleibe, bedeute dies die Zerstörung des Landes. Ein politischer Dialog der zerstrittenen Parteien würde lediglich dazu „dienen, die Verbrechen dieses Regimes zu kaschieren".

Der Präsident lehnte die Forderung der Opposition ab, das im Mai vergangenen Jahres mit Israel getroffene Abkommen über einen Truppenabzug zu annullieren. Gemayel sagte: „Die Abschaffung dieses Abkommens würde bedeuten, daß wir die Israelis weiterhin auf unserem Territorium haben werden." Daher sei es nicht denkbar, diese Vereinbarung rückgängig zu machen.

Dazu äußerte der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir, der Abzug der israelischen Streitkräfte aus Libanon sei „nur noch eine Frage der Zeit – vielleicht einiger Monate". Verteidigungsminister Moshe Arens erläuterte gleichzeitig in Jerusalem, für den Fall eines Sturzes von Gemayel durch Syrien halte Israel „sehr gute Stellungen" in Südlibanon besetzt, um seine „eigene Nordgrenze schützen zu können". US-Außenminister Shultz beklagte, daß der Kongreß die Position Washingtons in Libanon erschwere.

SEITE 2:
Khomeinis große Offensive
SEITE 6:
Vatikan sorgt sich um Christen

TH. KIELINGER, **Washington**

Die amerikanische Regierung sieht in dem Auseinanderbrechen der libanesischen Regierung das Resultat syrischer Drohungen. Immer deutlicher zeichne sich ab, daß Präsident Assad darauf ausgerichtet sei, über ganz Libanon Gewalt zu bekommen. Regierungskreise in Washington sehen der weiteren Entwicklung pessimistisch entgegen. Es hieß, die USA seien kaum in der Lage, dem Chaos in Libanon entgegenzuwirken.

Inzwischen bedrängt die israelische Regierung das Weiße Haus, seine militärischen Mittel vor Ort entschiedener und gezielter einzusetzen. Seit Wochen haben beispielsweise die vor der Küste Libanons liegenden amerikanischen Schlachtschiffe und Kreuzer nicht mehr in das Geschehen eingegriffen. Die Kanonen des Schlachtschiffes „New Jersey" hatten im Dezember 1983 zum letztenmal drusische Stellungen südöstlich von Beirut beschossen.

Die israelische Auffassung wurde am vergangenen Freitag unmißverständlich dem US-Sonderbotschafter für den Nahen Osten, Donald Rumsfeld, übermittelt, als dieser zu neuen Gesprächen in Jerusalem war. Sie deckt sich mit der Ansicht verschiedener amerikanischer Analytiker, so etwa Henry Kissingers. Sie argumentieren ebenfalls dahin, daß sich die amerikanische Militärische Präsenz in Libanon stärker bemerkbar machen müsse, solle Präsident Gemayel überhaupt eine Chance behalten.

Erschwert wird die Lage durch den Kongreß, der seit Tagen Resolutionen mit dem Ziel diskutiert, die US-

■ Fortsetzung Seite 6

Jerusalem erwägt einseitigen Rückzug

Premier Shamir: Israel ist notfalls bereit, seine Grenze zu Libanon allein zu sichern

R. SELIGMANN/DW. **Bonn/Jerusalem**

Der sich abzeichnende Zusammenbruch der Regierungsautorität in Libanon hat in Israel Besorgnis ausgelöst. In Jerusalem besteht kaum noch Hoffnung, daß das Truppenabzugsabkommen mit Beirut vom März vergangenen Jahres verwirklicht werden kann. Diese Übereinkunft sah unter anderem einen gleichzeitigen Abzug aller fremden Truppen aus Libanon vor – das heißt de facto der israelischen und syrischen Kontingente.

Voraussetzung für die Realisierung dieses Abkommens war und ist eine starke Zentralregierung in Beirut, deren Armee fähig wäre, die Positionen der abziehenden fremden Truppen zu übernehmen. Aber die Weigerung der Führung in Damaskus, ihre Soldaten aus Libanon abzuziehen, und die von Syrien mit drusischen und schiitischen Milizen gesteuerte Offensive gegen die Zentralregierung in Beirut haben das Abkommen Makulatur werden lassen.

Israel ist daher nach den Worten von Ministerpräsident Yitzhak Shamir entschlossen, die Sicherheit seiner Nordgrenze notfalls im Alleingang zu gewährleisten. In der israelischen Regierung scheint sich nun die Erkenntnis durchzusetzen, daß dies auch ohne die ständige Stationierung israelischer Truppen möglich ist. So stellte Shamir einen baldigen Abzug des israelischen Militärs aus Libanon in Aussicht. Damit ist der Regierungschef zum ersten Mal von seiner Position abgerückt, die als Bedingung für den Rückzug der israelischen Armee aus dem Süden Libanons den gleichzeitigen Abzug der syrischen Kontingente forderte.

In der israelischen Armee wird seit längerem ein Rückzug der Streitkräfte aus Südlibanon befürwortet. Generalstabschef Levy forderte ihn öffentlich. Es kann davon ausgegangen werden, daß er dabei in stillschweigender Übereinstimmung mit Verteidigungsminister Arens handelte. Im Verteidigungsministerium und in der Armee ist man nämlich der Meinung, daß sich das Militär auch nach dem Rückzug auf die Awali-Linie im September 1983 in einer exponierten Position befindet. Trotz der mit den modernsten elektronischen Mitteln gesicherten Verteidigungsanlagen gelingt es Kommandotrupps der PLO und schiitischen Selbstmordtruppen gelegentlich, hinter die israelischen Linien zu gelangen. Darüber hinaus wird die Lage der israelischen Truppen in den von Schiiten bewohnten Städten Südlibanons immer schwieriger. Ein Rückzug auf die israelisch-libanesische Demarkationslinie würde die Armee aus dieser psychologisch und militärisch unangenehmen Lage befreien.

Im Generalstab ist man überzeugt, daß das Leben in Nordisrael am besten durch eine Kombination von Maßnahmen gesichert werden kann: Effektive Grenzsicherung, eine Zusammenarbeit mit der Miliz des verstorbenen Majors Haddad sowie gelegentliche präventive Vorstöße gegen feindliche Kommandoeinheiten. Darüber hinaus würde ein Rückzug Mittel freimachen, die das Militär, angesichts einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes, dringend benötigt.

Stoltenberg bremst Finanzwünsche

Bundesrats-Beschlüsse „nicht finanzierbar" / FDP gegen Aufschub der großen Steuerreform

HEINZ HECK, **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist in einem Rundfunkinterview den immer stärker ausufernden Forderungen an den Bundeshaushalt entgegengetreten. Zugleich hat das FDP-Präsidium die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) vorgeschlagene Verschiebung der großen Steuerreform bis zum Ende des Jahrzehnts mit Nachdruck zurückgewiesen. Übereinstimmend haben sich Stoltenberg und die FDP für eine Fortsetzung der mit dem Regierungswechsel eingeleiteten Politik zur Gesundung der Staatsfinanzen ausgesprochen.

Stoltenberg zeigte sich im NDR „besorgt, daß zu viele Funktionäre, zu viele Politiker, auch einzelne Vertreter von Landesregierungen jetzt schon wieder Milliarden Mehrausgaben fordern". Dabei bezeichnete er die Beschlüsse des Bundesrats vom Freitag, durch die die Vorruhestandsregelung möglicherweise um mehr als eine Milliarde Mark verteuert werden soll, als „nicht finanzierbar".

Politische Entscheidungen über die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer kündigte er für April, spätestens Mai an und sprach von einem Entlastungseffekt von „mindestens 20 Milliarden Mark". Zugleich müßten Steuervergünstigungen abgebaut und geprüft werden, ob über die Erhöhung anderer Steuern ein Teilausgleich erfolgen solle, vor allem dann, wenn man über 20 Milliarden Mark Entlastung hinausgehen wolle.

Während Stoltenberg sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens immer noch zurückhielt, forderte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" mindestens einen ersten Schritt zu steuerlichen Erleichterungen für 1986. Späth nannte diesen Zeitpunkt ebenfalls, allerdings nur für eine Steuersenkung für Familien um sechs bis acht Milliarden Mark, während Empfehlungen für eine „große Steuerreform" zum Ende des Jahrzehnts zunächst von einer Expertenkommission ausgearbeitet werden sollten. Gegenwärtig gehe es nur um die Rückgabe der bis dahin zu erwartenden heimlichen Steuererhöhungen von etwa zwölf Milliarden Mark. Die verbleibende Summe reiche allenfalls, um Steuerzahler in der „unteren proportionalen Zone" zu entlasten.".

Der FDP-Vorsitzende Genscher wird in Kürze mit DGB-Chef Ernst Breit und Arbeitgeberpräsident Otto Esser zu einem Gespräch über die weitere wirtschaftliche Entwicklung zusammenkomnen. Das FDP-Präsidium befürchtet, daß die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche die diesjährige tarifpolitische Runde belasten und den Arbeitsfrieden nachhaltig gefährden werde.

Was Chinas Partei nützt, ist Recht

AP/Kli. **Peking/Bonn**

Die Volksrepublik China sollte „nützliche Elemente" ausländischer Rechtssysteme übernehmen, gleichgültig, ob sie in feudalistischen oder kapitalistischen Gesellschaften entstanden sind. Diesen Rat gab die halbmonatlich erscheinende theoretische Parteizeitschrift „Hongqi" (Rote Fahne) in ihrer jüngsten Ausgabe. In einem Artikel mit der Überschrift „Arbeitet fleißig am Aufbau eines sozialistischen Rechtssystems mit chinesischen Merkmalen" setzen sich drei chinesische Rechtsgelehrte außerdem dafür ein, nicht zu viele und nicht zu komplizierte Gesetze zu erlassen.

Alle Gesetze sollten dem Aufbau des Sozialismus unter Berücksichtigung der besonderen chinesischen Bedingungen sowie dem Wohl des Staates und des Volkes dienen, fordert „Hongqi". „Wir sollten alte und ausländische Gesetze kritisch prüfen, gleichgültig, ob sie aus Sklavenhalter-Gesellschaften, aus feudalistischen oder kapitalistischen Gesellschaftssystemen stammen. Und wir sollten das Entbehrliche ausscheiden und das Wesentliche übernehmen."

Seit rund drei Jahren sind im kommunistischen China zahlreiche neue Gesetze ausgearbeitet worden. Erstmals in der chinesischen Geschichte wurde 1980 auch ein Strafgesetzbuch veröffentlicht. Doch schwebt der chinesischen Führung offenbar kein Rechtsstaat westlicher Prägung mit starken Rechten und Freiheiten des einzelnen vor. Sie möchte das Land aber nach festen Regeln regieren, um den Chinesen wieder Vertrauen in die Partei einzuflößen, das in den Wirren der „Kulturrevolution" (1966–1976) fast gänzlich verloren ging.

Im ersten Jahrzehnt nach Gründung der Volksrepublik waren mehr als 700 Gesetze und Verordnungen erlassen worden. Die meisten galten während der „Kulturrevolution" nicht mehr, traten jedoch inzwischen wieder in Kraft. Doch soll die Rechtsordnung im kommunistischen China durchaus keine selbständige Funktion erhalten wie in westlichen Demokratien. Der Führungsanspruch der Partei bleibt oberstes Gebot.

Im September 1983 kündigte Chinas Parlamentspräsident Peng Zhen bereits zum zweiten Mal die Verschärfung der von ihm maßgeblich mitformulierten Strafgesetze an. Bis 1982 wurde die Todesstrafe nur für Mord und konterrevolutionäre Tätigkeit verhängt, fortan können auch sechs weitere Delikte wie Waffenhandel oder Vergewaltigung mit der höchsten Strafe geahndet werden. In der jüngsten Law-and-Order-Kampagne sollen mehr als 100 000 Verdächtige auf den Fahndungslisten gestanden haben. Einige hundert Todesurteile wurden bereits – häufig öffentlich – vollstreckt.

DER KOMMENTAR

Steuer-Rudern

PETER GILLIES

Das Stichwort „Steuerreform" reizt die Politiker zum Fabulieren. Es ist so recht geeignet, die Gegensätze innerhalb des Regierungslagers voll aufbrechen zu lassen. Manche überflüssige Irritation ist die Folge, zumal da sich der Finanzminister schon wieder vehementen Ausgabewünschen gegenübersieht.

Eine kleine Partei wie die FDP hat es dabei leichter, ihre Grundsätze zu formulieren, als eine flügelschlagende Volkspartei. Aber auch Politiker, die gerne Gutes tun und oft darüber reden wollen, sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren und die Tatsachen zur Kenntnis nehmen.

Dazu gehört, daß der Staat jährlich rund sechzig Milliarden Mark Zinsen für eine riesige (und steigende) Verschuldung zahlt, daß er gerade den „Leistungsträgern" überdurchschnittliche Steuern und Abgaben abfordert. Der progressiv besteuerte Bürger, der Facharbeiter, mittlere Angestellte oder Selbständige, hat einen hohen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet. Er bedarf der Entlastung, damit er seine Mehrarbeit wieder belohnt fühlt und investiert.

Eine Entlastung setzt voraus, daß die Staatsfinanzen weitgehend saniert sind. Auf absehbare Zeit ist dies nicht zu erkennen. Wenn die FDP im Gegensatz zu Stoltenberg die Sparphase 1985 für beendet hält, greift sie der Entwicklung um einiges vor.

Die CDU sei angetreten, meinen nun Lothar Späth und andere, die Lage der Familien zu verbessern. Aber auch der Wahlkampf im Ländle sollte nicht verdekken, daß sie vor allem angetreten ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es gilt also, das Wesentliche vom Nachrangigen, die Konsolidierung vom Verteilen zu trennen. Der Jubel einer Familie, deren Kindergeld erhöht wird, hält sich in Grenzen, wenn Vater arbeitslos bleibt.

Wenn diese Regierung nicht Fehler vom Vorgänger partout wiederholen will, sollte sie sich unaufgeregt über die Prioritäten einigen. Dazu gehören die Summe einer Steuer- und Familienentlastung, der zeitliche Ablauf und die stufenweise Verwirklichung. Eine Fortsetzung der Irritationen zerschlägt das wichtigste Aktivum einer Regierung: Vertrauenskapital.

Tokio möchte Dialog mit Moskau erweitern

dpa/AP, **Tokio**

Die japanische Regierung hat der Sowjetunion die Normalisierung und Erweiterung des politischen Dialogs zwischen beiden Ländern vorgeschlagen und ihr Interesse an einem Außenministertreffen angedeutet, das in diesem Jahr in Tokio oder einem Drittland stattfinden könnte. Ministerpräsident Nakasone und Außenminister Abe unterstützten die jüngsten Gesprächsangebote von US-Präsident Reagan an Moskau und forderten die beiden Supermächte auf, die unterbrochenen Verhandlungen über die nukleare Abrüstung unverzüglich wiederaufzunehmen.

Nakasone betonte vor dem Parlament, Japan werde sich in der Sicherheitspolitik ausschließlich auf Verteidigung konzentrieren, strikt den Verzicht auf Atomwaffen einhalten und keine militärische Macht anstreben, die als Bedrohung anderer Staaten betrachtet werden könnte. Was die Sowjetunion angehe, so sei Japan daran interessiert, „aus der gegenwärtigen Sackgasse in den bilateralen Beziehungen herauszukommen".

Außerdem kündigte Nakasone Schritte zur Beseitigung von Mißhelligkeiten mit anderen Staaten auf dem Gebiet des Außenhandels an. Zu der Prophezeiung, der Welt stehe ein „japanisches Jahrhundert" bevor, sagte Nakasone: dies hänge davon ab, „ob Japan sich auch weiterhin die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft als kooperatives und vertrauenswürdiges Land sichern kann und ob die japanische Bevölkerung Fleiß und Umsicht bewahrt".

Kreml forciert den Bau Schneller Brüter

AFP, **Moskau**

Die Sowjetunion wird in diesem Jahr mit dem Bau von zwei „Schnellen Brütern" mit einer Leistung von 800 und 1600 Megawatt beginnen, teilte der stellvertretende Minister für Energie und Elektrizitätsversorgung, Gennadij Schascharin, mit. Damit bestätigte er, daß Moskau zum Ausgleich seines Rückstandes gegenüber dem Westen bei der Produktion von Kernenergie vor allem auf Schnelle Brüter setzt.

Nach Ansicht westlicher Experten will Moskau mit dem forcierten Ausbau der „Schnellen Brüter" vor allem seine Uranreserven schonen. Die Sowjetunion verfügt über rund ein Fünftel der Uranvorkommen der Welt. Bisher gibt es in der UdSSR erst drei „Schnelle Brüter".

Die Sowjetunion verfügt gegenwärtig über eine Kernkapazität von 21 000 Megawatt, sagte Schascharin. Der derzeitige Fünf-Jahres-Plan sieht bis Ende 1985 die Erhöhung der Kapazität auf 25 000 Megawatt vor. 18 neue Kernkraftwerke befänden sich im Bau, betonte der stellvertretende Minister.

Ihren ersten Versuchskernreaktor mit einer Leistung von 5000 Kilowatt hatte die Sowjetunion im Jahr 1954 gebaut. Anfang der 80er Jahre produzierte die UdSSR nur 7900 Megawatt Atomstrom gegenüber den im Plan vorgesehenen 13 800 Megawatt. Die Sowjetunion deckte damit 5,6 Prozent ihrer Stromerzeugung durch Kernenergie. Zum selben Zeitpunkt lag die Atomstromproduktion der USA bei rund 56 000 Megawatt.

Die zwei Gesichter des „olympischen" Sarajevo

Sport verdeckt Verletzungen der Menschenrechte

KNA, **Belgrad/Bonn**

Olympische Spiele – so bestimmt es die olympische Charta – sind mehr als bloße Sportwettkämpfe. Die „ausrichtende Stadt" soll auch „über die Entwicklung der geistigen Werte wachen". Es sei „nicht erlaubt, ein Land oder eine Person aufgrund von Rasse, Religion oder Politik" zu benachteiligen. Von diesen Forderungen ist in Jugoslawien bisher jedoch noch keine Rede.

Unweit von Sarajevo, in Foca und Zenica, gibt es berüchtigte Gefängnisse. Gerade aus Foca hat den Westen erst vor wenigen Wochen ein Hilferuf erreicht. Politische Häftlinge beklagten sich darüber, daß ihnen Rechte, wie sie in der Gefängnisordnung festgelegt sind, verweigert würden. Zu den 15 Unterzeichnern gehören auch zwei Franziskanermönche, darunter der junge Novize Franjo Vidovic. Er wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er ein Gedicht verfaßt hatte, in dem er die Ermordung seines Vaters und Großvaters durch die jugoslawische Polizei schilderte.

Aber nicht nur in Bosnien-Herzogewina sind Gefängnisse zu finden, in denen Bürgerrechtler ungerechtfertigte Haftstrafen absitzen. So gelangte im November 1983 ein Brief von acht Gefangenen aus der Haftanstalt Lepoglava in den Westen. Unter ihnen befindet sich der 47jährige Wirtschaftswissenschaftler Marko Veselica, der zu elf Jahren Haft verurteilt wurde, weil er angeblich Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien in den Westen geschickt hatte. Die acht Häftlinge hatten die Gefängnisleitung ersucht, anläßlich des Heiligen Jahres die Sakramente empfangen zu dürfen. Die Antwort: Einzelhaft und Schläge.

Die Liste solcher Beispiele könnte fortgesetzt werden. Aber man wird sich Mühe geben, freiheitlich und generös gegenüber den Olympia-Gästen aufzutreten. Selbst ein „Besinnungsraum", in dem auch Gottesdienste für die ausländischen Besucher gefeiert werden können, ist in Sarajevo eingerichtet worden. Den Gefangenen verweigert man jedoch jeglichen religiösen Trost.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schulterschluß

Von Günter Bading

In der SPD-„Baracke" freut man sich. Denn der verlorengeglaubte, vielgerühmte und vielfach herbeigesehnte Schulterschluß mit den Gewerkschaften scheint wiedergefunden. Vor 240 Funktionären aus den Unterbezirken – und damit quasi von der Basis – demonstrierten Parteichef Willy Brandt und der DGB-Vorsitzende Ernst Breit gemeinsamen Kampfgeist für die 35-Stunden-Woche.

Brandt kritisierte, formal moderat, aber mit Steinkühlerscher Schärfe, die Arbeitgeber schlechthin, die Handwerksmeister und die Bundesregierung. Und er rief seine Partei zu „aktiver Solidarität" mit den Gewerkschaften auf.

Ernst Breit *genoß* das Schauspiel. Er setzte sich nicht zur Wehr gegen die Umarmung. Wie könnte ihm, dem DGB-Mann und Sozialdemokraten, auch just in diesen Momenten eines glücklichen Wir-Gefühls das Wort von der Einheitsgewerkschaft einfallen? Breit widersprach auch nicht, als Brandt die von der konservativ-liberalen Regierung jetzt vorgelegte Vorruhestands-Regelung einen durchsichtigen Versuch der Gewerkschaftsspaltung nannte: hier die Verfechter der 35-Stunden-Woche, dort jene, denen – übrigens seit Jahren – die Verkürzung der Lebensarbeitszeit vernünftiger erscheint.

Haben denn nicht die Gewerkschaften, *hat nicht* auch die jetzt unverrückbar auf 35 Stunden eingeschworene IG Metall einst laut nachgedacht über diese „Tariffrente"? Kritik an der Regierungsvorlage bleibt unbenommen; Günter Döding und Hermann Rappe haben vielleicht sogar recht, wenn sie die Ausweitung der Frühverrentung von 59 auf 58 Jahre verlangen. Darüber ließe sich reden. Brandts polemische Unterstellungen aber sind wohl fehl am Platze. Die Regierung hat eine alte Gewerkschaftsforderung aufgegriffen und – teilweise – erfüllt. Sie hat damit mehr getan, als ihre sozialdemokratisch geführte Vorgängerin. Doch das ist vergessen, wenn Breit und Brandt gemeinsam in der „Baracke" auftreten. Hier wurde mit zweierlei Maß gemessen.

So *lieb dem* DGB *die Hilfskampagne der SPD* auch sein mag: Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist es nicht wert, daß die wichtigste Errungenschaft der Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur, die Einheitsgewerkschaft, durch Politisierung dieses Konflikts Schaden nimmt.

„Innere Gründe"

Von Carl Gustaf Ströhm

Jurij Andropow bleibt in der Weltpolitik ebenso wie in der sowjetischen Innenpolitik der „große Unsichtbare". Die *Umstände, die den Verteidigungsminister Marschall Ustinow* plötzlich eine Reise nach Indien absagen ließen – wobei nach Quellen aus Neu-Delhi die Sowjets „innere Gründe" ins Feld geführt haben sollen –, ferner Berichte aus osteuropäischen Kreisen über eine plötzliche, rapide Verschlechterung im Gesundheitszustand des Generalsekretärs, öffnen die Schleusen für alle möglichen Spekulationen.

Fest steht, daß zwar immer wieder die Nachricht verbreitet wird, Andropow habe seine Amtsgeschäfte aufgenommen oder er sei zumindest gerade dabei, dies zu tun, daß aber dennoch niemand ihn gesehen, niemand ihn gesprochen und niemand ihn fotografiert hat, seit er Mitte August vorigen Jahres aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden ist.

Jetzt spricht man von einer Nierentransplantation, von der die einen behaupten, sie sei gelungen, die anderen wieder sagen, sie sei mißlungen. Man hört die Auffassung, Andropow *habe* trotz Krankheit die Zügel fest in der Hand. Wie man aber den Macht- und Entscheidungsapparat des Weltreichs vom Krankenbett und in völliger Abgeschiedenheit und Unsichtbarkeit leiten kann, bleibt ein Rätsel. Selbst Stalin, der wie kein anderer sowjetischer Führer dem Volk und der Öffentlichkeit „entrückt" war, hielt es für nötig, sich immer wieder im Bild oder in eigener Person zu zeigen.

Konnte etwa Ustinow deshalb nicht nach Indien fahren, weil seine Abwesenheit die knappe Mehrheit der Andropow-Fraktion im Politbüro gefährdet hätte – was zu einer Machtübernahme durch Tschernenko und die ehemaligen Breschnjew-Anhänger hätte führen können? Wer regiert heute wirklich die Sowjetunion, wenn Andropow so krank ist – das heißt, wer fällt im Namen des Generalsekretärs die Entscheidungen? Wer steht in den Startlöchern, um die Nachfolge anzutreten, wenn der erste Mann doch nicht mehr völlig genesen sollte? *Aus Moskau kommen in diesen Tagen mehr Ungewißheit und* Unsicherheit als für den Ost-West-Dialog gut sein kann.

Wege zum Frieden

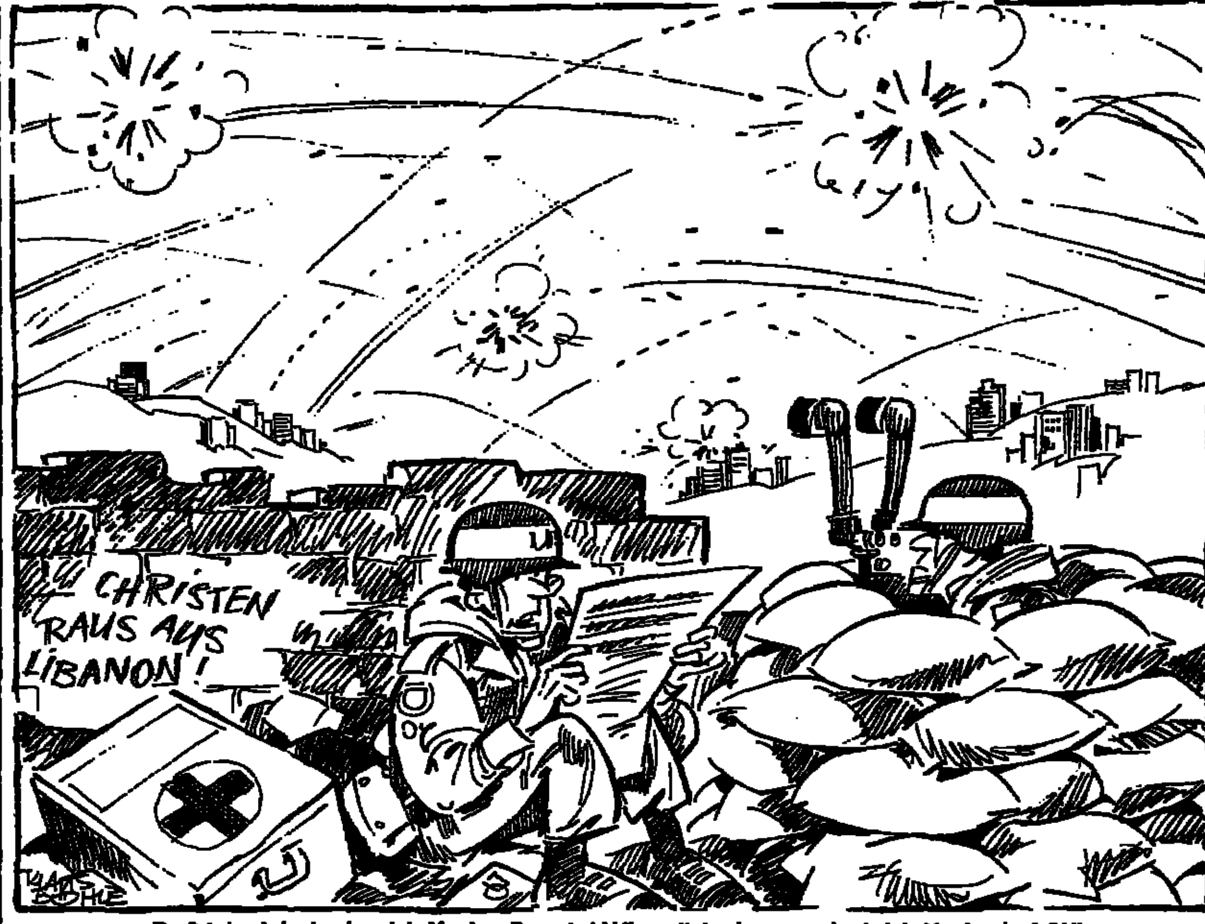
Von Rüdiger Moniac

Der Verteidigungsausschuß beendete gestern die Anhörung von Fachleuten zu einem lebenswichtigen Thema: ob *nämlich die Strategie der flexiblen Erwiderung, also das mili*tärische Konzept der NATO, auch künftig die richtige Methode der Friedenssicherung sei oder ob sie nicht inzwischen durch eine Strategie der „alternativen Verteidigung" abgelöst werden müsse. Im – politischen – Zentrum des Problems, darin waren sich die Experten einig, steht die Frage nach der „Akzeptanz". Das Wort beschreibt, wie weit die Bürger in einem demokratischen Staat bereit sind, jene Methoden und Mittel der militärischen Verteidigung als richtig zu akzeptieren, die von den Politikern als richtig dargestellt werden.

Augenfällig entwickelte sich dieser Disput zwischen zwei Sozialdemokraten: Professor Karl Kaiser und Eckhard Lübkemeier, einem jüngeren Wissenschaftler der Ebert-Stiftung.

Kaiser, der das international renommierte Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik leitet, diagnostiziert wohl die „Akzeptanz"-Krise der NATO-Strategie richtig, wenn er feststellt, daß viele Menschen nicht mehr hinnehmen wollen, zu glauben, Europa sei vier Jahrzehnte lang nur deshalb eine Insel des Friedens gewesen, weil es unter dem Risiko des Atomwaffenkrieges stand. Sie kennten nun die Wirkung der Waffen, übertrügen ihr Erschrecken auf die NATO-Strategie und forderten deren Ablösung.

Als typischer Vertreter dieser Denkrichtung trat Lübkemeier als jüngerer Experte auf. Er bezeichnete nukleare Abschrekkung als „extreme Risikopolitik", sie könne sich ihr Versagen nicht leisten. Die Menschen seien zunehmend nicht mehr überzeugt, daß staatliche Politik das Risiko unter Kontrolle hielte. In solchen Feststellungen des Jüngeren kondensieren sich „neue Einstellungen" zur Verteidigung und eine gewisse Unkenntnis der Zusammenhänge zu geradezu schicksalhaften Folgerungen für unseren Selbstbehauptungswillen. Politiker gelten ihm als gefährliche Hasardeure, vor allem die eigenen. Sie sollen durch Druck der Mehrheit gezwungen werden, den Frieden allein mit „politischen Mitteln" zu sichern. Die sowjetische Aufrüstung stört ihn dabei kaum.



„Daß ich nicht lache, bleifreies Benzin! Wie wär's denn mal mit bleifreier Luft?!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Khomeinis große Offensive

Von Peter M. Ranke

Fünf Jahre nach dem Sturz des Schah und der Heimkehr des Ayatollah Khomeini besitzt die „Islamische Revolution" einen neuen *Stützpunkt* weit *außerhalb* Irans: in Libanon. Dort, bei den Schiiten in der südlichen Banlieu von Beirut, gilt nur noch das Wort Khomeinis und seiner Prediger; Regierung oder Armee haben nichts mehr zu bestellen. Eine eigene, starke Miliz namens Amal (Hoffnung) schirmt die Vororte ab und berennt Posten der Armee wie der allierten Friedenstruppe.

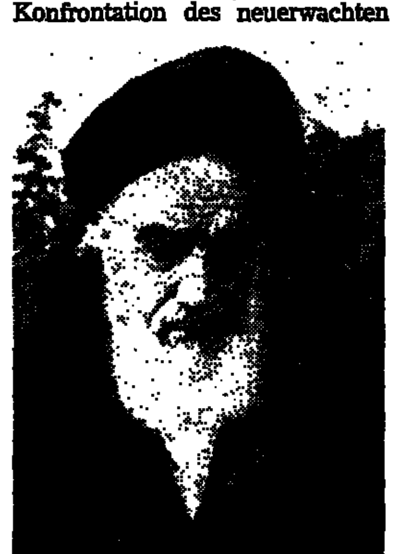
Dank syrischer Unterstützung und fanatischen Terrors treiben die Religionskrieger der Schiiten das Ziel *voran*, westlichen und das heißt vor allem christlichen und israelisch-jüdischen Einfluß in Libanon zu eliminieren und dieses Staatswesen zu zerschlagen, damit es ein moslemisch-arabisches Libanon werde. Die PLO, die vorher ein *Klein-Palästina aus Libanon ma*chen wollte, ist damit gescheitert. Die Schiiten aber sind stärker islamisch motiviert, noch rücksichtsloser und weniger korrumpiert. Heute bereits sind ihre Guerrillas in Südlibanon eine größere Gefahr *für Israels Nordgrenze als die* Palästinenser.

Libanon als vierzigjähriges Experiment des toleranten Zusammenlebens in verschiedenen Religionsgruppen droht zu scheitern. Es geht ja in Wirklichkeit nicht darum, *eine angebliche politische und* wirtschaftliche Vormacht der Maroniten, der national-libanesischen Christen, zu erhalten oder zu brechen. So wie die islamische Türkei es den christlichen Griechen auf Zypern vorexerziert, daß man nicht mehr in einem gemeinsamen Staatswesen friedlich zusammenleben will, so demonstriert ein kämpferischer Islam mit seiner Vorhut aus schiitischen Persern und Libanesen sowie aus alawitischen Syrern, daß Libanon als westlich-christliches Gemeinwesen am Ende ist und sich zu unterwerfen habe. Nach Persien kündigt der Islam auch in Libanon jede friedliche Zusammenarbeit mit Andersgläubigen und Andersdenkenden auf, wenn sie sich nicht völlig unterwerfen.

Niemand weiß das besser als Libanons Christen, die anders als westliche Politiker und Priester nie die Urängste vor dem grundsätzlich kriegerischen und erobernden Islam der Araber und Perser verloren haben und noch wissen, daß im Orient Politik und Religion nicht *zu trennen sind. Für sie ist es eben* kein Zufall, daß sich syrische Eroberungspolitik und der gnadenlose Religionskampf Khomeinis in den Alawiten, Drusen und orthodoxen Schiiten gegen sie verbündet haben. Denn alle drei Gruppen ent*stammen dem schiitischen Islam* des 11. Jahrhunderts und sehen in der „islamischen Revolution" Khomeinis Motivation und Allianz.

Bereits im letzten September vertrieben die Drusen nach einem Jahrhunderte währenden Zusammenleben die Christen-Bevölkerung aus dem Schuf und nahmen mit blutigen Massakern Boden und *Dörfer in Besitz. Jetzt stehen die* Drusen an der Küstenstraße nach Süden. In Beirut sind sie mit den Schiiten alliiert, und beide zusammen erhalten die Waffen aus dem Damaskus der Alawiten-Clique Assads. Gelangen sie in Beirut vollends *zur Herrschaft, wird sich die* Minderheit der rechtgläubigen Sunniten in Libanon keine geringen Sorgen machen. Eine Bitt-Delegation sunnitischer Politiker hält sich bereits in Damaskus auf.

Die Libanon-Krise wird im Westen viel zu sehr als Tagesereignis betrachtet, die Grundströmung der schon mehrjährigen Entwicklung wird nicht erkannt, *nämlich die* Konfrontation des neuerwachten orthodox-kämpferischen Islam gegen alles Christliche und in diesem Sinn alles Westliche. Dieser Islam, offensiv vertreten durch Khomeini, *defensiver durch die Saudis*, weicht dem Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln keineswegs aus.



Es geht um die Unterwerfung der Andersgläubigen: Ayatollah Khomeini FOTO: DPA

Während bei uns Friedensschalmeien ertönen und ignorante geistliche Christen und Moslems beschwichtigen „wir beten doch alle zum selben Gott", setzt der schiitische Islam den Krieg am Golf und den Krieg um Beirut unbeeindruckt fort. Denn natürlich gilt für ihn, was im Koran steht, daß es keinen gleichberechtigten Frieden mit Ungläubigen wie den Baathisten in Bagdad oder den Maroniten in Beirut geben kann und darf. Nur zeitweise Waffenruhe (As-sulh) zum Atemholen bis zum Endkampf ist erlaubt.

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß eine andere islamische Vormacht neben Iran, Saudi-Arabien, weder mäßigend noch prowestlich im Libanon-Konflikt handelt. Saudis sind aus Rücksicht auf Umsturzgefahren und den Unwillen Khomeinis nicht willens und nicht in der Lage, Syrien zu zügeln und Waffenruhe in Beirut durchzusetzen. Das Königshaus hatte Präsident Amin Gemayel wegen der Finanz- und Wirtschaftsinteressen in *Beirut unterstützt, aber jetzt lassen* ihn die Saudis fallen. Natürlich: die Saudis können als islamische Macht nicht anders agieren, auch wenn sie den Schiiten keine Erfolge wünschen.

Schon hat Khomeini über das islamische Libanon hinaus das nächste Ziel gewiesen: El Kuds (Jerusalem). Also nach dem Fall des „christlichen" Libanon Kampf gegen Israel, gegen den jüdischen Staat, wie es jetzt bereits die Schiiten in Südlibanon tun. Die übrige moslemische Welt kann sich nach den Gesetzen des Koran (Sure 5,83: Der Tag des jüngsten Gerichts wird nicht kommen, ehe die Muslime nicht gegen die Juden kämpfen) dem gar nicht entziehen. Auch oder gerade *nicht Saudi-Arabien*. Mal sehen, ob den westlichen Politikern dann *etwas* anderes einfällt als theoretische Friedenspläne und Waffenhilfe für die Saudis.

IM GESPRÄCH Isidro Morales

Fähigkeit geht vor Farbe

Von Manfred Neuber



Diplomaten müssen wissen, was vorgeht: Außenminister Morales, Venezuela FOTO: AP

In Venezuela rangiert die Qualifikation vor der Farbe des Parteibuches – zumindest an der Spitze der Diplomatie. Zur allgemeinen Verblüffung berief Präsident Jaime Lusinchi, dessen sozialdemokratische Regierung inzwischen vereidigt wurde, den Karrierediplomaten Isidro Morales Paul in die Cancileria, obwohl dieser vom unterlegenen Präsidentschaftskandidaten der Christlichen Demokraten für den Posten des Außenministers ausersehen war.

Morales ist ein Experte im Seerecht mit langjähriger Erfahrung in der Behandlung von territorialen Streitigkeiten. Das prädestiniert ihn für die dringende *Aufgabe*, die *Grenzkon*flikte seines Landes mit Guyana und Kolumbien beizulegen und einen angemessenen Anteil am Festlandssokkel in der Karibik für Venezuela zu erlangen. Bisher sieht sich Caracas bei der Festlegung der maritimen Grenzen benachteiligt.

Der neue Hausherr im Palácio Simón Bolivar ist ein Pragmatiker. „Ich halte viel von direkten Verhandlungen", sagte er. An die Adresse Kolumbiens gerichtet, hob er hervor, eine Lösung des Grenzstreites müsse durch „beiderseitige Konzessionen" gefunden werden. „Es ist undenkbar, daß eine Seite eine absolute Regelung für sich erreichen kann. Das wird es nicht geben."

Morales leitete die venezolanische Verhandlungskommission, die 1977 die Seegrenzen gegenüber Curac'ao und Aruba bestimmte, und *im folgen*den Jahr stand er dem Ausschuß vor, der ähnliche Fragen mit der Dominikanischen Republik zu erörtern hatte. Im Range eines Botschafters nahm er an der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen teil. Bestehende Abmachungen zwischen Kolumbien und der Dominikanischen Republik erachtet er als abträglich für Venezuela.

Der Außenminister promovierte in Politischen Wissenschaften und erwarb eine *licentiatura* in Volkswirtschaft. Über internationales Privatrecht hörte er an einer Universität in Texas. Vor der Akademie für Politische Wissenschaften in Venezuela entwarf er 1982 sein Konzept vom Meeresraum seines Landes in der Karibik.

Nach ersten Andeutungen wird es tiefgreifende Veränderungen im Außenministerium geben. Morales bezeichnete es öffentlich als „schlecht unterrichtet". Der *Informationsfluß* soll beschleunigt, die Auswertung verbessert werden. „Ein Außenministerium, das sich nicht ein wenig mit Projektionen für die Zukunft befaßt, leistet schlechte Arbeit", meinte er. „Man sollte zumindest eine Ahnung davon haben, was um einen herum vorgeht."

Unter der Führung von Morales wird Venezuela eine stärkere Rolle in der Contadora-Gruppe bei den Friedensbemühungen in Mittelamerika spielen. Auch dürfte der Anspruch, regionale Führungsmacht in der Karibik zu werden, entschlossener vertreten werden. Im Gegensatz zur vorherigen Regierung in Caracas wird die neue Equipe zu innenpolitischen Vorgängen in der Region, wie den Wahlen in El Salvador, mehr auf Distanz gehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt bemerkt über Reagans „Botschaft zur Lage der Nation":

Reagan beschwört *im Bericht* über die Lage der Nation den „machtvollen Geist eines freien Volkes unter Gott" – Freiheitsdrang und Religiosität sind immer noch mächtige Triebfedern des amerikanischen Volkes. Man täusche sich nicht: Wenn Reagan den Kommunismus in Wendungen verdammt, die einen Europäer vielleicht schaudern lassen, drückt er *die Empfindungen der meisten Ame*rikaner genauso aus, wie er ihrem Realismus Rechnung trägt, wenn er sich mit der Sowjetunion in Verhandlungen mißt. Die „Commies" sind böse; aber sie sind da, und deshalb muß man einen politischen Ausgleich mit ihnen suchen. Und auch dies soll ruhig gesagt sein: nämlich daß, auch wenn Reagan in seiner einfachen und charismatischen Art Amerika zu seiner Mitte und zu seinem Selbstverständnis zurückgeführt hat, das Urteil über seine Politik, innerhalb und außerhalb der amerikanischen Grenzen, noch aussteht. Was zählt und was man endlich auch diesseits des Atlantik zur Kenntnis *nehmen sollte, ist die* weltpolitisch bedeutende Tatsache, daß „Amerika wieder da ist". Spielt vielleicht in den häufigen Ausbrüchen europäischer Überheblichkeit auch Neid mit, Neid über dieses neue Selbstverständnis, Resignation oder *eine gewisse Angst* vielleicht vor dieser neuen Selbstverständlichkeit amerikanischen Machtgefühls? Statt Amerika und seinen Präsidenten stets vorzuwerfen, sie verstünden Europa und überhaupt die ganze komplizierte Welt nicht, wäre es – vorab in der Alten Welt – einmal an der Zeit, Amerika und seine Präsidenten verstehen zu lernen. Das wäre ein nützlicher Beitrag zur Festigung der gegenseitigen Zusammenarbeit, auf die der Westen angewiesen bleibt, Europa wohl noch etwas mehr als Amerika.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Zeitung aus Essen kommentiert das Außer-Kontrolle-Geraten des US-Satelliten Challenger:

War es ein Anschlag der Jedi-Ritter? Oder haben etwa die Mächte des Bösen ihre Hand im Spiel? „Verloren im All", das wäre wahrhaftig ein schöner Titel für neue Weltraumabenteuer der Helden aus laserblitzenden Science-fiction-Serien. Doch um die Wahrheit zu sehen, „Weststar 6" ist wirklich weg. Kontinentverbindende Nachrichtenträume von Alaska bis hin zur Karibik sind so geplatzt wie jener Weltallballon, der da oben Ersatz-Satellit spielen sollte. Vielleicht kam dem Super-Satelliten bei seinem schwerelosen Schweben ein kleiner roter Killer-Kollege in die Quere? Oder war es ein Ufo? Wer weiß, es könnte auch *sein, daß* E.T. eben mal wieder schnell nach Hause telefonieren wollte. Stellt sich nun die Frage, wer den großen Nebel dieses *Weltraum-Mysteriums* lichten soll: Captain Future, Commander Kirk, Luke Skywalker oder Supermann? Also wirklich, wär das *nicht* 'ne Rolle, die unserem Ulf so richtig auf den Leib geschneidert ist, so als neuer Saubermann im Weltall? Wetten, daß er *dabei den* anderen um Nasa-Längen voraus ist?

Warum Blüm an den Betriebsrenten bastelt

Anmerkungen zur sogenannten Harmonisierung der Altersversorgung / Von Gisela Reiners

Der Fachmann wundert sich, und der Laie ist beunruhigt. *Arbeitsminister Norbert Blüm* (CDU) gibt sich entschlossen, an den Betriebsrenten etwas zu ändern. Die Wirtschaft soll von den Kosten entlastet und so motiviert werden, auch weiterhin Versorgungszusagen zu geben. Die Wirtschaft wird dies gern hören, aber der Bezieher einer Betriebsrente wird aufmerken. Und das ist verständlich, denn er wird kaum ungeschoren davon kommen.

Nach den jetzigen Plänen des Arbeitsministeriums soll hauptsächlich die Haftung im Insolvenzfall eingeschränkt werden, doch ist auch daran gedacht, die Anpassungspflicht des Arbeitgebers für Betriebsrenten „nach oben" zu begrenzen. So soll im Fall einer Fir*menpleite der Pensionssiche*rungs-Verein in Köln nur noch bis zur Höhe des Einfachen statt Dreifachen der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (5200 Mark) haften; dann soll ein persönlich haftender Gesellschafter fünf Jahre nach seinem Aus*scheiden aus der Firma nicht mehr* zur Haftung herangezogen werden können und – jetzt wird es interessant –, die Haftung bei Insolvenz soll aufhören, wenn der Pensionär zusammen mit seiner gesetzlichen Rente und anderen Versorgungsbezügen schon 85 Prozent des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers bezieht.

Der Satz von *85* Prozent taucht ein weiteres Mal auf in den Blüm-Plänen: Es ist daran gedacht, die Pflicht des Arbeitgebers, im Abstand von drei Jahren zu überprüfen, ob die Betriebsrenten nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden müssen, ebenfalls auf 85 Prozent des Nettoentgelts eines vergleichbaren Ar*beitnehmers zu beschränken*. Das bedeutet: Geht die Firma pleite, die Betriebsrente gezahlt hat, muß der Arbeitnehmer nachweisen, daß er zusammen mit seiner Sozialrente und einer anderen möglichen Zusatzversorgung weniger als 85 Prozent hat; dann stockt die Versiche*rung* den Betrag bis zu 85 Prozent auf. Ähnlich ist es bei der Anpassung.

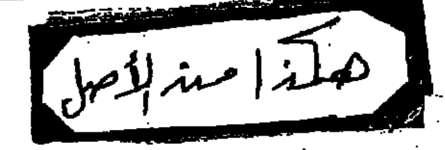
Kenner der Materie schütteln den Kopf, und das Wort „fragwürdig" fällt, wenn ein Urteil erbeten wird, ob die Pläne Betriebe ermutigen werden, weiter Betriebsrenten zuzusagen. „Das ist nicht der große Wurf, auf den wir gehofft haben", heißt es von kompetenter Seite. Die Begrenzung der Anpassung wird zwar begrüßt, doch hatte das Bundesarbeitsgericht es schon zugelassen, daß die Betriebsrenten nicht höher angepaßt werden mußten als die Nettoeinkommen der aktiven Belegschaft; d. h. stieg der Lohn nur um 10 Prozent in drei Jahren, die Inflationsrate aber um 13, *dann* brauchte *nur* um 10 Prozent angepaßt zu werden.

„Wirklich etwas bringen" würde nach Ansicht von Fachleuten nur eine Senkung des Rechnungszinsfußes für Pensionsrückstellungen von 6 auf 5,5 Prozent. „Da wäre Musik drin". (Mit 6 Prozent müssen die steuerfreien Pensionsrückstellungen abgezinst werden, die somit für das Unternehmen billiges Geld sind.) Als die SPD/FDP-Koalition den Zinssatz erhöhte, hatte die Union heftig opponiert, doch jetzt freut sie sich über das Geld in den Kassen. „*Diese Senkung* wäre auch sozial gerecht", so die Experten: „Der Arbeitgeber würde entlastet, den Arbeitnehmer kostete es nichts. Das hätte eine nicht zu unterschätzende stimulierende Wirkung auf die Unternehmen."

Die Begrenzung der Haftung auf das Einfache der Beitragsbemessungsgrenze hält man für sinnvoll. Wenn ein Betrieb höhere Versorgungszusagen mache, müsse er selbst für deren Sicherung sorgen. Es gehe nicht an, im Pleitenfall der Gemeinschaft der im Pensionssicherungs-Verein zusammengeschlossenen Betriebe die Last überhöhter Zusagen aufzubürden.

Die 85-Prozent-Grenze hält man jedoch für bedenklich. Hier sei man augenscheinlich dabei, eine „Gesamtversorgung" zu definieren, die man auch auf andere Versorgungssysteme übertragen könne. So ist es z. B. denkbar, *daß auch* in der Sozialversicherung eine Obergrenze eingezogen wird, bis zu der Renten angepaßt, Krankenversicherungsbeiträge erhoben, mit Steuern abgeschöpft oder ähnlich verfahren werden kann.

Ein Vergleich drängt sich noch auf: Bei Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes soll demnächst Alters- und *Zusatzver*sorgung zusammen nicht mehr betragen als 90 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Wieso sollen für die Arbeitnehmer der freien Wirtschaft nur 85 Prozent eines „vergleichbaren Arbeitnehmers" gelten? Wenn man sich an eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme heranwagen will, um Ungerechtigkeiten abzubauen, dann sollten hier nicht gleich neue geschaffen werden.



Viele wissen nicht mehr, warum sie zur Waffe greifen

Terror und Gegenterror sind Alltag in Nordirland. Die Gewalt hat sich verselbständigt in einem Kleinkrieg von Organisationen, deren Anspruch weit über die Realitäten hinausgeht. Denn von „Bürgerkrieg" kann hier keine Rede sein.

Von FRITZ WIRTH

Es gibt nur noch vage Mutmaßungen über den Frontenverlauf des Terrors in Nordirland. Sie nennen sich „Armeen", die da für die irische Freiheit und Befreiung kämpfen, und ihnen stehen immerhin 12 000 hochausgebildete britische Soldaten gegenüber. Da verwischen sich die Dimensionen schnell zum „Bürgerkrieg".

Die Wahrheit ist: Dies ist kein Krieg der Bürger und kein Krieg von Armeen. Der Terror in Irland lebte stets auf zu großem Fuß und unter zu anspruchsvollem Namen, denn Propaganda ist für ihn so wichtig wie die Bombe. Und deshalb tritt er unter Namen auf, die den Eindruck erwekken sollen, als stünde hier ein ganzes Heer in Waffen.

So spricht man in der IRA, der „Irish Republican Army", heute noch von Brigaden, Bataillonen, Regimentern und Kompanien. Nur wenige Außenstehende jedoch wissen, daß ein Regiment bei der IRA niemals stärker als zehn Mann war und der harte Kern dieser sogenannten Armee niemals größer als 500 Mann. Und nachdem die Mehrheit von ihnen im H-Block des „Maze"-Gefängnisses in Belfast einsitzt, besteht die „kämpfende Truppe" der IRA heute bestenfalls noch aus 200 Mann. Und die operieren schon lange nicht mehr in Regimentern und Bataillonen, sondern als Zellen von zwei bis drei Mann.

In den ersten Jahren der gegenwärtigen Unruhen standen sich in Nordirland zwei Kampfgruppen gegenüber, die „Irish Republican Army" (IRA) auf katholischer und die „Ulster Defence Association" (UDA) auf protestantischer Seite. Ziel der IRA ist es, mit Waffengewalt die britischen Soldaten aus Nordirland hinauszujagen und die irische Wiedervereinigung herbeizuführen. Die UDA kämpft für die Union Nordirlands mit Großbritannien. Diese para-militärische UDA war stets zahlenmäßig stärker, disziplinierter und besser ausgerüstet als die IRA.

Innerhalb beider Organisationen gibt es seit 15 Jahren schwere interne Fehden, die oft in Mord und Totschlag endeten. Ihre Opfer sind die ungezählten Toten dieses Terrors. Die Krise der IRA begann bereits 1969. Sie spaltete sich in die provisorische (die „Provos") und die offizielle IRA. Die „Provos" kämpfen nach alter Vätersitte. Sie waren nicht ideologisch programmiert, sondern wollten schlicht mit Gewalt die irische Wiedervereinigung herbeibomben. Die „Officials" wollten statt Gewalt die politische Agitation. Sie streben nicht nur ein vereinigtes, sondern vor allem ein marxistisches Irland an. Es kam zu einem blutigen Bruderkrieg innerhalb der IRA. „Provos" und „Officials" brachten sich gegenseitig und oft auf offener Straße um.

Im Jahre 1974 kam es zur Spaltung innerhalb der offiziellen IRA. Einem militanten Kern waren die „Officials" politisch und militärisch zu zahm. Sie formierten sich am 8. Dezember 1974 zur „Irischen Republikanischen Sozialistischen Partei" (IRSP) und möchten aus Irland eine Arbeiter-Republik nach kubanischem Muster machen.

Zugleich legte sich diese Partei eine eigene Terrortruppe, die „Irish National Liberation Army" (INLA), zu. Chef beider Organisationen war Seamus Costello. Er wurde 1977 von seinen ehemaligen Kampfbrüdern in der offiziellen IRA erschossen.

Die INLA entwickelte sich schnell zur Konkurrenztruppe der IRA. Der Unterschied: Sie operiert wesentlich brutaler und skrupelloser als die „Provos". Während diese „Provos" – von besonders traurigen Ausnahmen wie dem kürzlichen Bombenanschlag auf das Londoner Kaufhaus Harrod's abgesehen – ihren Kampf wesentlich auf sogenannte „militärische" Ziele konzentrieren (und sie verstehen darunter britische Soldaten, nordirische Polizisten, Gefängnisbeamte und Richter), attackieren die Männer der INLA alles, um Schlagzeilen zu machen.



Straßenszene in Londonderry: Der Terror als Kinderspiel FOTO: HENNING CHRISTOPH

So war es die INLA, die 1979 Airey Neave, den engsten Berater Margaret Thatchers, auf dem Gelände des Unterhauses umbrachte. Ihr wird außerdem der Mord am britischen Botschafter im Haag angelastet, und sie war es schließlich, die Ende letzten Jahres in Armagh in eine Kirche hineinschoß und drei Protestanten beim Gebet ermordete. Die INLA war einst etwa 100 Mann stark, heute besteht sie wahrscheinlich nur noch aus 20 Terroristen ohne festen Wohnort. Ihr Chef ist seit 1982 Dominic McGlinchey, heute der meistgesuchte Terrorist in Nord- und Südirland. Ihm werden bisher 46 Morde und ein Dutzend Banküberfälle angelastet. Die Geld- und Waffenquellen seiner Organisation führen in den Nahen Osten.

Ihr Gegenstück auf protestantischer Seite ist die „Ulster Volunteer Force" (UVF), die sich von der „Ulster Defence Association" absplitterte. Chef der Truppe war jahrelang ein Lenn Murphy, den man selbst in protestantischen Kreisen furchtvoll und verächtlich den „Schlächter von Shankill" nannte. Murphy war ein brutaler Sadist, dem mindestens 20 Morde angekreidet aber keiner bewiesen wurde, weil alle Zeugen zu ängstlich waren, gegen ihn auszusagen. Am 16. November 1982 starb Murphy in einem Kugelhagel vor seiner Haustür. Seinen Mörder kennt man bis heute nicht.

Bilder, Realitäten und Motive vom Terror in Ulster. Er ist kein Bürgerkrieg und er ist kein Freiheitskampf. Die Männer der Gewalt haben in den meisten Fällen lange vergesseen, warum sie zur Waffe greifen. Für viele von ihnen ist es nur noch Gewalt der Gewalt wegen. Wenn hier eine Armee am Werke ist, dann ist es eine Armee der toten Seelen.

Vom Kohlkopf-Fieber zum Bau-Boom auf dem Bahn-Brett

35. Internationale Spielwarenmesse in Nürnberg: 1780 Aussteller präsentieren dem Fachpublikum den Trend in den Kinderzimmern. Ein Nebeneinander von kurzlebigen Hits und zeitlosen Rennern – nicht nur für die Kleinen.

Von PETER SCHMALZ

Die Nostalgie feiert fröhliche Urständ, das Traditionsspielzeug erobert alte Stammplätze zurück – zum erstenmal seit langem ist auf der Nürnberger Messe so etwas wie ein Elektronik-Knick erkennbar.

Da paßt es ins Bild, wenn Steiff eine „Museums-Collection" alter Stofftiere auflegt wie den kleinen grauen Elefanten, dessen Original Margarete Steiff vor 104 Jahren als erstes weichgestopftes Spieltier der Welt nähte. Doch solche Reprisen sind kaum für den, der mit Spielzeug spielen will.

Friedrich Schiller formuliertre einst: „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt." Die 1780 Aussteller von Nürnberg und die 40 000 bis Messeschluß am Mittwoch erwarteten Einkäufer (Kindern und Normal-Spielern bleibt das größte Spielparadies der Welt verschlossen) sind nach diesem Schiller-Wort wohl nicht „ganz Mensch". Sie denken nämlich geschäftlich an die 350 000 angebotenen Artikel und hoffen, den 83er Umsatz des deutschen Spielwaren-Einzelhandels von 1,3 Milliarden Mark zu steigern. Nein, für sie ist Spielzeug die Ware, der sie die Existenz verdanken und der sie Ernst und Respekt zu zollen haben.

Aber was ist mit jenen, die zwar nicht mit dem Spielzeug spielen, wohl aber mit dem reizvollen Gedanken der wertsteigernden Spekulation. Ist einer, der ein Spielzeug kauft, in die Vitrine stellt und später bei einer Auktion mit Gewinn verkauft, im Sinne Schillers „ganz Mensch", ein Spielender? Die Frage wird nicht leicht zu beantworten sein, fest aber steht, daß die Branche zunehmend mit diesem Kundenkreis kalkuliert.

So scheint die Prognose wenig kühn, daß kein Kind jemals mit einem der 3000 Exemplare jener legendären Güterlok „Krokodil" spielen darf, die „Märklin", der schwäbische Markenführer unter den Modelleisenbahnbauern, zum 125jährigen Firmenjubiläum für 2500 Mark anbietet und die bereits am zweiten Messetag überzeichnet waren.

Kenner erinnern sich an den Tag vor gut zwei Jahren, als das erste „Märklin"-Krokodil von 1934 (Neupreis 140 Reichsmark) für 43 000 Mark versteigert wurde. Und sie wissen vom „Northlander", von der gleichen Firma 1978 in limitierter Auflage von 5000 Stück zu 360 Mark angeboten, der schon nach Auslieferung der ersten Züge mit 900 Mark gehandelt wurde und heute unter 1200 Mark nicht zu haben ist. Die Aktie „Modellbahn" registriert eine Hausse, die „Königin aller Spielzeuge" (Westermanns Monatshefte) ist auf Mehrwert abonniert.

Sie ist neben den Puppen die zweite Säule der Branche, gut eine halbe Milliarde Mark gaben die Bundesbürger im vergangenen Jahr für Loks, Waggons, Schienen, Bahnhöfe, Bäume und Häuser im Miniaturformat aus – bei steigender Tendenz. Auch das Jubiläumsjahr 1985, wenn die deutsche Eisenbahn ihren 150. Geburtstag feiert, sichert anhaltendes Interesse an der heimischen Klein-Bahn, deren bester Kunde nicht im spielerischen Jugendalter zu finden ist, sondern unter denen, die im Beruf gefestigt sind und ihre Midlife-Crisis in der Spur HO oder N abreagieren.

Gestalterischer Phantasie, die in den meisten Büros am Computer verkümmert, kann auf dem Dachboden oder im Keller freier Lauf gewährt werden. Neben der Technik für „rollendes Material", Schienen und Signale investieren die deutschen Bastler im Jahr weit übert 100 Millionen Mark in Dörfer und Städte aus Kunststoff und in Almwiesen und Wälder, die keine ökologischen Schäden kennen. „Hier kann sich der *Bastler seine eigene heile Welt schaffen*", begründet „Faller"-Mitarbeiter Klemens Burghardt den Bauboom auf dem Bahnbrett. Kahle Betonbauten aus den 60er Jahren haben da wenig Chancen und verschwinden mangels Nachfrage peu à peu aus dem Sortiment, Fachwerk und Erker feiern dagegen Renaissance. Die Ostzeile vom Frankfurter Römerberg war im Modell sogar eher zu kaufen, als die Handwerker das historische Remake im Original erstellt hatten.

Aber auch im deutschen Modellbauer schlummert offenbar die heimliche Lust am Untergang. Wie anders wäre zu erklären, daß das „brennende Finanzamt" mit flackerndem Feuerschein und echtem Rauch der diesjährige Nürnberger Sensationssieger ist. „Schon am ersten Tag war bei uns der Teufel los", sagt ein Sprecher der Bausatzfirma „Pola", die sich neben der Brandkatastrophe eine weitere nostalgische Häßlichkeit erdacht hat: Mini-Häuser im Stil der ersten Nachkriegsjahre mit abblätterndem Putz an den Wänden und Adenauer auf den Wahlplakaten, mit „Sissi" auf der Kinoreklame und dem Gewerkschaftsspruch auf der rissigen Hofmauer: „Wir fordern die 45-Stunden-Woche."

Wer vermutet, die Firma spekuliere damit auch auf eine andere Kundschaft als nur auf die der Modellbauer, liegt goldrichtig. Schon mancher Steuerberater, so weiß die Firma zu berichten, habe in den letzten Wochen von zufriedenen Mandanten das brennende Finanzamt als Geschenk erhalten. Fragt sich nur, wer wem die „45-Stunden-Woche" schenkt: der Arbeitgeber dem Gewerkschafter oder umgekehrt? Man wird sehen.

Nicht zusehen will Spielwarenhändler Helmut Holzapfel von Stand 06 in Halle A. Ehrlich wie wohl kaum ein anderer unter den sieben Dächern der Nürnberger Spielzeugmesse sagt er: „Reinspringen, mitnehmen, vergessen" und umschreibt damit kurz und bündig, warum auch er das neue Wunderkind der internationalen Puppenbörse anbietet. Er will damit sagen: Da ist ein Boom von wahrscheinlich kurzer Dauer, der dem eine schnelle Mark verspricht, der fix am Ball ist. Die Kohlkopf-Puppe ist für ihn ein solches Schnellgewächs.

Das knuddelweiche Stoffwesen von bestechender Häßlichkeit, das Zufallsprodukt des 28jährigen Amerikaners Xavier Roberts, ließ im vergangenen Jahr den amerikanischen Puppenmarkt kopfstehen. Spielwarenläden wurden von kaufgieriger Kundschaft gestürmt, der größte Hit des US-Spielzeugmarktes war geboren, und die computergesteuerten Fabriken in Hongkong konnten die Nachfrage nicht mehr befriedigen.

Seit vergangenen Donnerstag, dem Beginn der 35. Internationalen Spielwarenmesse, *läßt sich das Kohlkopf-*Fieber auch auf dem deutschen Markt messen. Ein Puppenanbieter: „Die Nachfrage der Einzelhändler ist gigantisch."

Was jenseits des Atlantiks „Cabbage Patch Kid" getauft ist, hat mit dem Baby-Gedanken eines deutschen Kindes nichts gemein. Weiß doch ein cleverer Dreijähriger am Rhein von der Bedeutung des Klapperstorchs zur Erhaltung der Menschheit, während seinem Altersgenossen am Mississippi weisgemacht wird, der Nachwuchs entwickle sich im „Kohlbeet hinterm Haus".

Solche Differenzen überwindet Helmut Holzapfel auf dem deutschen Markt lässig mit einer Werbezeichnung: Da trägt der Klapperstorch im Schnabel ein Tuch und darin – na was? – einen Kohlkopf natürlich. Und so wird auch verkauft: Unsichtbar liegt die Puppe im grünen Plastikkohl, versiegelt, erst zu Hause öffnet die junge Puppenmutter den Deckel und sieht erstmals, ob ihr Kuschelkind rote oder schwarze Haare, blaue oder braune Augen hat. Holzapfel: „Das ist die Überraschung wie bei einer richtigen Geburt. Sicher ist man nur, daß keine schwarzen oder gelben Puppen drinliegen." Im Puppenzimmer soll's halt sein wie im richtigen Leben.



Spielzeug als Wertanlage: Das „Krokodil" von „Märklin", zum Jubiläum für 2500 Mark FOTO: DIE WELT

Als den Franzosen der Faschismus drohte

Von A. GRAF KAGENECK

Auch Frankreich ist einst nicht verschont geblieben von faschistischen Versuchungen. Ein Jahr nach der Machtergreifung Adolf Hitlers in Berlin kam es in Paris am 6. Februar 1934 zu einem Aufstand rechtsextremer Gruppierungen, die der Republik um ein Haar den Garaus gemacht und ein Regime errichtet hätten, das dem auf der anderen Rheinseite oder jenseits der Alpen gewiß nicht unähnlich gewesen wäre. Noch heute, 50 Jahre danach, erinnert sich Frankreich mit Schaudern an jenen blutigen Tag. Und es gibt sogar Franzosen, die fragen, ob ähnliches sich heute ereignen könnte.

Die Weltkrise zu Beginn der dreißiger Jahre hatte auch der französischen Wirtschaft schwere Schläge zugefügt. Fabriken schlossen, Banken krachten zusammen, die Arbeitslosigkeit stieg, eine Arbeitslosenunterstützung gab es nicht. Im Januar 1934 hatte ein Skandal, in den ein eingewanderter betrügerischer Bankier und mehrere amtierende und ehemalige Minister verwickelt waren, das Volk auf der Straße in ungeheure Erregung versetzt. Auf die parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem setzte keiner mehr einen Sou, die Linke wie die Rechte schrien einhellig nach radikaler Auskehrung des Augias-Stalls. Der Ruf „Frankreich den Franzosen" zeugte, daß es eine weitverbreitete nationalistische, anti-semitische Strömung in der französischen Seele gab.

Am Morgen des 6. Februar 1934 hatten die rechten und rechtsextremen Blätter in Paris aber auch die kommunistische „Humanité" ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am Abend vor dem Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung, aufgerufen. Ab 18 Uhr setzen sich aus verschiedenen Richtungen mehrere Demonstrationszüge konzentrisch auf die Place de la Concorde in Marsch. Die Regierung des schwächlichen Radikalsozialisten

WIE WAR DAS?

Edouard Daladier, (der später vor Hitler in MÜnchen kapitulierte) hatte in aller Eile Polizisten und Mobilgarden auf der Concorde-Brücke massiert, um die Volksversammlung zu schützen. Aber die meist jungen und unerfahrenen Ordnungshüter hielten dem Druck der Massen nicht stand. In totaler Verwirrung eröffneten einige von ihnen, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, das Feuer. Blindlings schossen sie in die etwa zehntausend Menschen zählende Masse. Fünf Stunden dauerte die Schlacht. Berittene Polizisten machten von ihren Säbeln Gebrauch. Demonstranten versuchten mit Rasierklingen an langen Stöcken den Pferden die Sehnen durchzuschneiden. Am anderen Morgen zählte man 15 Tote und an die 300 Verletzte. Es war der schwerste Zusammenstoß in den Annalen der 3. Republik.

An eine Wiederholung dieses Dramas glauben, zumindest die Politiker, nicht. Zwar ist Frankreichs Wirtschaft zur Zeit nachhaltig geschwächt und die Politik Mitterrands hat eine scharfe Polarisierung der innenpolitischen Kräfte bewirkt (die den Gaullisten Chaban-Delmas von einem „kalten Bürgerkrieg" sprechen läßt). Aber es gibt keine Krise, die mit jener der dreißiger Jahre zu vergleichen wäre.

Auftrieb für die Gegner von „Isar II“

PETER SCHMALZ, München

Im Genehmigungsverfahren für eine Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus Kernreaktoren, um die sich die Bundesländer Bayern und Niedersachsen bewerben, beginnt heute in der bayerischen Oberpfalz eine entscheidende Phase: In einem auf zwei Wochen angesetzten Erörterungstermin werden 630 Einwendungen geprüft, die von 53 000 Gegnern der nahe der Ortschaft Wakkersdorf geplanten bayerischen Anlage *unterzeichnet wurden.*

Die Erörterung ist nach der atomrechtlichen Verfahrensverordnung vorgeschrieben, wonach die erhobenen Einwände mit dem Antragsteller (in diesem Fall die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen DWK) und den Einwendern mündlich zu erörtern sind. Die ausführliche Aussprache soll dem bayerischen Umweltministerium als Genehmigungsbehörde einen möglichst umfassenden Einblick in den Sachverhalt geben.

Durch das Baustopp-Urteil gegen den Kernkraft-Bau „Isar II“ haben *die Gegner der Wiederaufarbeitungs*anlage in den letzten Tagen deutlichen Auftrieb erhalten. Am Samstag fuhren sie auf einem Sattelschlepper Attrappen von 40 gelbgestrichenen Atommüllfässern über die Straßen in der Umgebung des geplanten Standortes. Der Schwertransporter soll heute vor der Stadthalle von Neunburg vorm Wald die Teilnehmer des Erörterungstermins zu einem Votum gegen die Kernenergie mahnen.

Am Sonntag haben sechs katholische und evangelische Geistliche auf Initiative des katholischen Arbeitskreises „Theologie und Kernenergie“ in einer Wallfahrtskirche in der Nähe von Wackersdorf eine Votivtafel mit einer Madonna vor einem „radioaktiven Strahlenkranz“ geweiht. Dem Gottesdienst war eine Bittprozession vorangegangen. Bevor das Umweltministerium über die atomare Genehmigung entschieden hat, wurde beim Verwaltungsgericht Regensburg bereits die erste Klage gegen das Vier-Milliarden-Projekt eingereicht. Darin fordert ein ehemaliger Landtagskandidat der Grünen „vorbeugenden Rechtsschutz“, bevor „durch Genehmigungsbescheide Tatsachen geschaffen werden“. Nach Ansicht des Antragstellers ist der Sicherheitsbericht für die Anlage Wackersdorf mangelhaft. Unter anderem mit Sicherheitsmängeln hatten Regensburger Verwaltungsrichter den Baustopp von „Isar II“ begründet.

Albrecht, Sudan und 3,8 Millionen Mark

Von C. GRAF SCHWERIN

Mit Mißtrauen beobachtet die niedersächsische Opposition die „Entwicklungspartnerschaft“ des Landes mit Sudan. Ministerpräsident Albrecht und die CDU-Landesregierung hält in diesem Jahr zum zweiten Mal 3,8 Millionen Mark für diese Partnerschaft im Landeshaushalt bereit. Ein Prestigeobjekt oder wirkliche Entwicklungshilfe auf Landesebene?

Die Idee zu dieser Kooperation mit einem Land, das 42mal so groß ist wie Niedersachsen, aber zu den ärmsten Regionen der Erde gehört, geht zurück auf das Jahr 1978. Während des Staatsbesuchs des sudanesischen Präsidenten Numeiri in Bonn führte die offizielle Reiseroute ihn auch nach Hannover, das als Wirtschaftszentrum nach bisherigen Erfahrungen - vom Bonner Protokoll oft zu


Landesbericht Niedersachsen

stiefmütterlich zugunsten Stuttgarts und Münchens behandelt wird. Ein Gegenbesuch Albrechts in Khartum kam 1982 zustande. Dort wurde zwischen den beiden Politikern ein Hilfsprogramm vereinbart, das in einem genau umrissenen, finanziell beschränkten Rahmen „Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort“, technische Aus- und Fortbildung, Kenntnisse und Sachverstand vermitteln soll. Das Sudan-Programm, in Hannover geleitet von Staatssekretär a. D. Klaus-Otto Naß, gilt inzwischen auch in afrikanischen Ländern wirtschaftlich wie politisch als ein Modell.

Als ein hervorragendes Beispiel gilt den Afrikanern vor allem die niedersächsischen Hilfe für die „Youth-Trainings-Centres“. Diese wurden vom Jugendministerium in Khartum für Jugendliche ohne Schulausbildung eingerichtet, um die einfachsten handwerklichen Verrichtungen *zu erlernen.* Niedersachsen ermöglicht hier die Schulung der Ausbilder für die 24 Zentren des Landes und liefert das Material (vom Hammer bis zum Schraubstock), an dem die Jungen und Mädchen ihr Handwerk erlernen und das diese nach abgeschlossener Lehre an den Heimatort ihres zukünftigen Wirkens mitnehmen können. Für den richtigen Empfang des Materials garantieren deutsche Entwicklungshelfer.

Zum Ausbildungsplan gehört auch die Zusammenarbeit mit dem Port Sudan am Roten Meer, der von den Amerikanern zu einem leistungsfähigen, technisch modernen Hafen ausgebaut wurde. Aber es fehlt dort an Administratoren und Technikern, die am *Ort von niedersächsischen Hafen*spezialisten angeleitet werden. Ebenso fehlt es in der sudanesischen Zuckerindustrie weitgehend an der mittleren Managerschicht. In Braunschweig wurden für sie wenige Wochen dauernde Seminare eingerichtet.

Bei der eigentlichen Wirtschaftshilfe geht es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen. Für dieses Ziel haben die Niedersachsen sich die Region Dafur in der Sahelzone ausgesucht. In diesem Jahr beginnen hiesige Spezialisten mit der Durchführung eines Aufforstungsprogramms. Für die Wasserversorgung der von der Trockenheit tödlich bedrohten Bevölkerung werden Handpumpen geliefert und aufgestellt. In die gleiche Region sollen in diesem Jahr auch drei Solarkollektoren zur Erzeugung von Elektrizität geliefert werden. Zwei von ihnen werden auf Krankenhäusern angebracht und dienen der Kühlung von Medikamenten.

Für die medizinische Versorgung des Landes wurden im vergangenen Jahr ärztliche Ausrüstungsgegenstände und chirurgische Bestecke geliefert, jedoch keine Maschinen. Medikamente nur in einem Ausnahmefall für die Errichtung einer Apotheke in Juba, die von italienischen Schwestern geleitet wird.

Solcher Hilfe kommt auch politische Bedeutung zu. Die am Weißen Nil gelegene Stadt ist die Kapitale jener autonomen südlichen Provinz, von der immer wieder und gerade in den letzten Monaten erneut Unruhen gegen die Zentralregierung in Khartum ausgegangen sind. Daß Niedersachsen den Süden – die Güter werden dorthin über Nairobi verfrachtet, da zwischen *Khartum* und Juba gegenwärtig praktisch keine Verkehrswege bestehen – aus seinem Hilfsprogramm nicht ausgeklammert hat, wird von südsudanesischen Studenten, die in Göttingen von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ betreut werden, positiv als Hinweis dafür gewertet, daß es Niedersachsen nicht um Unterstützung für eine Regierung sondern um Hilfe für die Menschen geht.

Tempolimit kostet Arbeitsplätze

Autoindustrie und ADAC halten Grünen-Vorschlag gegen Waldsterben für unrealisierbar

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge auf Bundesautobahnen bei 100 Stundenkilometer *und auf Landstraßen bei* 80 Stundenkilometer würde zwar eine Verringerung der Stickoxide, aber eine Vergrößerung des Ausstoßes von Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxiden bedeuten. Mit diesem Argument konterten zwei maßgebende verkehrsverbundene Organisationen, der „Allgemeine Deutsche Automobilclub“ (ADAC) und der Verband der Automobilindustrie e. V., anläßlich einer Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema „Notmaßnahmen gegen das Waldsterben“ am Montag einen Vorstoß der Bundestagsfraktion der „Grünen“, Geschwindigkeitsbegrenzungen gesetzlich einzuführen.

In der Begründung des Antrags hatte die Fraktion, auf deren Initiative hin die öffentliche Anhörung zustande gekommen war, festgestellt, daß ihr Vorschlag eine „sofortige Emissionsminderung der Stickoxide um 350 000 bis 400 000 Tonnen jährlich“ bewirke. Das wäre eine Reduktion von etwa 13 Prozent der gesamten in zwölf Monaten anfallenden Stickoxidemission.

Sprecher des ADAC machten im Verlauf der ganztägigen Anhörung geltend, daß in ganz Westeuropa auf Autobahnen ein Mittel von etwa 120 Stundenkilometern gefahren werde, die „verstärkte Durchsetzung“ einer größeren Drosselung werde „nur mittels eines nicht realisierbaren zusätzlichen Kontrollaufwandes für möglich gehalten“.

In der *Stellungnahme* des Verbandes der Automobilindustrie e. V. heißt es, bereits anläßlich der parlamentarischen Anhörung zum Thema „Waldschäden und Luftverunreinigungen“ am 24. und 25. Oktober 1983 in Bonn habe man die Information des Umweltbundesamtes zitiert, wonach ein Tempo 100 auf der Bundesautobahn und ein Tempo 80 auf Landstraßen die genannten Reduktionen herbeiführen würde. Wenn der Gesamtverkehr aber für 45 Prozent der Stickoxide-Emission in der Bundesrepublik verantwortlich sei, dann könne eine 12prozentige Minderung nicht durch Tempolimits bewirkt werden. Der VdA hält bei Einführung nur einen Rückgang der Stickoxide um 70 000 Tonnen für realistisch – erkauft mit einer Zunahme von 14 000 Tonnen bei den anderen Schadstoffen aus dem Auspuff.

Ausführlich wiesen die Vertreter der Automobilwirtschaft auf die *wirtschaftlichen* Folgen eines Tempolimits hin, das eine „Schwächung der technischen Wettbewerbsfähigkeit“ mit sich bringe. Technische Merkmale wie Radstand, Reifen und Bremsen zeigten deutliche Abhängigkeit von der Höchstgeschwindigkeit des Fahrzeugtyps; Änderungen am Fahrzeug seien zwangsläufig zu erwarten. Ein *wahrscheinlicher* Absatzrückgang um zehn Prozent werde rund 60 000 Arbeitsplätze in diesem Industriezweig kosten.

Erregte Wortwechsel ergaben sich während der Anhörung unter Leitung des Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, des SPD-Bundestagsabgeordneten Axel Wernitz, durch die Behauptung des „Grünen“-Abgeordneten Wolfgang Ehmke, eine *VdA-Tabelle sei* „gefälscht“. Von dieser Tabelle, die den Anstieg von Schadstoff-Emissionen bei Langsamfahrt anzeigt, meinte der Vertreter des Umwelt-Bundesamtes in Berlin, sie sei „nicht auf offizielle Quellen zurückzuführen“.

Auf die Frage, welche Auswirkungen sich aus einem Tempolimit hinsichtlich des Verkehrsablaufs ergeben würden, verwies das Umweltbundesamt auf fehlende Untersuchungen.

„Alternative Strategien“ umstritten

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages beendet seine Anhörungen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In einer Reihe von Anhörungen von Fachleuten über Möglichkeiten, die geltende NATO-Strategie der flexiblen Erwiderung durch „alternative Konzepte“ selbst zu verändern oder ganz abzulösen, traten vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages gestern zum letzten Mal mehrere Experten auf. Zum Teil erwiesen sich allerdings die verschiedenen Äußerungen als völlig unvereinbar.

Professor Karl Kaiser, der Leiter des Bonner Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, verwarf in seinem Beitrag die Möglichkeit „wirklich alternativer Strategien“. Er setzte als Bedingung für den seit mehr als vier Jahrzehnten in Europa herrschenden Frieden die „unaufhebbare Beziehung“ zwischen dem Risiko, das der Angreifer mit einer Aggression für seine Existenz eingeht, und der mit ihm erreichten Verhütung des Krieges. Auf diesem Gedanken aufbauend, nannte es Kaiser „verantwortliche Politik“, daß ständig über die „Optimierung“ der gültigen Strategie der flexiblen Erwiderung nachgedacht werde. Der Begriff „alternative Strategie“ wecke lediglich nicht erfüllbare Erwartungen. Alternativen, die diesen Namen verdienten, seien „aus guten Gründen nicht mehrheits- oder konsensfähig“. Kaiser nannte in diesem Zusammenhang die „soziale Verteidigung“ und eine rein konventionelle Verteidigung mit „Techno-Kommandos“, die die ganze Tiefe der Bundesrepublik von vornherein einbeziehe.

Positiv bewertete der Professor in dieser Hinsicht die kürzlich von dem SPD-Abgeordneten von Bülow vorgetragenen Überlegungen, in Teilen der Vorneverteidigung ein Milizsystem mit starker Panzerabwehr zu organisieren. Desgleichen plädierte er für die Einführung neuer Waffen *zur Bekämpfung der heranrücken*den Zweiten Staffel. Dies schaffe „Spielraum zur Anhebung der nuklearen Schwelle“. Wenig hilfreich hingegen seien bei den vorhandenen Trägermitteln atomwaffenfreie Zonen.

Konträr zu ihm äußerte sich der wissenschaftliche Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Eckhard Lübkemeier. Er sieht die NATO-Strategie in einer „inneren Glaubwürdigkeitskrise“, die zur Suche nach neuen Wegen zwinge. Er wie später auch Dieter Lutz vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicher*heitspolitik plädierten für den einsei*tigen Abzug der NATO-Atomwaffen aus Europa, wenn Rüstungskontrollverhandlungen nicht zu einer gleichgewichtigen Verminderung auf beiden Seiten führen sollten. Lutz stellte einseitige Vorleistungen des Westens als vorrangig im eigenen Interesse liegend dar, da die Lage sich so stabilisiere. Lutz gebrauchte in diesem Zusammenhang das Bild vom Boot, in dem ein Leck nicht durch ein weiteres kompensiert werden könne.

Daneben sprachen in der Anhörung auch „Kirchenmänner“, so der frühere Vizepräsident der Evangeli*schen Kirche* in Deutschland, Wilkens, und der evangelische Militärgeneraldekan Gramm. Beide warnten davor, zu glauben, der Theologe könne dem Politiker eine eindeutige Handlungsanweisung geben. Gramm meinte, die Bergpredigt könne nicht das „direkte Gesetz des Staates“ sein. Wilkens hoffte auf die „vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Völker“. Sie allein sichere den Frieden.

Seite 2: Wege zum Frieden

Panzerwesten: Läßt Bonn Lieferung zu?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Bundesregierung hat im Fall des Exports deutscher Panzerwesten nach Syrien offenbar noch keine Entscheidung getroffen. *Jedenfalls* ist die Fuldaer Firma Val. Mehler AG, die bei der internationalen Ausschreibung des Neun-Millionen-Dollar-Auftrags die Konkurrenz ausschalten *konnte,* nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Hermann Josef Brielmaier von der Bundesregierung noch nicht über eine Suspendierung der bereits gewährten Exportlizenz unterrichtet worden.

Auf Anfrage teilte ein Firmensprecher der WELT mit, die Firma habe „zu keinem Zeitpunkt entgegen irgendwelcher behördlichen Genehmigungen gehandelt und sich sofort nach dem *Zuschlag des Auftrags* um die entsprechenden Lizenzen bemüht“. Diese lägen nun vor, und der Auftrag müsse fristgemäß erfüllt werden. Die investitionstarken Vorbereitungen für die Produktion seien weitgehend abgeschlossen.

Es handelt sich um zwei Lizenzen. Eine wurde von der US-Regierung ausgestellt, die andere von der Bundesregierung. Die amerikanische Genehmigung war notwendig, weil strategisch relevantes Material aus den USA in die Westen eingearbeitet wird. *Aufgrund* der Kriegslage in *Nahost* hat, wie der parlamentarische Staatssekretär Sprung vom Bundeswirtschaftsministerium in der Fragestunde des Bundestages am 25. Januar mitteilte, Washington die amerikanische Genehmigung suspendiert. Von der Aussetzung der amerikanischen Lizenz aber sei in Fulda amtlich nichts bekannt, wie der Firmensprecher der WELT versicherte.

Die Panzerwesten sind für die syrische Armee und Polizei bestimmt. Sie *gehören, wie Testergebnisse* bezeugen, zu den besten kugelsicheren Westen der Welt. Sie könnten selbst Schüsse aus einer Kalaschnikow aus einem Dutzend Meter Entfernung abwehren. Sie eignen sich vorzüglich für Soldaten, die vor Heckenschützen auf der Hut sein müssen oder die im Nahkampf vorrücken, zum Beispiel in einer umkämpften Großstadt wie Beirut. Nach Ansicht der Firma sind die Schutzwesten keine Waffen. Sollte die Bundesregierung ihre Exportgenehmigung suspendieren, müßte Bonn auch für den Schaden aufkommen, der der Firma durch den Verlust des Geschäfts dann entstehen würde. Die Lieferung der Westen ist für das erste Halbjahr 1984 vorgesehen. Der Firma soll dem Vernehmen nach außerdem ein Zusatzauftrag von weiteren 40 000 Panzerwesten für die syrische Armee in Aussicht gestellt worden sein.

Ristock bekräftigt in USA Rolle der Schutzmächte

F. D. Berlin

Der Berliner SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock hat *auf einer fünftägi*gen USA-Reise vor Politikern und Kongreßabgeordneten die unantastbare Rolle der alliierten Schutzmächte in Berlin bekräftigt. Ristock, der morgen nach Berlin zurückkehrt, führte unter anderem Gespräche mit dem stellvertretendem US-Außenminister Kenneth Dam und dem Leiter der Europa-Abteilung im State Department, Lawrence Eagleburger.

Vor *amerikanischen Friedensfor*schern und Politologen äußerte sich Ristock auch zur Haltung der Berliner SPD gegenüber den Alternativen. Seine Partei sei nur unter Berücksichtigung von vier entscheidenden Punkten zu einer Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste nach den Wahlen 1985 bereit. Dazu zählten die Anwesenheit der Westalliierten in Berlin, eine Absage an Gewaltanwendung als politisches Mittel, die Aufrechterhaltung Berlins als Rechts- und Wirtschaftseinheit mit der Bundesrepublik Deutschland und das Bekenntnis zur NATO.

Barschel sieht die SPD-Medienpolitik in Bewegung

GERNOT FACIUS, Bonn

„Wir Ministerpräsidenten sind“, sagt der Kieler Regierungschef Uwe Barschel, „zum Erfolg verurteilt.“ Die „Bewegung“, die in die bislang starre und dogmatische Medienpolitik der Sozialdemokraten gekommen ist, verfolgt Barschel mit Genugtuung. *Er sieht eine „letzte Chance“,* daß sich die Ministerpräsidenten auf ihrer Sitzung am 23. Februar doch noch auf ein gemeinsames Satelliten-Nutzungskonzept verständigen.

Es gibt Indizien, die einen solchen Optimismus rechtfertigen. Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD und vor seiner Politikerzeit Kommunikationswissenschaftler in München, war der erste, der seiner Partei empfahl, den Zuschauer-Balkon zu verlassen und sich an der Gestaltung der künftigen Medienlandschaft aktiv zu beteiligen. Klaus von Dohnanyi, Hamburger Erster Bürgermeister, nahm den *Ball* auf. Durch die Satellitentechnik, gab Dohnanyi jetzt zu Protokoll, sei es „unvermeidlich“, daß es die neuen Medien geben werde. So wenig wie sich die „DDR“ gegen das Westfernsehen habe schützen können, so wenig könne die Bundesrepublik *Deutschland gegen das Satelliten*fernsehen sein. „Nicht abwehren, sondern gestalten“, ist fortan die Devise der Reformer sozialdemokratischer Medienpolitik.

Aber, genügt dieses „in Kauf nehmende Ja“, wie Barschel sich ausdrückt, um den Weg zu einem gemeinsamen Konzept zu bahnen? Die Sitzung am 23. Februar wird die „Nagelprobe“ (Barschel) sein. Als Anhänger eines kooperativen Rundfunkföderalismus ist er bereit, um einen Kompromiß zu ringen, „aber nicht um jeden Preis“. Eine weitere Verzögerung werde er nicht akzeptieren, denn schließlich befassen sich die Ministerpräsidenten mit der Nutzung des TV-Satelliten bereits seit 20. Oktober 1982. Er nennt die Grundpositionen, die er als nicht verhandlungsfähig betrachtet:

- Zuweisung eines Kanals des sogenannten Westbeams des Europäischen Kommunikationssatelliten (ECS) an ein privates Konsortium noch in der ersten Jahreshälfte '84.
- Übertragung eines Fernsehkanals des TV-Sat an private Veranstalter sowie angemessene Aufteilung der Hörfunkkanäle unter den Ländern.

Über alles andere, so der Kieler Ministerpräsident, könne gesprochen werden; zum Beispiel über einen *deutschen Kulturkanal (Initiative* Baden-Württembergs), eine begrenzte Ausweitung der öffentlich-rechtlichen Programme, eine langfristige Verständigung über einheitliche Kriterien zur Einspeisung von Satellitenprogrammen und eine Art „öffentlich-rechtliches Dach“ für den Direktempfang bei den Rundfunksatelliten (TV-Sat).

Gibt es überhaupt einen Bedarf an zusätzlichen Programmen? Barschel: „Es ist verwunderlich, daß diese Frage vor allem von ARD und ZDF aufgeworfen wird.“ Er spricht von einer „offensiven Programmpolitik“ der *öffentlich-rechtlichen Anstalten* und zählt auf: ARD und ZDF haben wiederholt Ansprüche auf eine Beteiligung bei Verteil- und Direktsatelliten sowie beim Kabelrundfunk angemeldet. Das ZDF beteiligt sich bereits mit zwei TV-Programmen, einem Musikkanal sowie einem „zeitversetzten *Programm*“ am Pilotprojekt Ludwigshafen. ARD und ZDF haben offiziell ihr Interesse an einem Kanal aus dem ECS angemeldet, außerdem wollen sie die Fernsehkanäle auf dem TV-Sat belegen, und über den Hörfunkkanal sollen die Programme der neuen ARD-Anstalten und der „Bundesrundfunkanstalten“ Deutschlandfunk und Deutsche Welle verbreitet werden. Schließlich beabsichtigen sie, über das TV-Übertragungssystem, das die Post 1985 errichten will, die fünf bestehenden dritten TV-Programme der ARD zu senden.

Barschel hat allerdings Zweifel, ob beispielsweise der ZDF-Staatsvertrag, der nur für ein Programm gilt, derlei Aktivitäten zuläßt. Und: „Wie dies insbesondere vor dem Hintergrund einer angeblich zu gering ausgefallenen Gebührenerhöhung finanziert werden *soll, bleibt zweifelhaft.*“ Für den schleswig-holsteinischen Regierungschef ist dabei klar, daß eine Ausdehnung der terrestrischen (erdgebundenen) Fernsehwerbung der öffentlich-rechtlichen Anstalten „jedenfalls nicht in Betracht kommt“.

Zu raschen politischen Entscheidungen zwingen *freilich nicht nur* die ausgeweiteten Übertragungsmöglichkeiten durch Satellit und Kabel, sondern „auch die Sogwirkungen einer weniger reglementierten Medienlandschaft bei unseren europäischen Nachbarn“. Eine Anspielung auf die Entwicklung bei RTL Plus und der Gruppe Murdoch/WAZ. Hinzu kommt das Ende des NDR-Sendemonopols in Norddeutschland am 1. 1. 1983. Deshalb soll der Regierungsentwurf für ein schleswig-holsteinisches Landesrundfunkgesetz so rechtzeitig dem Landtag vorgelegt werden, daß die erste Lesung noch vor der Sommerpause stattfinden kann. Ziel ist es, Meinungsvielfalt durch „Außenpluralität“, das heißt durch eine Vielzahl von Programmen, zu erreichen. Solange diese Pluralität allerdings nicht möglich ist, „muß jedes Programm in sich ausgewogen sein“ (Barschel). Dagegen können auch sozialdemokratische Politiker wie Dohnanyi kaum etwas einzuwenden haben.

„Kein Verstoß gegen den Datenschutz“

dpa, Bonn

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Reinhold Baumann, hat die Ansicht vertreten, es gebe keine Anzeichen dafür, daß bei der Weitergabe von Soldatenadressen durch die „Postreklame“ gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen *worden* sei. Ein Sprecher des Postministeriums hat gestern die Bezeichnung der Angelegenheit durch Minister Schwarz-Schilling als „Skandal“ zurückgenommen. Die Herausgabe aller Adressen aus Telefonbüchern durch die „Postreklame“ erfolge in voller Übereinstimmung mit dem Datenschutzgesetz. Die Adresse werde generell bekannt, wenn man einen Telefonanschluß beantrage, könne aber seit 1980 per Antrag für eine Weiterverwendung gesperrt werden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Lehrer gegen den Staat

„Wer erziehen will, muß sich auf ein Ziel verpflichten"; GEISTIGE WELT vom 21. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

Dank für den ausgezeichneten Artikel von Professor Brezinka, der sicher einigen Eltern Rückhalt gibt.

Er sei aber vor allem den Lehrern (die die WELT vermutlich nicht lesen) ins Stammbuch geschrieben, die ein quasisexuelles Lustempfinden verspüren, wenn sie den Schülern jedes Ideal im Sinne der angesprochenen sieben Punkte und jede Bindung an Staat und Familie austreiben, die wie Manager bezahlt werden, sich wie Tagelöhner verhalten und wie Parteifunktionäre reden. Lehrer, die in entwaffnender Offenheit verkünden, es gäbe keine allgemeinverbindlichen Ziele, die man vermitteln könne, die sich mit allen Mitteln bei ihren Schülern anbiedern, die sie lehren, über Dinge zu reden, von denen sie keine blasse Ahnung haben, die zur Kritik ohne Sachkenntnis auffordern.

Diese Lehrer erziehen nicht mit, sondern gegen die Eltern, nicht für, sondern gegen den Staat.

Trotz besten Willens sind die Eltern der Übermacht Kinder–Lehrer–Klassenkameraden selten gewachsen. Dazu kommt, daß der Schaden an den Kindern erst in der Studienstufe (wenn die Kinder volljährig sind) oder beim Studien- oder Lehrbeginn sichtbar wird. Zur Vermeidung ständiger Konflikte im Hause und aus Angst vor Repressalien gegen die Kinder tun die Eltern oft genau das Beabsichtigte: sie resignieren oder sie passen ihre „Argumentation" der GEW-Dialektik an.

Ich schlage vor, daß diese Lehrer, die das Beamtentum ad absurdum führen, ja z. T. öffentlich bekämpfen, und die an der allgemeinen Beamtendiffamierung einen wesentlichen Anteil haben, schnellstens in den Angestelltenstatus überführt werden. Sie mögen dann streiken, Rentenversicherungsbeiträge zahlen und gehaltsmäßig der Industrie vergleichbar eingestuft werden. Sie könnten dann endlich bei Nichteignung entlassen oder mit weniger qualifizierten Arbeiten betraut werden. Bei Agitation gegen den Dienstherrn Staat oder beim Hereintragen von Politik in den Betrieb Schule droht ihnen (oft fristlose) Entlassung. Vor allem aber könnte man sie strafrechtlich verantwortlich machen für Schäden an unseren Kindern, die sie grobfahrlässig oder vorsätzlich anrichten, so wie sie selbst aufrufen zur strafrechtlichen Ahndung von Fehlern, die Ärzte, Rechtsanwälte, Polizeibeamte oder Politiker begehen.

Unsere Kinder hätten dann eine bessere Ausbildung und mehr Zukunftsperspektiven, Forschung und Entwicklung würden nicht weiter in die Bedeutungslosigkeit sinken, und es brauchte uns nicht angst zu sein um unsere Renten.

Mit freundlichen Grüßen
W. Thomaschki,
Reinbek

Zukunft verneint

„Die Krankbeter"; WELT vom 29. Januar

Wie recht Herbert Kremp hat: Wo immer man hinschaut, wo immer man hinhört – das sorgenzerfurchte Gesicht, die klagende Stimme, das ewig gleiche Lamento über den jammervollen Zustand der Bundesrepublik. Alles wird zunächst aufgebauscht, damit man es sodann ausschweifend bekritteln kann. Das aber schon seit langer Zeit: Die „Weltuntergangsmiene" unserer Fernsehsprecher, das monotone Klagelied der Rundfunkreporter begleiten mich schon seit Jahren.

„Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten" – es wäre zu verzeihen, wenn dies allein der Grund dafür wäre, daß genüßlich jedes kleine Wehwehchen zur Katastrophe hochstilisiert würde. Aber hier sind andere Kräfte am Werk: Die masochistische Lust am Untergang, der Mangel an Gelassenheit, die Unfähigkeit und das Nichtwollen, in größeren Zusammenhängen zu denken, und vieles mehr.

Kommt man aus dem Ausland zurück – es muß gar nicht ein anderer Stern sein, sondern es genügt auch schon ein Entwicklungsland –, ist man immer wieder fassungslos, wie ein Volk sich und seine Zukunft verneint: Hegelsche Dialektik fast in Reinkultur, wenn man sich daran erinnert, daß noch vor 50 Jahren die ganze Welt Deutschland hören sollte.

Im übrigen ist das Wort „Angst" inzwischen zu einem Lehnwort der angelsächsischen Sprache geworden – so wie früher „Kindergarten" und „Gemütlichkeit". Und nachdem man mittlerweile auch schon in Frankreich den Ausdruck „Verdrießlichkeit" verwendet: Vielleicht wird es uns doch noch gelingen, daß die Welt am deutschen Wesen verwest.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. P. Baron,
Dortmund 1

Wort des Tages

„Die Arbeit an der Welt beginnt immer mit der Arbeit an dir selbst, nicht mit der Arbeit an den anderen. Auf dein Sein kommt es dabei mehr an als auf dein Tun. Alle Arbeit kann Gottesdienst sein, keine ist es von Natur. Nicht an der Arbeit liegt es, sondern an der Seele des arbeitenden Menschen."

Elly Heuss-Knapp, Gründerin des Dt. Müttergenesungswerks (1881–1952)

Klare Haltung

„Richard Jäger: Stets ein deutliches Wort"; WELT vom 31. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die persönliche „Konsequenz" ist bei Politikern selten geworden. Richard Jäger gehört zu den wenigen konsequenten Politikern. Er ist sich von Anfang an in seiner politischen Arbeit treu geblieben. Das hat er nicht zuletzt damit dokumentiert, daß er 1972 bei den Ostverträgen klar mit „Nein" votiert hat.

Früher war eine solche Haltung selbstverständlich, da sie zwar individuell geprägt, aber dennoch sachbezogen ist. Eine derartige Haltung sollte mehr in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden angesichts der gesellschaftlichen und politischen Verunsicherungen dieser Tage. Ich bin deshalb für diesen Ihren Bericht sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
K. W. Albrecht,
Uelzen 1

Sport-Pokale machen den Premier populär

Von MANFRED NEUBER

Australien und Neuseeland werden in diesem Jahr nach wahltaktischem Kalkül regiert. Während der sozialistische Premier Robert Hawke mit dem Gedanken an vorgezogene Wahlen spielt, trachtet sein konservativer Kollege in Neuseeland, Robert Muldoon, danach, den Urnengang möglichst lange aufzuschieben.

Die Australier stimmten erst im vorigen März für den Wechsel von den Liberalen zu Labor. Nur vier Wochen, nachdem Hawke zum Oppositionsführer aufgerückt war, erhielt er bei plötzlich angesetzten Wahlen ein deutliches Mandat. Sein Vorgänger Malcolm Fraser hatte sich bei dem Wahl-Coup verkalkuliert.

Hawke hat die Erwartungen der Wähler bisher nicht enttäuscht. Er hätte bis 1986 Zeit, sich ihrem Votum zu stellen. Wie der Premier aber jetzt andeutete, könnte er die bis Mitte 1985 fälligen „Halbzeit"-Wahlen für den Senat zum Anlaß nehmen, gleichzeitig ein neues Repräsentantenhaus wählen zu lassen.

Canberra konnte zu Jahresbeginn einen leichten Wirtschaftsaufschwung registrieren. Die Ausfuhren steigen, der Handelsüberschuß nimmt zu, und die Gold- und Währungsreserven haben Rekordhöhe erreicht. Bei einer Belebung des Binnenmarktes sinkt die Arbeitslosigkeit allmählich, aber stetig.

Finanzminister John Hawkins ermahnt die Gewerkschaften, am Lohn- und Preispakt mit der Regierung festzuhalten. Allzu lange werden ihre Funktionäre aber nicht mehr stillhalten. Wenn Hawke seine früheren Genossen überzeugen kann, daß Steuererleichterungen im nächsten Budget allen nützen, bekäme er starke Wahltrümpfe in die Hand.

Wie groß gegenwärtig die Popularität des Premiers ist, unterstreicht die Umfrage (Morgan-Gallup-Poll) nach dem „Meister-Politiker" im Lande.

AUSTRALIEN

Hawke siegte mit dem Rekordergebnis von 73 Prozent. Sogar bei den Anhängern der Opposition steht er höher in der Gunst (43) als Oppositionsführer Andrew Peacock (38).

Im sportfreudigen Australien kamen Hawke zwei Erfolge zugute: Der Gewinn des Davis-Cup im Tennis und des „Ammerca's Cup" für Hochsee-Jachten.

Für den neuseeländischen Premier Muldoon und seine konservative Nationalpartei ist die Konstellation gegenwärtig sehr ungünstig. Spätestens im November dieses Jahres sind Neuwahlen fällig. So wird die Regierungspartei versuchen, bis ans Ende der dreijährigen Legislaturperiode in Wellington noch über die Runden zu kommen.

Die Konservativen haben nur eine unsichere Mehrheit von zwei Mandaten im Parlament. Sie müssen zur nächsten Wahl vermutlich mit einem neuen Spitzenkandidaten antreten. Zum Ende des vorigen Jahres hatten sie binnen zehn Wochen laut Meinungsumfragen zehn Prozent ihrer Wählerstimmen verloren.

Nicht die Labour Party unter dem neuen Oppositionsführer David Lange, sondern eine neue Rechtsgruppierung, die New Zealand Party, bringt die Nationalpartei in Verlegenheit, weil sie ureigene Anliegen der konservativen Klientel aufgreift und konsequent verficht. Ihr Kopf ist der 44jährige Millionär Bob Jones.

Die New Zealand Party erhält Zulauf von enttäuschten Anhängern der Regierungspartei, die von einer lupenreinen Marktwirtschaft abgegangen sei und immer mehr dirigistische Eingriffe vornehme. In der Praxis, so die Kritiker, sei Premier Muldoon viel „linker" als die Labor Party.

Erst vor fünf Monaten gegründet, schnellte die New Zealand Party in Umfragen auf 18 Punkte hoch; damit überrundet sie schon die Social Credit Party, die bisher als unbedeutende dritte auf die Rolle eines Züngleins an der Waage hoffte. Sie stellt nur zwei Abgeordnete, die nach den jüngsten demoskopischen Resultaten abgemeldet sind.

Die Labour Party hat ihre Führungskrise im vorigen Jahr und den Absprung zweier Abgeordneter überwunden und liegt mit 38 Prozent einige Punkte vor der Regierungspartei. Sie beobachtet erstaunt die „scharfen Turbulenzen" auf der Rechten und stimmt für Vorlagen des Premiers, wenn ihn seine Hinterbänkler im Stich lassen.

Wird es in Wellington zu der prophezeiten Palastrevolution seiner eigenen Partei gegen Muldoon kommen? Mit seiner drastischen Austerity-Politik der vergangenen beiden Jahre hat er die Inflation gebremst und die Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz verringert, selbst aber keine Popularität gewinnen können.

Zu dem schnellen Aufstieg der Konkurrenz von rechts haben demagogische Töne beigetragen. So polemisiert Bob Jones gegen „unnütze" Verteidigungsausgaben; als geografisch isoliertes Land solle sich Neuseeland für eine „bewaffnete Neutralität" entscheiden. Darin trifft er sich mit der Labour Party, die den Austritt aus dem Anzus-Pakt mit Australien und den USA verlangt.

Kritik an EKD-Treffen mit „Terroristen"

idea, **Dortmund**

„Schärfstens verurteilt" hat die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland die Begegnung von hohen Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit der südafrikanischen Untergrundbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) am 3. Februar in Mülheim (Ruhr).

Die Notgemeinschaft erklärte, es sei bekannt, daß der „ANC auf dem Wege von Terror und Gewalt die Errichtung einer marxistischen Diktatur in Südafrika anstrebt". Die Evangelische Notgemeinschaft sehe sich durch das Treffen von Mülheim in ihren Warnungen vor einer Zusammenarbeit und einer Unterstützung „terroristischer Befreiungsbewegungen" bestätigt. Für die Opfer des auch vom ANC im südlichen Afrika „verursachten Terrorismus" will die *Notgemeinschaft 10 000 Mark zur* Verfügung stellen.

Die Evangelische Notgemeinschaft unter Vorsitz von Oberpfarrer Hanns Schroedl (München) ist Mitglied der Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands.

Owen verlangt Erklärung des Premiers

Die Opposition nimmt sich der Geschäfte von Mark Thatcher an / 400 000 Mark Provision?

FRITZ WIRTH, **London**

Im Windschatten der Cheltenham-Affäre, die die britische Premierministerin Margaret Thatcher seit einigen Tagen in die Defensive drängt, haben die britischen Oppositionsparteien in wachsendem Maße eine „Mark-Thatcher-Affäre" hochzuspielen versucht. Ausgelöst hatte diesen Fall die Sonntagszeitung „Observer", die vor 14 Tagen enthüllte, daß Frau Thatcher sich vor drei Jahren bei ihrem Besuch in Oman dafür verwendet habe, daß die britische Firma „Cementation International Ltd" den Zuschlag für den Bau einer Universität in Oman erhielt. Das gesamte Projekt sollte umgerechnet etwa 1,2 Milliarden D-Mark kosten.

Nun ist es nichts Außergewöhnliches, daß britische Regierungschefs bei ihren Auslandsreisen auch als Kaufleute fungieren und unter dem Motto „buy British" die Werbetrommel für die britische Industrie rühren. Der Haken an der Oman-Geschichte jedoch war, daß Frau Thatchers Sohn Mark bei der Firma „Cementation International" einen Beratervertrag hatte und während des Besuchs Frau Thatchers überraschend in Oman auftauchte.

Die Zeitung hat bisher nicht behauptet, daß bei dieser Auftragsvergabe – „Cementation International" war im übrigen der einzige Bewerber für dieses Projekt – etwas Unrechtes geschehen sei. Sie stellt jedoch fest: „Wenn Mark Thatcher für seine Rolle in diesem Auftrag eine Provision erhalten hat, dann dürfte es eine sechsstellige Summe gewesen sein." Mit anderen Worten: der Minimalbetrag dürfte nicht unter umgerechnet 400 000 D-Mark gelegen haben.

Die Sache kam unverzüglich im Unterhaus zur Sprache, doch es fiel auf, daß die Führung der Oppositionsparteien ihre Finger aus dem Spiel hielt und das Feld den Hinterbänklern überließ. Frau Thatcher wehrte deren Anfragen und Attacken mit der Bemerkung ab, daß sie selbstverständlich auf ihren Auslandsreisen britische Industrieinteressen vertrete und daß im übrigen die geschäftlichen Unternehmungen ihrer Familienmitglieder Privatsache seien.

Sie weigerte sich jedenfalls wiederholt, auch nur ein Wort über die Rolle ihres Sohnes im Oman-Geschäft zu verlieren, den der „Observer" als einen jungen Mann beschreibt, der nichts Rechtes gelernt habe und es im übrigen sehr eilig habe, aus dem Namen seiner Mutter Geld zu machen.

Am Wochenende nun haben führende Mitglieder der Oppositionsparteien ihre Zurückhaltung in dieser Frage aufgegeben. SDP-Chef David Owen, der in der Cheltenham-Affäre bereits den Rücktritt von Außenminister Sir Geoffrey Howe gefordert hat, verlangte von Frau Thatcher eine „sofortige klärende Stellungnahme", durch die die ganze Sache ein für alle Male aus der Welt geschafft werde.

Unterstützt wurde Owen mit seiner Forderung von Peter Shore, einem Mitglied des Labour-Schattenkabinetts. Er erklärte: „Ich glaube nicht, daß die Unterstellungen des „Observers" notwendigerweise wahr sein müssen, doch es ist unbedingt nötig, daß die Premierministerin sie öffentlich zurückweist."

Der „Observer" indes hielt am Sonntag die Geschichte warm mit der Behauptung, daß bei dem Oman-Geschäft auch eine Firma als Sub-Kontraktor mit im Spiel gewesen sei, mit der der Ehemann der Premierministerin, Denis Thatcher, enge geschäftliche Verbindungen gehabt habe.

Personalien

GEBURTSTAGE

Die deutsch-englische Freundschaft ist sein Lebenswerk geworden: **Herbert Sulzbach,** ehemaliger Senior der Deutschen Botschaft in London, wird am 8. Februar seinen 90. Geburtstag feiern. Der frühere Botschafter **Karl-Günther von Hase** sagte einmal über Sulzbach: „Ich kenne niemanden, der sich ein Leben lang so konsequent für ein friedliches Europa eingesetzt hat wie Sulzbach." Herbert Sulzbach, viele Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg im Kulturreferat am Belgrave Square tätig, entstammt einer jüdischen Bankiersfamilie aus Frankfurt. Im Ersten Weltkrieg wurde er als Leutnant mit dem EK I ausgezeichnet. Er emigrierte während der Nazi-Zeit nach London. Als Captain in der britischen Armee wurde er „Erziehungsoffizier" in einem Lager für deutsche Kriegsgefangene, das unter dem Namen „Featherstone-Park" bekannt wurde. Die demokratische Schulung deutscher Kriegsgefangener, inklusive der Einrichtung einer Lageruniversität, wurde zu einem bedeutenden Eckstein in der deutsch-britischen Verständigung. Unter den Sulzbach-Schülern nach dem Krieg waren viele, die später in der Bundesrepublik Karriere machten, zu ihnen gehörte auch Günter van Well, früherer Staatssekretär im AA und heute UNO-Botschafter in New York.

Professor Dr. **Hans-Georg Schäfer,** zuständig für das Lehrgebiet Kokerei und Brikettierung an der Technischen Hochschule Aachen, wurde gestern 65 Jahre alt. Der Fachmann auf dem Gebiet der Chemie und Technologie der Kohle ist im In- und Ausland geschätzt. Er stammt aus Oppeln, Oberschlesien. Schäfer studierte Chemie, Physik und Mineralogie, Geschichte und Philosophie. Nach ersten beruflichen Stationen bei den Leuna-Werken, „DDR", und bei der Bergakademie Freiberg baute er in den 60er Jahren für die Textilingenieurschule Aachen den Fachbereich Chemie auf.

VERANSTALTUNG

Zu den meistkarikierten Persönlichkeiten in der deutschen Politik gehört Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß.** In der Bonner Karikaturen-Ausstellung „Höhenrausch" spielt er jedoch nur eine bescheidene Rolle. Im Mittelpunkt der Ausstellung, die in der Bonner Bayern-Vertretung gezeigt wird, stehen die Bergsteiger und ihre Erlebnisse. Strauß kommt nur als „Bergriese" vor. Marianne Strauß war die Ausstellung dennoch ein Rundgang wert. In ihrer Münchner Wohnung haben sie und ihr Mann inzwischen eine umfangreiche Strauß-Karikaturen-Sammlung angelegt. Strauß sammelte 25 000 verschiedene Zeichnungen über Strauß.





Marianne Strauß FOTO: Kell

UNIVERSITÄT

Nur der Erziehungswissenschaftler **Peter Paulig** wird morgen in der Katholischen Universität in Eichstätt ein „Heimspiel" absolvieren können, wenn sich in einem Hearing die Kandidaten für den verwaisten Präsidenten-Sessel präsentieren. Denn Paulig hat seit 1977 an der Uni den Lehrstuhl für Schulpädagogik inne. Die Konkurrenz, auf die er trifft, ist erstklassig: Für das Präsidentenamt in Eichstätt haben sich auch der Politologe und Philosoph **Nikolaus Lobkowicz,** beworben, er war von 1971 bis 1976 Rektor und dann bis 1982 Präsident der Uni München und der Freiburger Moraltheologe **Bernhard Stoeckle,** Benediktiner der Abtei Ettal und von 1977 bis 1983 Rektor der Uni Freiburg. Die Wahl für das Präsidentenamt findet am 22. Februar in Eichstätt statt.

Die Opposition lauert auf Fehler von Marcos

Auch nach dem Plebiszit sind die politischen Kräfteverhältnisse auf den Philippinen unverändert / Mehr Pressefreiheit

CHRISTEL PILZ, **Manila**

Mit dem Schlagertitel „The impossible Dream" (Der unerfüllbare Traum) charakterisiert die philippinische Zeitung „Mr. and Mrs." die Situation der politischen Opposition. So zersplittert, wie sie war, ist sie geblieben. Der Mord an dem Erzrivalen von Präsident Marcos, Benigno Aquino, hat zwar einen tiefgehenden Wandel in der nationalen Stimmung bewirkt und Anti-Marcos-Demonstrationen allerorten auf die Straßen gebracht. Aber die Bemühungen der verschiedenen Oppositionsführer, ihre Parteien und Aktivistengruppen zu einer nationalen Anti-Marcos-Front zu vereinen, scheinen in der Tat ein „unerfüllbarer Traum" zu sein.

Daran ändert auch nichts, daß drei Oppositionsblöcke am 17. Januar gemeinsam einen „offenen Brief" an Präsident Marcos schrieben, in dem sie sechs Forderungen stellten, deren Erfüllung die Voraussetzung für ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen vom 14. Mai sei. Diese Opppositionsblöcke sind: die „Vereinigte Nationaldemokratische Union" (Unido), ein Dachverband von 12 Parteien unter der Führung des Exsenators Salvador „Doy" Laurel, die kürzlich gegründete „Compact"-Gruppe, zu der sich die Exsenatoren Tanada und Diokno, Expräsident Macapagal und der Führer der „Philippinischen Demokratischen Partei" (PDP), Guingona, verbunden haben, ferner die „Allianz der in Metromanila ansässigen Bürgerassoziationen" (AMA) unter dem Vorsitz des Aquino-Bruders Agapito, dem Volk als „Butz" bekannt.

Zusammen repräsentieren die drei Gruppen die Elite der nationalen Opposition. Kaum aber war der Brief raus, begann der interne Streit, wo und wieweit man zu Kompromissen bereit sein könne. Die Radikalen unter ihnen dürften jedenfalls in folgenden Punkten kompromißlos sein: 1. Verzicht des Präsidenten auf seine Macht, durch Dekrete Gesetze zu schaffen. 2. Aufhebung aller bisher erlassenen Dekrete, deren Zahl in die Tausende geht. 3. Generalamnestie für alle politischen Gefangenen. Da Marcos auf eben diese Forderungen kaum eingehen wird, scheint der Wahlboykott der Radikalen, wozu „Compact" und „Ama" gehören, ohnehin beschlossene Sache zu sein. Dagegen erklärten Kreise der Gemäßigten, sie werden auf alle Fälle kandidieren. Man müsse Marcos die Chance geben, faire und ehrliche Wahlen durchzuführen; und wenn die Opposition zusammenstehe, würden den Wahlmanipulationen schwer möglich sein.

Neun Jahre, bis 1981, herrschte Kriegsrecht. Aber auch seither behielt sich Marcos alle Macht vor. Erst mit dem immer noch unaufgeklärten Mord an Aquino ist das Volk aus seinem politischen Dämmerschlaf erwacht. Auf einmal werden Tabus umgeworfen. Die Presse schreibt, was sie denkt und was sie seit Jahren nicht mehr schreiben durfte. Schonungslos werden Fälle der Korruption, der Privilegien und der Mißwirtschaft aufgezeigt. Es fallen Worte wie „Volksrepublik", „Sozialismus" und „Revolution". Mangelnde Einheit der politischen Opposition heißt deshalb nicht Mangel an politischer Kraft. Ein falscher Schachzug von Präsident Marcos könnte zu Blutvergießen führen und die Opposition zur Einheitsfront zusammenschweißen. Marcos droht zwar mit seiner Armee, aber er hält sie zurück. Die gemäßigte Opposition fürchtet Militärs wie Kommunisten gleichermaßen. Von so manchen Radikalen jedoch muß man annehmen, daß sie als Vorhut zu einer bewaffneten Provokation agieren. *Marcos steht in einer höchst delikaten Krise.*

Noch kann sich Marcos als Mann der Armen und Ausgebeuteten geben und auf jene zeigen, die zur Verteidigung selbstsüchtiger Eigeninteressen die Volksabstimmung zu boykottieren versuchten. Die Volksabstimmung ging durch. Die Regierung spricht von 70 Prozent der 30 Millionen Wählerstimmen, die Opposition von nicht mehr als 35 Prozent. Wie dem auch sei, das Votum hat an den Machtverhältnissen nichts geändert. Marcos regiert weiter; und die Opposition lauert nach wie vor darauf, daß er einen Fehler begeht. Dafür aber stehen die Chancen schlecht.

Beamte tragen FDP-Führung Bedenken vor

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Führung der Freien Demokraten ist gestern mit der Spitze des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Bonn zu einem umfassenden Meinungsaustausch über *die Fortentwicklung* und Gestaltung des öffentlichen Dienstes zusammengetroffen. Dabei wurden von den DBB-Vertretern unter Leitung ihres Vorsitzenden Alfred Krause deutliche Vorbehalte gegen einen von den Bundestagsabgeordneten *Hansjürgen Doss* (CDU) und Detlef Kleinert (FDP) ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Begrenzung der Nebentätigkeit von Beamten (WELT v. 31. Januar) geäußert.

Die Vorlage, so verlangte der DBB, solle „praxisnah" gestaltet werden. Denn sonst sei statt einer weiteren Entbürokratisierung ein zusätzliches „Antragsunwesen" zu befürchten. Die Beamtenrepräsentanten sprachen sich dafür aus, eine Lösung auf der Basis eines früheren, aber gescheiterten Gesetzentwurfs zu finden. Das FDP-Präsidium sagte eine Prüfung zu. Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten werde sich mit einer Novellierung erst befassen, wenn das Konzept mit dem Koalitionspartner CDU/CSU abgestimmt sei.

Übereinstimmend wurde erklärt, daß die Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin zu den wichtigsten politischen Aufgaben zähle. Dabei wies der DBB auf die wachsende Gefahr von Fehlentwicklungen durch einseitige Belastungen der Beamtenschaft „mit negativen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit" hin. Ebenfalls Übereinstimmung bestand darüber, daß einer Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Verkürzung der Lebensarbeitszeit der Vorrang zu geben sei.

Streitmacht für die Ostkaribik

Premier Adams kündigt Studie an / USA sollen 1000 Soldaten ausbilden und Waffen liefern

WERNER THOMAS, Miami

Dreieinhalb Monate nach der Intervention in Grenada und dem Sturz der marxistischen Regierung wird in der gesamten östlichen Karibik über Aufrüstungsschritte gesprochen. Die *Sicherheitskräfte sollen* verstärkt werden, damit sich die Inseln besser als bisher gegen innere und äußere Bedrohungen verteidigen können.

Tom Adams, der Premierminister von Barbados, fördert diese Bemühungen besonders tatkräftig. Der resolute Premier hat in einer Rede Ende Januar mitgeteilt, daß die karibischen Staaten eine Studie erarbeiten, die sich mit der Idee einer regionalen Streitmacht beschäftigt. Adams unterstützt solche Überlegungen. Die Entwicklung auf Grenada war für ihn „ein Alarmzeichen", aus dem er den Schluß zieht: „Wir müssen unsere militärische Kapazität erhöhen."

Der Anfang ist gemacht

Als die Briten den Inseln dieses Gebietes ihre Unabhängigkeit gaben – Barbados kam schon 1966 an die Reihe –, hinterließen sie unzureichende Sicherheitsstrukturen. Die jungen Staaten verfügten meist nur über kleine Polizeieinheiten. So *konnte der Marxist Maurice Bishop* mit ein paar Dutzend Gesinnungsgenossen im März 1979 die Macht auf Grenada ergreifen und dann, von den Kubanern unterstützt, die stärksten Streitkräfte der Region aufbauen. Die „revolutionäre Volksarmee" und *die Milizbrigaden zählten 500 bis 600* Mitglieder und sollten weiter wachsen.

In den vergangenen Jahren sind mehrere Putschversuche gegen andere Regierungen unternommen worden, so auf Barbados, St. Lucia, St. Vincent und Dominica. Dominicas Premierministerin Eugenia Charles



Tom Adams FOTO: DPA

löste ihre winzige Armee auf, als diese ihren Sturz plante. Dominica wird seither nur von ein paar dutzend Polizeibeamten geschützt.

Barbados, St. Lucia, Antigua, St. Vincent und Dominica haben 1982 ein regionales Sicherheitsabkommen *unterzeichnet, den Vertrag von St. Kitts,* weil sie sich *langfristig* von Grenada bedroht sahen. Das Abkommen schuf eine militärische Kommandozentrale auf Barbados, der jedoch kein ständiges Truppenkontingent untersteht. Jede Regierung sollte in einer *Krisensituation* Sicherheitskräfte zur Verfügung stellen.

Adams glaubt nun, daß dieser Vertrag als Grundlage für eine regionale Streitmacht dienen kann. Der Kommandozentrale müßten lediglich Truppenverbände unterstellt werden. Außerdem solle Grenada dem Bündnis beitreten, wenn Ende des Jahres eine neue Regierung gewählt sei.

In den meisten Hauptstädten der östlichen Karibik wird die Meinung vertreten, daß tausend Soldaten genügen würden. Sie sollten jedoch gut ausgebildet sein. In diesem Zusammenhang denken fast alle Regierungen an die Vereinigten Staaten. Der Anfang ist gemacht. Seit Dezember 1983 sind bereits amerikanische Militärs auf fünf Inseln (Antigua, Dominica, St. Vincent, St. Lucia, Barbados) tätig, um Polizisten und Soldaten für einen Grenada-Einsatz auszubilden. Das Training dauert sechs Wochen. Die karibische Friedenstruppe auf Grenada umfaßt 440 Mann. Sie soll einmal das amerikanische Kontingent ersetzen, das von 6000 Soldaten kurz nach der Invasion auf 260 schrumpfte.

Kritische Kommentare

Die Pläne für eine regionale Armee und ein amerikanisches Engagement (Ausbildung, Waffenlieferungen) werden diese Woche zur Diskussion stehen, wenn US-Außenminister George Shultz Barbados und Grenada besucht. Politische Beobachter erwarten dann die erste Stellungnahme eines hohen Vertreters der Reagan-Regierung zu diesem Thema.

Das Thema wird gelegentlich auch kritisch kommentiert. So warnt Errol Barrow, der frühere Premier von Barbados, vor dem „wachsenden Einfluß der amerikanischen Militärs". Linksgerichtete Politiker auf anderen Inseln urteilen ähnlich. Premier Adams weist solche Einwände mit dem Hinweis zurück: „Amerikanischer Einfluß ist mir lieber als kubanischer." An den Häuserwänden in St. George's, der Hauptstadt von Grenada, sind noch immer Slogans zu lesen wie „Danke, USA, für die Befreiung". (SAD)

Friderichs zitiert Schmidt vor dem Flick-Ausschuß

Erste Informationen kamen von Finanzminister Hans Apel

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) hat bekräftigt, daß er erstmals „konkret" *am 9. Januar 1975 vom Verkauf des* Daimler-Benz-Aktienpakets durch den Flick-Konzern an die Deutsche Bank vom damaligen Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) informiert worden sei. Daraufhin habe er in einem Gespräch dem damaligen Manager des Unternehmens, *Eberhard von* Brauchitsch, bedeutet, er sei „über diese Art der Information verwundert".

Denn Brauchitsch habe ihm zuvor, als Gerüchte über einen denkbaren Verkauf der Aktien bekanntgeworden waren, gesagt, „wenn wir das machen, wird das so nicht geschehen". Friderichs war enttäuscht darüber, daß zu einem früheren Zeitpunkt sowohl das Bundeswirtschaftsministerium als auch die Bundesregierung insgesamt über den Verkauf der *Daimler-Benz-Aktien* der Quandt-Gruppe an Kuwait nicht unterrichtet worden waren.

Am dritten Tag seiner Vernehmung als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre verdeutlichte *Friderichs seine jüngsten Aussagen zu der Frage, ob der Verkauf am 15.* Januar 1975 in der Kabinettssitzung zur Sprache gekommen sei. Wenn er sich recht erinnere, sei es „so gewesen, daß in dieser Sitzung der Bundeskanzler das Kabinett vom bevorstehenden Verkauf unterrichtet hat". Der damalige Kanzler Helmut Schmidt habe erklärt, die beiden zuständigen Fachressorts seien einverstanden. Er habe „deutlich plädiert", daß das Aktienpaket „die deutschen Grenzen nicht verläßt".

In der vierstündigen Vernehmung versuchte Otto Schily von den Grünen wiederholt, den jetzigen Vorstandssprecher der Dresdner Bank in Widersprüche im Zusammenhang mit angeblichen Spendenzahlungen *zu verwickeln. Zu den* Anfang letzten Jahres aus den Journalen des FDP-Bezirksverbands Eifel-Hunsrück, den Friderichs früher geleitet hatte, herausgetrennten Seiten sagte er, aus ihnen sei nach dem Parteiengesetz alles rechtmäßig entfernt worden, „was älter als *fünf* Jahre war". Sein Nachfolger, Wolfgang Heinz, habe eine Aufstellung anhand von Unterlagen fertigen lassen. Aus ihr seien alle Bankvorgänge zu rekonstruieren. Dies gelte jedoch nicht für die Bargeld-Bewegungen, die „minimal" gewesen seien. In der *Kasse seien höchstens* 2000 bis 5000 DM gewesen. Friderichs: „Es war de facto eine Porto-Kasse." Er räumte aber ein: „Ich habe mich im nachhinein geärgert, daß herausgeschnitten wurde."

Friderichs, der auf Bitten des später ermordeten Schatzmeisters Hans-Herbert Karry nach seinem Ausscheiden als Minister mit Brauchitsch noch offene Zusagen einer Drei-Millionen-DM-Spende abgestimmt hatte, sagte aus, von Karry eine Zehntausend-DM-Spende für die Deutsche *Gesellschaft für Fotografie, deren* Präsident er war, erbeten zu haben. Ironisch meinte er zu Schily: „Verbuchen Sie sie doch als Vermittlungsprovision für die Abwicklung." Weitere 10 000 DM seien aufgrund einer Idee von Karry an eine Studentenvereinigung in Bonn geflossen, „die *zum* liberalen Vorfeld zu rechnen" sei. Den Rest von 103 000 DM hätte Karry von Flick in bar haben wollen. Darüber hinaus habe er 1979/1980 von Karry 50 000 DM für einen Brunnen in Mainz erhalten, den alle Parteien mit einer Sammlung gemeinsam finanziert hätten.

Hat sich Zustand des Kreml-Chefs verschlechtert?

dpa, Moskau

Spekulationen über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des sowjetischen Staats- und Parteichefs Juri Andropow (69) hielten sich auch gestern hartnäckig. Die Gerüchte waren durch die überraschende Verschiebung *des Indien-*Besuchs von Verteidigungsminister Dmitri Ustinow ausgelöst worden. Auch in osteuropäischen Kreisen in der sowjetischen Hauptstadt ging man davon aus, daß Andropows Gesundheit der Anlaß für die Absage Ustinows war. Bereits vor der offiziellen „Verschiebung" der Ustinow-Reise habe es erste Hinweise auf eine Verschlechterung der Gesundheit Andropows gegeben. Am Sonntag wurde bis zum späten Abend ein auffallend großes Aufgebot an schwarzen Regierungslimousinen beobachtet, die sich in Richtung Kreml bewegten.

Bei wichtigen Entscheidungen im Kreml ist die Anwesenheit Ustinows unbedingt erforderlich. Er gehört zu*sammen* mit Außenminister Andrej Gromyko und Politbüromitglied Konstantin Tschernenko zum inneren Führungskreis der Politbüros. Bereits bei der Wahl Andropows zum Generalsekretär der KPdSU im November 1982 war Ustinow entschei*dend beteiligt. Im Sommer* vergangenen Jahres, als sich die schwere Erkrankung Andropows abzeichnete, hatte der Verteidiungsminister einen Aufenthalt in Ungarn überraschend abgebrochen.

Seite 2: Innere Gründe

Hasselmann: Kritik an Dregger

rmc. Bonn

Auch nach der Entscheidung des *Bundeskanzlers,* an Verteidigungsminister Wörner festzuhalten, geht in der CDU die Diskussion über die Affäre Kießling/Wörner weiter. So forderte der Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Hasselmann, die Partei gestern im Deutschlandfunk auf, „mehr Solidarität zu üben". *Hasselmann* bezog sich bei seiner Kritik unter anderem auf Äußerungen von CDU/CSU-Fraktionschef Dregger im Hessischen Rundfunk (WELT v. 6. 2.). Dregger hatte, auf Wörners angebliche Unfähigkeit, in Krisensituationen richtig zu handeln, angesprochen, gesagt, nach der Verfassung sei im Spannungsfall der Bundeskanzler der Oberbefehlshaber der Bundeswehr. Hasselmann verdeutlichte, auch in Krisenlagen sei der Kanzler vom Rat des Verteidigungsministers und dem seiner Fachleute abhängig.

„Schade" nannte es Hasselmann, daß die CSU nach der Entscheidung des Kanzlers, Wörner zu halten, abends nicht gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Geißler an einer *Fernsehdiskussion teilgenommen* habe. Dies sei „eigenartig", denn wir haben ja gemeinsam mit der CSU eine Regierung", meinte der Unionspolitiker.

Unterdessen ist auch Wörners parlamentarischer Staatssekretär Würzbach *Zielscheibe* von Spekulationen geworden. Es hieß in Zeitungsberichten, er sei als Kieler Innenminister vorgesehen. Von Zuständigen in der schleswig-holsteinischen Hauptstadt und in Bonn wurde dazu erklärt, die Berichte seien ohne Grundlage.

Vatikan sorgt sich um Sicherheit der Christen

Kurie fürchtet Verfassungsänderung in Libanon

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Im Vatikan und in Kreisen der katholischen Kirche in Europa verfolgt *man die Krise in Libanon mit* wachsender Sorge. Aber im Gegensatz zu früher wird heute die Frage gestellt: Wie kann die Existenz der Christen in diesem Land gewährleistet werden?

Seit Beginn des Krieges Mitte der siebziger Jahre hatte sich der Vatikan eindeutiger Erklärungen zugunsten der Christen enthalten und in seinen Appellen meist den Dialog mit den Muslims gefordert. Im September 1982 empfing der Papst sogar PLO-Führer Arafat – am selben Tag, an dem der gewählte Präsident Libanons Beschir Gemayel ermordet wurde. Viele libanesische Christen waren darüber tief betroffen.

Nun aber scheint sich im Vatikan eine Wende zu vollziehen. Zwar forderte Johannes Paul II. bei seinem Appell zum Waffenstillstand am Sonntag abermals einen „aufrichtigen Dialog" zwischen den Volks- und Religionsgruppen des Landes. Kurz zuvor jedoch hatte er anläßlich eines Besuches libanesischer Abgeordneter in Rom erstmals die Christen davor gewarnt, den „Gefahren der Resignation" zu erliegen und aus purer Verzweiflung jede beliebige Lösung der Krise zu akzeptieren.

Der Papst versprach, „alles zu tun, damit die Existenz und Rechte der christlichen Gemeinschaften in Libanon anerkannt werden". Es gehe nicht darum, Privilegien zu fordern oder festzuschreiben, sondern notwendig sei, daß „im Namen der Gerechtigkeit" Präsenz und Freiheit dieser Gemeinschaften „garantiert" würden.

Nach Informationen der WELT ist man im Vatikan offenbar zu der Überzeugung gelangt, daß ein Zusammenbruch des bestehenden Regimes und eine Änderung der libanesischen Verfassung die Christen des *Landes in eine ähnliche* Abhängigkeit und rechtliche Benachteiligung bringen würde, wie das für Nicht-Muslims in den arabischen Ländern bereits der Fall ist.

Dieselbe Befürchtung äußerten jüngst auch die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen von *Belgien,* Deutschland, England und Wales, Frankreich, den Niederlanden, Italien, Irland und Luxemburg: In einer am 23. Januar noch vor Beginn der jüngsten Kämpfe in Beirut veröffentlichten Erklärung heißt es, die europäischen Christen könnten „die Gefährdung des Lebens und der Rechte der Christen dieses Landes nicht gleichgültig übergehen". Die Bischöfe sind der Ansicht, „daß die Koexistenz verschiedener Religionen und Kulturen in Libanon, besonders die Anerkennung und Wahrung der Rechte christlicher Gemeinschaften, nur auf der Grundlage eines gerechten Friedens und der Achtung der Menschenrechte als Grundform der Gesellschaft vollzogen werden kann". Gemeinsam rufen sie die Christen in Europa dazu auf, „sich ernsthaft mit der Lage zu befassen und ihre Solidarität mit ihren libanesischen Brüdern dadurch zu bekunden, indem sie sie durch Hilfe und Gebet unterstützen".

Politische Beobachter in Rom und Beirut gehen davon aus, daß die wachsende Sorge des Vatikans und der europäischen Kardinäle vor allem durch die Massaker an den Christen im mittellibanesischen Schuf-Gebirge im Herbst vergangenen Jahres und durch die Welle des Fanatismus religiös motivierter Milizen hervorgerufen worden ist.

Shultz: Kongreß erschwert US-Position in Libanon

Fortsetzung von Seite 1

Präsenz in Libanon zu befristen. Auf diese Debatte hob ein gereizter Außenminister Shultz am Sonntag in Brasilien ab, als er vor Pressevertretern, die ihn auf seiner Lateinamerika-Reise begleiten, sagte: „Wenn man bei Verhandlungen Erfolg haben will, muß man etwas durchstehen können. Dies ist nicht eine Frage der Meinung des Präsidenten, dies ist eine Frage, die sich die Mitglieder des Kongresses stellen müssen."

Shultz ging so weit, dem Kongreß die Schuld dafür zuzuschieben, daß die Gespräche mit der syrischen Führung bisher fruchtlos geblieben sind. Damaskus schaue *auf die politische* zerfahrene Diskussion in Washington „und schaltet infolgedessen auf totale Unnachgiebigkeit". Inzwischen werde die Kampagne der Einschüchterung, sei es durch direkte Bedrohung gegen das Leben einzelner Minister oder durch anhaltende Bombardierungen, fortgesetzt. „Syrien", so schloß Shultz, „will den Libanon mit Gewalt übernehmen."

Kritisch über die amerikanischen Bemühungen in Libanon hatte sich am vergangenen Wochenende auch der jüngere Bruder des jordanischen Königs, Kronprinz Hassan, geäußert. Hassan sagte in einem Interview mit amerikanischen Pressevertretern in Amman, die diplomatischen Missionen Rumsfelds in Damaskus hätten genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Man könne Syrien nicht mit solchen Zeichen des Entgegenkommens beeindrucken, während man gleichzeitig hilflos zusehen müsse, wie das gleiche Syrien alles unternimmt, eine Lösung in Libanon zu verhindern. Das sei eine „Erniedrigung der amerikanischen Macht".

Shultz konferierte in Brasilia ausgiebig mit Sicherheitsberater McFarlane, der ihn auf seiner gegenwärtigen Reise begleitet. Beide wollen rechtzeitig wieder in Washington sein, wenn Ende dieser Woche Ägyptens Präsident Mubarak in der amerikanischen Hauptstadt zu Gesprächen eintrifft. Auch Mubarak gehört zu den Politikern im Nahen Osten, die eine entschiedenere amerikanische Haltung befürworten und die auf alle Fälle einen vorzeitigen Abzug der US-Streitkräfte, wie ihn der Kongreß zu favorisieren scheint, verhindern *möchten.*

Hiehle vorzeitig in den Ruhestand

rtr, Bonn

Bundesverteidigungsminister Wörner hat nach Angaben aus seinem Ministerium der vorzeitigen Pensionierung des für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zuständigen Staatssekretärs Joachim Hiehle zugestimmt. Regierungssprecher Boenisch verweigerte gestern jede Stellungnahme zu diesem Thema. Zunächst müsse sich – vermutlich schon morgen – das Bundeskabinett damit befassen. Gegen Hiehle waren im Zusammenhang mit der Entlassung General Kießlings Vorwürfe erhoben worden.

Altenburg nimmt Admiralarzt in Schutz

W. K. Bonn

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, hat Admiralarzt Richarz vor dem Vorwurf des Bruchs ärztlicher Schweigepflicht im Fall Kießling in Schutz genommen. Gegen den Arzt des Bundeswehrkrankenhauses Koblenz ist gestern wegen eines angeblichen MAD-Aktenvermerks („Bademantel-Hinweis") ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Nach seiner Kenntnis existiere jedoch „keine Aussage des Arztes, daß General Kießling abnorm veranlagt sei", erklärte der Generalinspekteur in einem Schreiben an den Anwalt von Richarz. Anwalt Pohl zur WELT: „Wir sehen darin eine vollständige Rehabilitierung des Admiralarztes auch von den Vorwürfen der Denunziation oder Wichtigtuerei."

Richarz war bereits im Februar 1983 bei disziplinaren Voremittlungen gegen Kießling gehört worden. Aus der Anhörung gehe „eindeutig hervor", so der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Reichardt, daß er keine Erkenntnisse von einem Patientenbesuch weitergegeben habe.

Buße für alte Sünden

cd. – In wenigen Wochen werden die deutschen Großbanken ihre '83er Bilanzen präsentieren. Das Wesentliche ist freilich schon seit einiger Zeit bekannt. Es werden Rekordbetriebsergebnisse vorgezeigt, die ein schiefes Bild geben. Denn der größte Teil der schönen Früchte wird von einem Wurm namens Wertberichtigung aufgefressen.

Soweit es sich bisher absehen läßt, wird das Kreditgewerbe in den '83er Abschlüssen noch einiges mehr als im letzten Jahr für die Risikovorsorge tun. Denn die Pleitewellen sind auch im letzten Jahr noch einmal hochgeschlagen. Vor allem aber sind die Risiken, die in den *internationalen Ausleihungen* stecken, noch einmal gewachsen. Daran ändert auch die Entspannung an der internationalen Schuldenfront nichts, wo ja nur Überbrückungslösungen gefunden wurden, aber noch längst keine endgültige Krisenlösung in Sicht ist. Solange die Zahlungskrisen in Lateinamerika und anderswo fortschwelen, werden die Großbankiers noch Hunderte von Millionen von ihren prächtigen Gewinnen abzweigen müssen, um ihre Institute gegen Ausfälle abzusichern.

Und da haben die beiden kleineren unter den Großbanken noch einiges mehr zu tun als der Branchenerste. Deswegen wird es wohl auch noch einige Zeit dauern, bis sie wieder ähnlich hohe Dividenden zahlen können wie die Deutsche Bank. Wenn die Commerzbank den Mut hat, die Dividendenzahlung mit sechs Mark wieder aufzunehmen,und damit die Dresdner Bnak in Zugzwang setzt, sollte man daraus nicht den Schluß ziehen, daß die Vergangenheit bereinigt ist.

An langer Leine

Wb. – Nun macht er doch Ernst mit seinem Vorhaben, das Haus zu bestellen: Max Grundig, am 7. Mai 76 Jahre alt, übergibt zum 1. April die Führung seines Rundfunk- und Fernsehimperiums an den langjährigen Partner Philips. Noch ist einiges unklar, zum Beispiel der Kaufpreis der neuen Philips-Anteile und auch die Person, die künftig in Fürth das Ruder übernehmen soll. Klar ist aber: Mit der Übernahme geht der *letzte große eigenständige deutsche Hersteller in ausländische Konzernhände* über. Zwar ist es bei Philips langjährige und auch immer wieder fruchtbare Gepflogenheit, die Konzerntöchter an der langen Leine laufen zu lassen. Wie lange dieses Konzept sich aber in einem Markt durchhalten läßt, an dem der Druck der Fernost-Konkurrenz zu immer neuer Kooperation und Konzentration zwingt, muß sich noch erweisen. Bei Nordmende, Saba, Dual und Telefunken zeigt der französische Konkurrent Thomson-Brandt, wie man langsam, aber sicher zur Stromlinie kommt.

Wirbel am Wärmemarkt

Von HANS BAUMANN

Hätten Stein- und Braunkohlebergbau nach Bad Honnef eingeladen, um in einem Sporthotel die kleinste Wirbelschicht-Heizanlage der Welt vorzuführen und einen zweitägigen Kongreß mit rund 300 Teilnehmern anzuhängen, so hätte sich bei den Eingeladenen sofort der schale Geschmack von PR-Kampagnen eingestellt. Doch es war der über Lobby erhabene, weltweit geschätzte Verein Deutscher Ingenieure, der das Mini-Wirbelbett bei Bad Honnef vorstellte und die Tagung „Kohle im Wärmemarkt" ausrichtete.

Es war wie das Signal zur Attacke. Die deutsche Kohle tritt an, Teile eines Marktes zurückzuerobern, den sie lange Zeit allein beherrschte: den größten aller Energiemärkte, den Wärmemarkt. Bei einem Endenergieverbrauch von 235 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) hat dieser Markt einen Anteil von rund 66 Prozent, das sind etwa 154 Mill. Tonnen SKE. Diese Pfründe des deutschen Bergbaus von einst beherrscht immer noch das Heizöl mit 39 Prozent, gefolgt vom Erdgas mit 22 Prozent, dem Strom mit ebenfalls 22 Prozent. Erst dann kommt – weit abgeschlagen – die Steinkohle mit mageren 7 Prozent und die Braunkohle mit 4 Prozent. Der Rest ist Fernwärme, Torf, Holz.

Wer dem Öl oder dem Gas Marktanteile abringen will, der hat eine *Grundmaxime zu befolgen:* Er muß die Wärme so bequem anbieten, wie diese beiden Energiearten es tun. Der Preis, das hat sich inzwischen herausgestellt, ist nicht das entscheidende Kriterium für den Entschluß, mit Kohle, Öl oder Gas zu heizen.

Das war bisher das Handicap der Kohle. Sie hat auch heute noch in weiten Kreisen der Bevölkerung den Makel von Schmutz, Geruchsbelästigung und Mühsal bei ihrem Einsatz. Deshalb begannen 1966 bei der Ruhrkohle-Forschung die ersten Arbeiten an einer Feuerungsmethode, die auf die zwanziger Jahre zurückgeht, die Wirbelschichtfeuerung, auch Wirbelbettfeuerung genannt. Ganze Gebirge von Vorurteilen mußten die Techniker überwinden; die Kesselbauer sprachen vor noch gar nicht allzu langer Zeit von „grobem Unfug", wenn von der Wirbelschichtfeuerung die Rede war.

Der Bann ist gebrochen, nicht zuletzt, weil die Technische Anweisung Luft verschärft und die Großfeuerungsanlagenverordnung so drastische Umweltschutzbestimmungen vorgaben, daß die Wirbelschichtfeuerung nicht nur vom deutlichen Preisvorteil der Kohle den entscheidenden Anstoß bekam, sondern auch von der Tatsache, daß mit ihr bereits in der Brennkammer durch Kalksteinbeimischung der lästige Schwefel ausgefällt und mit der Asche in der Zementindustrie als Rohstoff weiterverarbeitet werden kann. Die aufwendige und kostspielige Entschwefelung der Rauchgase auf die heute vorgeschriebenen Werte von 400 Milligramm je Kubikmeter Rauchgas entfällt beim Wirbelbett. Die Techniker sind sogar sicher, daß sie nahe an die 100prozentige Entschwefelung im Laufe der Entwicklungszeit herankommen werden.

Der besondere Reiz der Tagung lag darin, daß keine Fachvorträge gehalten wurden, sondern,daß Betreiber von vollautomatischen Kohleheizanlagen über ihre Erfahrungen berichteten – ein gelungener Schachzug des VDI, bei dem sich die Kohle bedanken kann. So berichtete ein Maschinenbauer, daß er nicht mehr 75 000 Mark im Jahr für Öl, sondern nur noch 25 000 Mark für Kohle auszugeben braucht, weil er eine automatische Heizanlage installieren ließ. Die Wirbelbettanlage in Bad Honnef liefert die Wärme für den halben Preis, der bisher für Öl ausgegeben werden mußte. Amortisationszeit: Fünf Jahre.

In Neuss bot eine Zeche keine Kohlen oder Öfen an, die Offerte zur Beheizung der Schule St. Andreas lautete: Wärme. Die automatische Kohleanlage wird also von einer Zeche betrieben. Ergebnis: Die Brennstoffkosten für die Stadtverwaltung fielen um 67 Prozent.

Doch die Kohle hat an diesem riesigen Wärmemarkt nicht nur gegen das Öl anzutreten. Auch das Erdgas hat hier mit gut 20 Prozent den Fuß in der Tür, wenn *auch mit dem Handicap,* daß es im Preis dem Öl durch Klauseln folgt, also von der Kohle über den Preis und mit neuer Technologie bedrängt wird. Doch das Gas genießt ebenso wie die Fernwärme (Marktanteil: magere sieben Prozent) den psychologischen Vorteil, daß es leitungsgebunden ist, daß man sich nur ungern von einer Energie trennt, die „sowieso ins Haus kommt". Das alles weiß man natürlich im Bergbau gleichfalls. Schon deswegen also sieht *man auch die eigenen Bäume* nicht in den Himmel wachsen. Das Ziel: In fünf bis zehn Jahren sollen sieben bis zehn Millionen Tonnen SKE zurückerobert werden.

GEMEINDEFINANZEN / Expertenkommission will jetzt Zwischenbericht vorlegen

Reformen sind erst in der nächsten Legislaturperiode vorgesehen

HEINZ HECK, Bonn

Die Gemeinden haben die Kanzlerzusage, daß die Gewerbesteuer in dieser Legislaturperiode nicht mehr geändert wird. Eine von der Länderfinanzministerkonferenz im November eingesetzte Kommission diskutiert aber seither rund ein halbes Dutzend Reformmodelle mit dem Ziel der Ablösung der Gewerbesteuer nach 1987. Heute wird die Kommission ihre Beratungen in Bonn voraussichtlich mit einem Zwischenbericht abschließen.

Die Gewerbesteuer ist vom Aufkommen her neben dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer die ergiebigste Steuerquelle; sie ist zugleich die wesentlichste gestaltbare Gemeindesteuer überhaupt. Mit insgesamt 26,1 Milliarden Mark entfielen hierauf 1982 rund sieben Prozent des *gesamten Steueraufkommens in der* Bundesrepublik. Davon erhielten die Gemeinden 19,9 sowie – aufgrund der Gewerbesteuerumlagen – Bund und Länder 6,2 Milliarden Mark.

Die Kritik an dieser wichtigsten Gemeindesteuer ist in letzter Zeit gewachsen, vor allem seit im Zuge der Steuerentlastungsmaßnahmen die Ausnahmetatbestände zunehmen. Ein wesentlicher Mangel der Gewerbesteuer liegt in ihrer starken Konjunkturabhängigkeit. Sie verleitet die *Gemeinden zu prozyklischem Ausgabe*verhalten; das schlägt sich vor allem bei den Investitionen nieder. Zugleich verursacht die Gewerbesteuer große und unvertretbare Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden, die durch die Freibetragsregelungen noch verstärkt werden. Wegen dieser in den letzten Jahren erhöhten Freibeträge und Entlastungen beim ertragsunabhängigen Teil (Gewerbekapitalsteuer) hat sie sich zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen „Großbetriebssteuer" entwikkelt. Wegen der unterschiedlichen Hebesätze wirkt sie wettbewerbsverzerrend und widerspricht damit dem Gebot der Wettbewerbsneutralität.

Die steuersystematischen Bedenken gelten vor allem der Belastung des Eigenkapitals. Da die Gewerbesteuer die Fremdfinanzierung begünstigt, erweist sie sich zunehmend als ein Hindernis auf dem Weg zu einer besseren Eigenkapitalausstattung. Die Kommission hat unter anderem folgende Reformmodelle geprüft:

- DIHT-Modell, das eine Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Umsatzsteuer vorsieht,
- Ablösung der Gewerbesteuer und *Beteiligung der Gemeinden an der* Umsatzsteuer nach einem Vorschlag des Instituts für Finanzen und Steuern (Institutsmodell).
- Einführung einer kommunalen Wertschöpfungssteuer aufgrund des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium (Beiratsmodell).
- Gemeinde-Einkommensteuer (mit einem Hebesatzrecht zur bestehenden Einkommensteuer) und
- Verbesserung der gegenwärtigen Gewerbesteuer.

Gegen alle Modelle sind in der Kommission erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Die Wertschöpfungssteuer konnte zumindest aus Gemeindesicht bisher die meisten Vorzüge für sich verbuchen. Die kommunalen Spitzenverbände,ebenso wie die SPD und Teile der Union, haben sich daher bereits mit Nachdruck für eine umfassende und vorurteilsfreie Prüfung dieser Steuerart eingesetzt, zuletzt der Deutsche Steuertag Mitte Januar in Bonn. Bedenken haben vor allem die FDP und die Wirtschaftsverbände angemeldet.

Nach diesem Modell soll die örtliche Wertschöpfung aller Wirtschaftseinheiten besteuert werden. Hierzu zählen alle Produktions- und Dienstleistungsbetriebe einschließlich der freien Berufe und Behörden (Land- und Forstwirtschaft sowie Wohnungswirtschaft gehören dazu auch; allerdings wird dann die Berechti*gung der Grundsteuer in Frage* gestellt). Bemessungsgrundlage für die Ermittlung ist die Summe aus gezahlten Löhnen, Mieten und Pachten, Zinsen sowie erzielten Gewinnen (private Wirtschaft) beziehungsweise die Summe aus Löhnen und Gehältern (öffentliche Hand). Den Gemeinden soll auch hier ein Hebesatzrecht bewilligt werden.

US-HAUSHALT

Höhere Schuldzinsen zehren Sozialeinsparungen auf

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1985, den Ronald Reagan in der vergangenen Woche dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hat, enthält viele bittere Wahrheiten. Sie werden am Potomac wie heiße Kartoffeln behandelt. Niemand möchte im Wahljahr schlafende Hunde wekken. Hier eine Auswahl:

- Seit seinem Amtsantritt im Januar 1981 ist es dem Präsidenten gelungen, die Ausgaben für Erziehung, Krankenhilfe, Wohlfahrt und soziale Dienste um 39,6 Milliarden Dollar zu kürzen. Die Explosion der Haushaltsdefizite (kumuliert: 809,7 Milliarden Dollar) verteuert jedoch den Zinsendienst für die sprunghaft gestiegenen Schulden des US-Bundes um 47,4 auf 116,1 Milliarden Dollar netto. Die mühsam erreichten Einsparungen werden mehr als aufgezehrt – durch Schuldzinsen!
- Die Zinskosten für Washingtons Schuldenberg wachsen schneller als die Aufwendungen für die Verteidigung. Im Vergleich der Finanzjahre 1981 und 1985 erhöhen sich die Verteidigungsausgaben um 65,6 (auf 264,4 Milliarden Dollar), die Zinsen netto aber um 69 Prozent. Brutto schlägt der Zinsendienst 1985 sogar mit 164,7 Milliarden Dollar zu Buch.
- Im Haushaltsjahr 1981 entfielen *auf den Zinsendienst* 11,5 Prozent der Gesamtausgaben (599,3 Milliarden Dollar), im am 1. Oktober beginnenden Finanzjahr werden es 12,5 Prozent von 925,5 Milliarden Dollar sein.
- Die Bundesschuld nimmt rascher zu als Amerikas Bruttosozialprodukt, der Zinsendienst wächst wiederum schneller als der Schuldenberg. Am Ende des Finanzjahres 1985 addiert er sich auf 1,82 Billionen Dollar, verglichen mit 1,59, 1,38 und 1,14 Billionen Dollar in den Jahren 1984, 1983 und 1982 – dem ersten wirklich eigenen Budget der Reagan-Administration. Die Zunahme seitdem: 59,8 Prozent.
- Gemessen am US-Bruttosozialprodukt machten Washingtons öffentliche Schulden im ersten Reagan-Jahr 27,6 Prozent aus; 1982 waren es schon 30,4 und 1983 sogar 35,4 Prozent.

Im Wahlkampf 1980 versprach Ronald Reagan seinen Wählern für 1984 einen ausgeglichenen Haushalt und für 1985 einen Überschuß – den ersten seit 1969! – in Höhe von sieben Milliarden Dollar. Statt dessen betragen die Defizite, einschließlich der roten Zahlen der staatlichen Kreditagenturen, 199,9 und 195,2 Milliarden Dollar. Außerdem wollte der Präsident die Bundesausgaben auf 19,2 Prozent des Bruttosozialprodukts drücken. Auch diese Rechnung geht nicht auf: 1985 werden es 23,8 Prozent sein.

Im amerikanischen Fernsehen äußerte der republikanische Senator Pete Domenici, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, die Befürchtung, daß die Defizite viel höher ausfallen werden. Nach seinem Urteil sind die zugrunde gelegten Konjunkturdaten viel zu optimistisch.

AUF EIN WORT



„Sieht man vom Verbraucher ab, hat es bei dem Preiskampf am Zigarettenmarkt keinen Gewinner gegeben. Denn nicht Marktanteile zählen, sondern nur das, was unter dem Strich übrig bleibt. Angesichts der drastischen Einbußen wäre ein neuer Preiskrieg für die Unternehmen und ihre Mitarbeiter katastrophal."

Dr. Werner Deuchler, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Philip Morris GmbH, München

FOTO: STUDIO SCHMIDT-LUCHS

Japan kündigt Marktöffnung an

rtr, Tokio

Die japanische Regierung will sich für eine weitere Öffnung der Finanz-, Kapital- und Produktmärkte gegenüber dem Ausland einsetzen. Wie Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone gestern in einer Rede vor dem Parlament erklärte, sind gute internationale Beziehungen für Japan unerläßlich. Deshalb müsse Japan sich weiter um eine ausgewogene Handelsexpansion, eine Öffnung seiner Märkte, eine Förderung der Importe und eine *Mäßigung bei der Ausfuhr bestimm*ter Produkte bemühen. Die jüngsten Konjunkturtrends in Japan würden eine gute, wenn auch schrittweise, Erholung anzeigen.

EG-MINISTERRAT

Starke Übereinstimmung in der Wirtschaftspolitik

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein insgesamt freundliches Bild von der ökonomischen Entwicklung zeichneten die Wirtschafts- und Finanzminister der EG gestern bei ihrem turnusmäßigen Meinungsaustausch in Brüssel. Trotz der Besorgnisse, die von den hohen Realzinsen in den USA ausgehen, scheint keine der Mitgliedsregierungen ernsthaft die Forderung nach einer „Abkoppelung" der europäischen Zinsen von den amerikanischen zu vertreten.

Der französische Ratspräsident Jacques Delors jedenfalls erwähnte zur Überraschung mancher Teilnehmer der Aussprache die vom hohen amerikanischen Haushaltsdefizit verursachte Zinsentwicklung mit keinem Wort. Auch der Bonner Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht erteilte der „Abkoppelungstheorie" – wie in Ratskreisen betont wurde – lediglich in einem Nebensatz eine Absage.

Schlecht sprach von einer „asymmetrischen Konjunkturerholung" in den USA und Europa. Auch in der Gemeinschaft seien die Auftriebskräfte gegenwärtig noch ungleich ausgeprägt. In der Bundesrepublik bestehe die Hoffnung auf einen „moderaten, aber länger *anhaltenden*" Aufschwung.

Der belgische Finanzminister Willy de Clerck machte den Vorschlag, innerhalb der Gemeinschaft einen „Konvergenz-Indikator" zu schaffen. Er könne als Frühwarnsystem dienen und in den Mitgliedsländern, die vom gemeinsamen wirtschaftspolitischen Pfad abwichen, einen „moralischen Druck" auf stabilitätssichernde Maßnahmen ausüben.

Die Konvergenz der Wirtschaftspolitik sei in der EG selten so groß gewesen wie gegenwärtig, meinte de Clerck. Es bestehe allerdings die Gefahr, daß sie früher oder später unter dem Druck interner oder äußerer Faktoren wieder nachlasse.

BESCHÄFTIGUNG

Schon geringes Wachstum schafft mehr Arbeitsplätze

PETER GILLIES, Bonn

Der Abbau der Arbeitslosigkeit setzt nicht zwingend höchste Wachstumsraten voraus. In den jüngsten Konjunkturzyklen reichten bereits geringe Werte aus, um die Unternehmen – trotz technologischen Fortschritts – zu Neueinstellungen zu bewegen. Mit einer Studie zu den „Beschäftigungsschwellen" greift das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in die Diskussion ein.

Zwischen 1968 und 1976 sei noch ein Produktionszuwachs von 5,9 Prozent nötig gewesen, damit die Betriebe ihre Belegschaften vergrößerten. Im Zeitraum 1977 bis 1982 dagegen hätte bereits ein Wachstum von 2,3 Prozent die gleiche Arbeitsplatzwirkung gehabt. Grund für diesen Zu*sammenhang ist nach* Berechnungen des IW das Verhältnis zwischen Reallohn und Produktivität: Damals überstiegen die Reallöhne mit 6,4 Prozent den Produktivitätsfortschritt von fünf Prozent. 1977/82 hätten sich dagegen beide im Gleichschritt von plus 3,1 Prozent bewegt.

Das Institut verweist auf die USA, wo zwischen 1976 und 1982 ein nahezu unverändertes Reallohnniveau mit einer 1,4 Prozent höheren Produktivität zusammenfiel, mit der Folge, daß die Beschäftigung um ein Prozent wuchs. Großbritannien sei dagegen ein Negativbeispiel, denn es wurde stets mehr Lohnzuwachs verteilt, als die Stundenproduktivität hergab. Dadurch mußten 1,8 Millionen Arbeitsplätze abgebaut werden.

Die Tarifpartner könnten dazu beitragen, die Beschäftigungsschwelle weiter zu senken. Hätten sich beispielsweise die Deutschen am US-Verlauf orientiert, also nicht die ge*samte Verteilungsmasse* für die Arbeitsplatzbesitzer ausgeschöpft, wären 270 000 Arbeitsplätze geschaffen und nicht 450 000 vernichtet worden, meint das Institut.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Banken fordern sachgerechte Regelung

Köln (DW.) – Für die Novellierung des Kreditwesengesetzes habe der Bundesfinanzminister nunmehr eine insgesamt tragfähige Konzeption gefunden, betonte der Bundesverband deutscher Banken zu der Kabinettsvorlage des Ministeriums. Nach*drücklich begrüßte er vor allem die* Ablehnung eines Haftungszuschlags für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute durch Bundesfinanzminister Stoltenberg. Der Verband warnte jedoch vor weitergehenden Gesetzesänderungen aufgrund eines Einzelfalls der SMH-Bank. So sei die jetzt vorgeschlagene Senkung der Grenze für den einzelnen Großkredit von 75 Prozent auf 50 Prozent des Eigenkapitals nicht erforderlich.

Konjunktur aus Bonner Sicht

Aus dem Jahreswirtschaftsbericht:

	1983 geschätzt	1983 tatsächlich	1984 geschätzt
Wirtschaftswachstum in %	±0	+1,2	+2,5
Preisanstieg in %	+4	+3,0	+3
Arbeitslosenquote in %	9,5	9,1	9

Mit der Konjunktur geht es weiter voran, heißt es im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1984. Das wirtschaftliche Wachstum beschleunige sich auf mindestens zweieinhalb Prozent im Jahresdurchschnitt, der Preisanstieg bleibe weiter gedämpft, die Zahl der Erwerbslosen gehe – wenn auch nur langsam – zurück. Bonn gibt die Arbeitslosenquote mit knapp neun Prozent an.

QUELLE: GLOBUS

Mehr Auslandsaufträge

Bonn (AP) – Der insgesamt positive Trend der Nachfrage bei der deutschen Industrie ist im Dezember unterbrochen worden. In diesem Monat nahmen nach Angaben des Bonner Wirtschaftsministeriums die Bestellungen preis- und saisonbereinigt um ein Prozent ab. Im Vergleich des letzten Vierteljahres 1983 mit den drei Monaten davor wurde jedoch mit einem Anstieg um gut vier Prozent ein kräftiger Nachfrageimpuls registriert. Besonders deutlich, um 5,5 Prozent, wuchsen die Orders aus dem Ausland.

Entlassungen bei BAT

London (fu) – BAT, weltgrößter Zigarettenhersteller, wird die Zahl seiner Mitarbeiter in Großbritannien um 1840 verringern und damit nahezu halbieren. BAT macht für diese Maßnahme den „rapiden" Rückgang des *Zigarettenverbrauchs in Großbritan*nien verantwortlich. Er ist von 125 Milliarden Zigaretten im Jahre 1978 auf heute etwas mehr als 100 Milliarden gefallen. BAT hält am britischen Zigarettenmarkt einen Anteil von 5,5 Prozent.

Forschungsausgaben

Bonn (HH) - Mit 1,64 Milliarden Mark entfällt auf Nordrhein-Westfalen rund ein Viertel der vom Bonner Forschungsministerium (BMFT) im vergangenen Jahr bereitgestellten Förderungsmittel in Höhe von knapp 6,6 Milliarden Mark. In der Liste, die der Parlamentarische Forschungs-Staatssekretär Albert Probst (CSU) gestern auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Ulrich Steger veröffentlichte, folgen Baden-Württemberg mit 1,5 Milliarden und Bayern mit knapp 983 Millionen Mark.

Wohnungen modernisiert

München (AP) – Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Bundesrepublik haben 1982 insgesamt 221.870 Wohnungen aus ihrem Altbaubestand für 1,9 Milliarden Mark modernisiert. Der Verband Bayerischer Wohnungsunternehmen berichtete, daß dies einem Rückgang von 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspreche.

Wochenausweis

	31.1.	23.1.	31.12.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	67,3	66,8	67,5
Kredite an Banken	78,3	79,5	85,5
Wertpapiere	7,0	7,9	7,8
Bargeldumlauf	101,9	100,4	104,7
Einl. v. Banken	47,4	38,5	52,7
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,1	7,2	2,2

DOW JONES / Neue Aktien ohne Börsennotiz

Damm gegen Aufkäufe

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Offensichtlich aufgeschreckt durch die in den USA wieder hochschwappende Fusionswelle und die Aufkauf-Ambitionen des australischen Verlegers Rupert Murdoch, der auf dem amerikanischen Medienmarkt Angstneurosen erzeugt, will die Dow Jones & Company, Inc., New York, mit einem Schachzug möglichen Meistbietern den Weg verbauen:

Am 18. April wird den Anteilseignern ein Plan vorgelegt, der über eine saftige Dividendenausschüttung zur Ausgabe sogenannter B-Aktien führt, die sich von den A-Papieren dadurch unterscheiden, daß sie mit jeweils zehn Stimmrechten ausgestattet sind und nur unter strengen Auflagen transferiert werden können. Das Plazet der Hauptversammlung gilt als sicher, da sich 56 Prozent der Aktien im Besitz der Bancroft-Familie befinden – Nachfolger des Clarence W. Barron, der 1902 Dow Jones erwarb.

Der Trick ist der, daß es für die B-Aktien keinen Markt geben wird, eine Kontrolle des Unternehmens über heimliche Käufe an der Börse also ausgeschlossen ist. Nutznießer sind allein die Familienmitglieder und die Stiftung. Arrangements, die ebenfalls auf Zwei-Klassen-Aktien basieren, haben vor langer Zeit schon die New York Times Co. und die *Washington Post Co. getroffen.* Dow Jones wechselt von der New York zur American Stock Exchange.

Der Vorstandsvorsitzende von Dow Jones, Warren H. Phillips, hat die Aktion damit begründet, daß die Publikationen und Dienste des Großverlages „vor den Unsicherheiten, die im kommenden Jahrhundert entstehen könnten, geschützt werden müssen". Wie bisher werde die Bancroft-Familie auch künftig über Qualität, Integrität, Unabhängigkeit und die enormen Investitionswerte wachen. Phillips zerstreute den Verdacht, daß Fusionsaspiranten Dow Jones schon ins Visier genommen haben.

Ein Aufkauf durch Außenseiter wäre in der Tat ein Jammer. Denn die Geschichte der Dow Jones & Company ist eine der großen Erfolgsstories im amerikanischen Verlagswesen. Gegründet von Charles Dow und Edward Jones 1882 in einem kleinen Kellerraum in der Nähe der New York Stock Exchange, wo zunächst ein Börsendienst durch Boten vertrieben wurde, ist das Unternehmen heute eine nicht zu erschütternde konservative Bastion im US-Wirtschaftsjournalismus.

In 100 Jahren hat sich aus der Mini-Agentur ein Konzern entwickelt, der 8700 Mitarbeiter beschäftigt und 1982 mehr als 730 Millionen Dollar (rund 2,06 Milliarden Mark) umsetzte. Davon entfielen auf überregionale Zeitungen und Zeitschriften sowie Nachrichtendienste 562, auf lokale Zeitungen 124 und auf Bücher 45 Millionen Dollar. Nach Steuern blieben unterm Strich 88 Millionen Dollar; die Aktiva schlugen mit 595 Millionen Dollar zu Buch.

Übertroffen worden ist 1983 vermutlich das Vorjahresplus von 14 Prozent. In den ersten neun Monaten erreichte der Gesamtumsatz schon 633, der Nettogewinn 81 Millionen Dollar. Flaggschiff des Verlages ist das 1889 von der Dow Jones & Company gegründete „Wall Street Journal", dessen Auflage zwei Millionen übersteigt und inzwischen an 17 Orten gedruckt wird. Das Blatt beschäftigt 450 Redaktionsmitglieder und unterhält 27 Korrespondentenbüros außerhalb Nordamerikas, darunter auch in Bonn. Das „Wall Street Journal" ist die einzige überregionale Zeitung in den USA.

Außerdem verlegt Dow Jones die *wöchentliche Finanzschrift* „Barron's", das „Asian Wall Street Journal", das „Wall Street Journal/Europe", das „National Business Employment Weekly" und das Magazin „American Demographics". Zum Konzern gehören ferner die Ottaway Newspapers Inc. mit 21 Lokalzeitungen (Auflage: 535 000), der Fachbuchverlag Richard D. Irwin Inc., die Dow Jones News Services und eine Computer-Datenbank mit mehr als 60 000 Kunden. Der Verlag produziert überdies Fernseh- und Radiosendungen.

Leser der WELT stoßen täglich auf den Dow-Jones-Industrie-Index – das wohl populärste amerikanische Börsenbarometer, das die Kursentwicklung von 30 hochkarätigen Wachstumswerten – von Allied Corp. bis Westinghouse – mißt. Entwickelt worden ist er 1884 von Charles Dow. Wegen der engen Auswahl kommt es nicht selten zu Abweichungen vom *allgemeinen Aktientrend.*

Nach einer Umfrage des US-Wirtschaftsmagazins „Fortune" gehört die Dow Jones & Company zu den zehn in Amerika am meisten bewunderten Unternehmen. Hohe Noten erhielten die Bereiche Management, Finanzen und Qualität der Erzeugnisse.

ISRAEL / Sanierungskonzept bringt erste Erfolge – Volk gewinnt wieder Vertrauen

Inflationsrate geringer als erwartet

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Jubel gab es letzte Woche in der Kanzlei des Finanzministers Yigal *Cohen-Orgad: Inoffizielle* Berechnungen zeigten an, daß der Lebenshaltungskosten-Index im Monat Januar um 12 Prozent gestiegen ist. In den meisten Ländern wäre dies eine Hiobsbotschaft. Denn bei einer Projektion auf das gesamte Jahr ergäbe sich eine Inflationsrate von 289 Prozent. Nicht so in Israel: Fachleute hatten ursprünglich mit einer Teuerung von 18 Prozent gerechnet. Die Zuversicht im Finanzministerium erreichte solche Ausmaße, daß Premierminister Shamir eine Warnung an Cohen-Orgad schickte, er möge nicht soviel Optimismus ausstrahlen, bevor er sicher sei. Enttäuschte Hoffnungen verursachten größeren politischen Schaden als ein Mißerfolg.

In jedem Fall ist offensichtlich, daß die strikten Sparmaßnahmen erste Wirkung zeigen. Das Vertrauen der Bevölkerung, das in den letzten zwei Amtsmonaten des vorigen Finanzministers Yoram Aridor erschüttert worden war, kehrt zaghaft zurück. Das beweisen auch die Börsenkurse. Im Oktober noch gab es eine Katastrophe bei den *Bankaktien, die bis* dahin als Sakrosankt gegolten hatten und weit über ihren wahren Wert hinaus notiert wurden. Der großen Masse der Geldanleger war es damals nicht bekannt, daß die Banken – mit Billigung des Finanzministers – ihre eigenen Aktien künstlich hochhielten. Erst als ihnen der Atem ausging, hörten sie damit auf. Doch dann wurden die Aktien massenweise auf den Markt geworfen, bis ihr Kurs auf ein Drittel gesunken war. Mit dem Erlös kauften sich die Aktionäre Dollar als „wetterfeste" Anlage. Vor drei Wochen griff diese Baisse auch auf die Industrieaktien und dann auf die staatlichen Anleihepapiere über, obwohl letztere indexgebunden sind und somit eine eingebaute Garantie gegen jeglichen Wertschwund besitzen. Das war ein Ergebnis des geschwundenen Vertrauens.

Vorige Woche wendete sich das Blatt. Vielleicht war es die energische Art und Weise, mit der Cohen-Orgad ans Werk der finanziellen Rehabilitierung ging. Gewiß trug auch die im Januar fortdauernde Verringerung des *Außenhandelsdefizits dazu* bei, obwohl endgültige Zahlen nicht vorliegen. Viele Anleger verkaufen die Dollar, die sie vor drei Monaten für ihre Bankaktien bekommen haben, und kaufen dieselben Aktien zu erhöhtem Kurs wieder zurück. Beim jetzigen Absetzen der Dollar erlitten viele einen Verlust, denn in den letzten Tagen des Runs auf die amerikanische Währung im Oktober konnten viele keine Dollar mehr bekommen, sondern mußten Bankschecks kaufen. Die hiesigen Banken zahlen jedoch diese Schecks erst mit einer Verzögerung von bis zu neun Tagen aus. Bei der israelischen Inflationsrate kann das dem Besitzer einen Verlust von vier bis fünf Prozent bringen. Ähnlich erging es den industriellen Aktien und den Staatsanleihen. Sie steigen weiter, doch wird es sich erst gegen Ende des Monats zeigen, ob der Trend dauerhaft ist. (SAD)

Mehr internationale Anleihen

J. Sch., **Paris**

Die Banken übten im Januar bei der Vergabe von internationalen Krediten nach OECD-Angaben geringere Zurückhaltung. Trotz anhaltender Verschuldungskrise nahmen ihre Ausleihungen gegenüber dem Vormonat auf 8,35 (7,18) Milliarden Dollar zu, nachdem sie im November einen Tiefstand von 4,01 Milliarden Dollar erreicht hatten. An internationalen Anleihen emittiert wurden 6,87 (5,04) Milliarden Dollar. Mit 15,40 (12,23) Milliarden Dollar wurde das Vormonatsergebnis um 3,2 Milliarden und das von Januar *1983 um 3,8 Milliarden Dollar* übertroffen. An den gesamten Mittelaufnahmen waren die OECD-Länder mit nur noch 50 Prozent (79 Prozent im letzten Quartal 1983) beteiligt.

Personalabbau bei Renault

J. Sch. **Paris**

Nicht nur der private französische Automobilkonzern Peugeot will seine Belegschaft reduzieren. Auch die staatlichen Renault-Werke planen einen drastischen Personalabbau. Nachdem zunächst von 5000 Freisetzungen gesprochen wurde, teilte die sozialistische Sektion in dem Renault-Werk von Billancourt mit, daß nicht weniger als 10 000 Arbeitsplätze aufgegeben werden sollen. Die Gewerkschaften wollen sogar von einem 12 000 Renault-Arbeiter betreffenden Plan wissen. Der Konzern beschäftigt rund *200 000* Arbeitnehmer. *Er soll* nach inoffiziellen Angaben 1983 einen Verlust von zwei Milliarden Franc verbucht haben. Die Verwaltung selbst hüllt sich in Schweigen.

Benzinpreiskrieg in Schweden

gtm, **Stockholm**

Seit dem Wochenende tobt in Schweden ein Benzinpreiskrieg bisher unbekannten Ausmaßes. Der niedrigste Preis wurde in der Stockholmer Vorstadt Täby mit 2,51 Schwedenkronen pro Liter 93-Oktan-Benzin (Regula) registriert, dies sind etwa 82,8 Pfennig. In Stockholm lag der offizielle Preis bei 1,35 Mark, an der Kasse wurde darauf vereinzelt ein Rabatt von 4 Pfennig pro Liter gewährt.

Der Preisverfall setzte am Freitag ein, als die genossenschaftliche Benzingesellschaft OK ihren Mitgliedern einen *Preisnachlaß von 4 Pfennig* gewährte. Erst kurz zuvor war nach einer Benzinsteuererhöhung um 2 Pfennig der Literpreis für Normalbenzin auf 1,40 Mark heraufgesetzt worden.

WÄRMEMARKT / Eine neue Technik bringt die Kohle wieder ins Geschäft

Wirbelschichtanlage beheizt gesamtes Hotel

HANS BAUMANN, **Bad Honnef**

Nach Forschungs- und Entwicklungsarbeiten seit 1966 arbeitet jetzt seit 500 Stunden die kleinste Wirbelschichtanlage der Welt auf Steinkohlebasis. Bei Temperaturen um 850 Grad versorgt sie über Heißwasser den gesamten Wärmebedarf des Sporthotels Gestüt Waldbrunnen in Windhagen bei Bad Honnef. Die Anlage wurde von der Ruhrkohle AG und Buderus-Omnical entwickelt. Preis der Anlage mit 0,5 Megawatt, die *80 Kilogramm Kesselkohle der* Körnung zwischen null und 15 Millimeter verbrennt: 250 000 Mark. Amortisationszeit: maximal fünf Jahre.

Bisher wurde das Hotel mit Heizöl und Erdgas versorgt. Jetzt sind die reinen Heizkosten bei normalen Listenpreisen für die eingesetzte Kohle halbiert worden. Die neue Anlage war Anlaß für den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) eine Tagung einzuberufen, die sich zwei Tage lang mit dem Thema „Kohle im Wärmemarkt" beschäftigt, die am 8. und 9. Februar in Neu-Ulm wegen des großen Zuspruchs wiederholt wird.

Nach Heinz Vetter, Vorsitzender der VDI-Gesellschaft Energietechnik, eröffnet sich mit vollautomatischen Kohle-Wärmeanlagen wegen des großen Preisvorteils die Möglichkeit für die Steinkohle und für die Braunkohle, in den Wärmemarkt zurückzukehren, aus dem sie von Heizöl und Erdgas fast vollständig verdrängt worden waren. Nur noch sieben *Prozent dieses Marktes* von *154* Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten werden von der Steinkohle und vier Prozent von der Braunkohle bedient.

Hans-Dieter Schilling von der Ruhrkohle-Forschung, einer der Väter der Wirbelschichtfeuerung, erklärte in Bad Honnef, daß er vor fünf Jahren noch die Möglichkeit zum Bau und Betrieb einer solch kleinen Anlage von 0,5 Megawatt für utopisch gehalten hätte. Jetzt sei der Durchbruch einer neuen Technologie geglückt, mit der „schwierige Brennstoffe" in besonders umweltfreundlicher Weise in Wärme verwandelt werden könne.

Die Kohle für die Anlage wird im Tankwagen angefahren und in die Kohlebunker geblasen. Vollautomatisch wird die Kohle in ihr „Wirbelbett" von ungefähr 50 cm Höhe über Schnecken transportiert, automatisch mit Kalkstein gemischt und bei 850 Grad verbrannt. Der Kalkstein bindet bereits in der Feuerung den Schwefel der Kohle zu 80 Prozent. Er fällt mit der Asche aus, die von Tankwagen abgesaugt und als Füllstoff an die Zementindustrie geliefert wird. Die aufwendige Rauchgasentschwefelung entfällt, und man ist sicher, daß eine Weiterentwicklung Entschwefelungsgrade um fast 100 Prozent bringen wird. Heute schon sind mit dieser Anlage alle Umweltauflagen gut erfüllt. Die Anlage arbeitet vollautomatisch. Die Hersteller rechnen mit Wartungsintervallen von vielleicht fünf Jahren.

ROHSTOFFE / Lambsdorff zur Versorgungssituation

Stärkere Importabhängigkeit

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Obwohl der Rohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft längst nicht mehr in dem Maße zunimmt wie in früheren Jahren, wird die *allmähliche* Erschöpfung vorhandener Ressourcen die Importabhängigkeit eher noch verstärken. Diese Ansicht äußerte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern in Hannover. *Anläßlich des 25jährigen* Bestehens der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erklärte Lambsdorff, von einer dramatischen oder gar krisenhaften Rohstoffsituation könne dennoch nicht gesprochen werden.

Die Bundesregierung habe in der Vergangenheit beträchtliche Mittel zur Sicherung der Versorgung bereitgestellt, um Risiken politischer, technischer und wirtschaftlicher Art zu mildern. Inzwischen gebe es eine Vielzahl von Produzentenländern, die dafür sorgen, daß akute Versorgungsprobleme derzeit nicht zu beobachten sind.

Die Unternehmen in der Bundesrepublik forderte Lambsdorff auf, jetzt „allmählich allein laufen zu lernen". Auch im Rohstoffbereich werde sich der Staat angesichts der geänderten *Lage* eher zurückziehen als „noch einen Schritt weiter gehen". Die Wirtschaft sollte ihr besonderes Augenmerk auf die einheimischen Ressourcen und die rohstoffverarbeitende Industrie werfen.

Auf die Bundesanstalt sieht der Minister in Zukunft Aufgaben zukommen, die sich „von denen vor einem Vierteljahrhundert deutlich unterscheiden". In noch größerem Maße als bisher müßten die geologischen Dienste den aktiven und vorbeugenden Umweltschutz zum Inhalt haben. Bei der Arbeit in den Ländern der Dritten Welt müsse verstärkt auf deren eigene Interessen geachtet werden. Neben dem Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle („eine *Generationen-Aufgabe*") komme dem kontinentalen Tiefbohrprogramm besondere Bedeutung zu. Eine erste Entscheidung werde noch in diesem Frühjahr getroffen.

ITALIEN / Streik der Lkw-Fahrer und *Unternehmer*

Protest gegen Zollabfertigung

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Von und nach Italien verkehren in dieser Woche keine Lastwagen. Die italienischen Lkw-Fahrer und -unternehmer protestieren mit der Einstellung ihres Transportbetriebs von Sonntag bis Sonntag gegen die Bürokratie *ihres Landes und gegen die* langen Wartezeiten an den Grenzübergängen und an den Inlandszollämtern. Mit der Protestaktion, an der die Lkw-Fahrer aus den Nachbarländern Italiens und der Bundesrepublik Deutschland solidarisch teilnehmen, treten die Verbände der italienischen Lkw-Unternehmen für das sofortige Inkrafttreten der EG-Richtlinie vom 1. Dezember 1983 ein, die den EG-Güterverkehr regelt, und fordern eine Beschleunigung und Rationalisierung der Güterabfertigung an den italienischen Inlandszollämtern.

Gegenwärtig gehören zwölfstündige Wartezeiten an dem österreichisch-italienischen Straßenübergang vom Brenner und an dem schweizerisch-italienischen von Ponte Chiasso, die beim Güterverkehr den EG-Grenzübergangsstellen gleichgestellt sind, zum Normalzustand. Am Brenner, der den größten *Teil des Nord-Süd-Verkehrs zu bewältigen* hat, sind sogar Wartezeiten bis zu 15 Stunden üblich. Am Freitagabend ankommenden Lastzügen kann es geschehen, erst am Montag abgefertigt zu werden und somit 48 Stunden an der Grenze zu stehen.

Ähnliche Stockungen gibt es an den italienischen Inlandszollämtern. Hier müssen zur Güterabfertigung acht verschiedene Dienststellen durchlaufen werden. Dadurch kommt es zu Wartezeiten, die in diesem *Fall im Durchschnitt sechs bis* acht Stunden betragen. Die Lkw-Fahrer fordern deshalb eine neue Dienstordnung, die es gestatten soll, die eigentliche Lkw-Abfertigung von der Bearbeitung der Transportdokumente zu trennen. Von der Protestaktion angesprochen ist das italienische Finanzministerium als zuständiges Ressort für den Zoll. Auf der Straße werden derzeit drei Viertel des gesamten italienischen Güterverkehrs abgewickelt. Allein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien verkehren jährlich in beiden Richtungen beinahe 400 000 TIR-Laster mit weiter steigender Tendenz.

NAMEN

Werner Poschenrieder, Vorstandsmitglied der Siemens AG und Leiter des Geschäftsbereichs Technik im *Unternehmensbereich Datentechnik,* wird heute 60 Jahre.

Dr. Erich Bade, Vorstandsmitglied für den Bereich Technik der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke AG (RWK), Wuppertal-Dornap, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. **Dr. Hans Peter Thomas,** bisher Leiter der Abteilung Technik, ist unter Ernennung zum Generalbevollmächtigten für den technischen Geschäftsbereich der RWK-Gruppe zuständig.

Josef Falterbaum und **Dr. Lorenz C. Stech,** bisher stellvertretende Vorstandsmitglieder der Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs-AG, Köln, sind zu ordentlichen *Vorstandsmitgliedern bestellt worden.*

Robert B. Leach, Leiter des Vorstandsressorts Inlandsgeschäft der Vereinigten Papierwerke Schickedanz & Co., Nürnberg, schied auf eigenen Wunsch in gegenseitigem Einvernehmen am 1. Februar aus dem Unternehmen aus. Sein Aufgabengebiet wird vom Vorstandsvorsitzenden **Gottfried Beecker** mit übernommen.

Konrad Süss wurde per 1. Januar 1984 zum Geschäftsführer der Stahl GmbH & Co., Ludwigsburg-Neckarweihingen, bestellt.

UNITED TECHNOLOGIES / Derzeit keine Fusionen

Kräftiger Umsatzzuwachs

DANKWARD SEITZ, München

Der US-amerikanische Mischkonzern United Technologies Corporation (UTC), Hartford, will sich verstärkt auf Europa als Wachstumsmarkt konzentrieren. Eine hervorragende Stellung soll dabei, wie UTC-Chairman und Chief Executive Officer Harry J. Gray vor der Presse in München ankündigte, weiterhin die Bundesrepublik einnehmen, die für „UTC ein Schlüsselmarkt sein wird". Technologische und Management-Ressourcen machen „das Land zu einem idealen Standort für unsere unternehmerischen Aktivitäten".

Schon im vergangenen Jahr hat UTC in der Bundesrepublik, wo knapp 10 000 Mitarbeiter beschäftigt werden, in jeder Hinsicht ein recht flottes Tempo eingeschlagen. Übernommen wurden die Firmengruppe der Hartmann Druckfarben GmbH, Frankfurt (acht Werke und 850 Mitarbeiter), sowie die im Luft- und Raumfahrt-Sektor tätige Nord-Micro Elektronic Feinmechanik AG, Frankfurt. Hinzu kam die Gründung zweier Gemeinschaftsunternehmen: der Telefunken Electronic GmbH (zusammen mit AEG) und der Eurosil Electronic GmbH.

Bedingt dadurch sowie durch höhere Umsätze der bereits in Deutschland etablierten UTC-Firmen konnte der US-Konzern nach Angaben von Gray hierzulande seinen Umsatz um 68,6 Prozent auf 1,29 Mrd. DM ausweiten. Dazu steuerten Telefunken Electronic rund 370 Mill. DM (plus 11 Prozent) sowie Eurosil 42 Mill. DM (plus 82,6 Prozent) bei. Beide Gesellschaften hätten seit der UTC-Beteiligung bessere Ergebnisse erzielt. Keine Angaben wollte er über die UTC-Erträge in der Bundesrepublik machen.

Derzeit stehen, wie Gray betonte, keine weiteren Übernahmen in der Bundesrepublik bevor, jedoch könne sich diese Situation jederzeit ändern. Sichtlich bedauerte er, daß die Gespräche mit dem deutschen Luft- und Raumfahrt-Konzern MBB über die Entwicklung eines gemeinsamen militärischen Hubschraubers 1983 gescheitert sind. Gewisse Hoffnungen setzt man jetzt darauf, wenigstens bei einem zivilen und einem Lasten-Hubschrauber eine Kooperation eingehen zu können. Gerüchte, daß UTC an einer Übernahme von Krauss-Maffei interessiert sei, wies Gray zurück.

Als „sehr erfreulich" bezeichnete Gray die Entwicklung des UTC-Konzerns im Geschäftsjahr 1983. Der Umsatz konnte um 8 Prozent auf 14,7 Mrd. Dollar gesteigert werden. Das Europa-Geschäft kam 1983 auf einen Nettoumsatz von 2,1 (1,3) Mrd. Dollar.

HANOMAG / Vertrag mit O & K perfekt

Fortführung ist gesichert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Für die in der vergangenen Woche in Anschlußkonkurs gegangene Hanomag GmbH, Hannover, ist jetzt die erwartete Lösung gefunden worden. Mit der Hoesch-Tochter Orenstein & *Koppel AG (O & K), Dortmund*, ist der Partner gefunden worden, der die längerfristige Fortführung des Betriebs in Hannover ermöglicht. Die entsprechenden Rahmen- und Produktionsverträge sind am Montag zwischen Hanomag-Konkursverwalter Egon Kretschmer und O & K paraphiert worden. Der Aufsichtsrat des Dortmunder Unternehmens wird auf seiner Sitzung am kommenden Freitag die Verträge abschließend prüfen.

O & K verpflichtet sich, zunächst bis Mitte 1985 jährlich 1000 Maschinen von der neu gegründeten Hanomag-Produktions-GmbH abzunehmen. Zu diesem Zweck wird die O & K-Hanomag-Vertriebs- und Service GmbH gegründet. Die Abnahmegarantie erfolgt zu Festpreisen; allerdings wurde eine Preisklausel eingearbeitet, die Anpassungen ermöglicht. Nach Ansicht der Beteiligten *sichert der Liefervertrag die* Beschäftigung von rund 1000 Hanomag Mitarbeitern.

Einigung hat O & K mit den Gläubiger-Banken über die Bewertung der Bestände bei Hanomag erzielt. Das Volumen einschließlich der Ersatzteile dürfte bei 50 Mill. DM liegen. Unter Einbeziehung der Umsatzfinanzierung und der Vorauszahlungen für die laufende Produktion ergibt sich für O & K aus diesem Engagement eine Belastung von rund 150 Mill. DM. Wie es heißt, ist seitens O & K mit dem Land Niedersachsen und der Stadt Hannover bislang nicht über öffentliche Hilfen oder Bürgschaften gesprochen worden.

SALZGITTER / Pieper: Neues Konzept soll die Verlustsituation in überschaubarer Zeit bereinigen

Halbierung des Fehlbetrags noch in diesem Jahr

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Straffung des Stahlbereichs und die Veräußerung von Minderheitsbeteiligungen sind wesentliche Bestandteile des neuen Konzepts, mit dem der bundeseigene Salzgitter-Konzern seine desolate Situation verbessern will. Einzelheiten des Konzepts wollte Vorstandschef Ernst Pieper („Der Aufsichtsrat muß noch zustimmen") zwar noch nicht mitteilen. Er sei aber „guter Hoffnung", daß Salzgitter nach einem überschaubaren Zeitraum von zwei bis drei Jahren die Verlustzone überwunden haben wird. Für das laufende Jahr rechnet Pieper *mit einer Reduzierung des* Fehlbetrags um etwa die Hälfte.

Der Salzgitter-Chef bezifferte den Bilanzverlust im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) auf 630 Mill. DM, nachdem im Vorjahr noch ein Überschuß von 20 Mill. DM ausgewiesen wurde. Davon entfielen auf die Unternehmensbereiche Stahl und Schiffbau jeweils 160 Mill. DM. Hinzu kamen 190 Mill. DM Sonderabschreibungen bei Beteiligungsbuchwerten *(Hütte* und Weiterverarbeitung). Weitere 80 Mill. DM Verluste entstanden bei der Salzgitter Maschinen und Anlagen AG *(SMAG). Bestandsabwertungen* in den USA und Nachbesserungen auf Altaufträge hätten diese Entwicklung beeinflußt. Rote Zahlen hat unter anderem auch die Feiner AG geschrieben. Der Fehlbetrag der Hütte wäre noch höher ausgefallen, wenn durch den Verkauf von Wohnungen nicht rund 90 Mill. DM außerordentliche Erträge realisiert worden wären.

Angesichts dieser Zahlen spricht Pieper von einem „ungemein schweren Jahr" für Salzgitter. Niemand habe ahnen können, daß die Stahlindustrie und der Schiffbau – für Salzgit*ter die wichtigsten* Tätigkeitsbereiche – gleichzeitig in eine solche Krise geraten könnten. Vom konsolidierten Konzernumsatz (11,4 nach 11,7 Mrd. DM) entfielen 52 Prozent auf Stahl (einschließlich Handel) und 12 Prozent auf die Werft. Am Fremdumsatz von 9,3 Mrd. DM hat der Export einen Anteil von 40 (35) Prozent.

Wie bereits aus Bonn bekannt geworden war, wird Salzgitter vom Eigentümer 300 Mill. DM *zur* Abdeckung des Verlustes erhalten. Aus dem Stahlhilfeprogramm des Bundes und der Länder erwartet Pieper *ebenfalls* knapp 300 Mill. DM. Weitere 100 Mill. DM fließen aus einem anderen Topf. Salzgitter erhalte 20 Prozent Investitions- und 30 Prozent Strukturhilfen. Der Bund habe avisiert, daß Geld nur dann gegeben wird, „wenn die Konzepte zügig verwirklicht werden".

Bei der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG soll die Rohstahlkapazität, die früher einmal bei 7,2 Mill. t pro Jahr lag, deutlich verringert werden. Pieper rechnet für das laufende Jahr mit einer Jahresproduktion von 3,3 bis 3,5 Mill. t (i. V. 3,1 Mill. t). Die Ausla*stung, die bislang unter 50 Prozent* lag, habe sich geringfügig verbessert. Kostendeckende Stahlpreise – die Verluste pro Tonne erreichten 90 DM – erwartet Pieper erst ab der zweiten Jahreshälfte 1984. Bei Walzstahl dürfte die Produktion im laufenden Jahr auf 2,6 (3,1) Mill. t zurückgehen. Das Sanierungskonzept sieht vor, bis Ende 1985 die Beschäftigtenzahl bei P+S von derzeit 14 000 um weitere 3250 Mitarbeiter zu verringern.

Pieper beklagt in diesem Zusammenhang die schlechte Situation Salzgitters im Rahmen der Quotenregelung. Wegen der zu gering bemessenen Inlandsquoten liege der Anteil von Produkten, die exportiert werden müssen, überdurchschnittlich hoch. So gesehen sei das Ergebnis im laufenden Jahr entscheidend davon abhängig, welche Menge produziert werden kann. Pieper schätzt, daß die gesamte deutsche Rohstahlproduktion 1984 bei 37 (36) Mill. t liegen wird.

Details zu den Veräußerungsabsichten im Beteiligungsbereich teilte der Salzgitter-Chef nicht mit. Einen „Ausverkauf" werde es aber nicht geben. Weiter halten werde Salzgitter die Sachs-Beteiligung. Das Ruhrkohle-Paket (10,4 Prozent) soll bis zum Frühjahr an die Vereinigte Elektrizitätswerke (VEW) verkauft sein. Derzeit, so Pieper, seien aber die Verhandlungen noch in der Schwebe. Salzgitter rechnet bei einem Preis von 80 Prozent des Nominalwerts mit Erlösen von gut 45 Mill. DM. Überlegungen, im Stahlbereich mit einem anderen Hersteller zu kooperieren, sind derzeit nach den Worten Piepers noch nicht spruchreif.

Toepfer tilgt Spuren der Vergangenheit

JB. Hamburg

Mit einer Kapitalherabsetzung um 70 auf 80 Mill. DM wird die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg, den Verlustvortrag von 68,5 Mill. DM im Geschäftsjahr 1983/84 endgültig tilgen. Die Bilanz für 1982/83 (31. Juli) schließt mit einem Jahresüberschuß von 14,6 Mill. DM, durch den der Verlustvortrag bereits auf 68,5 Mill. DM reduziert worden ist. Zudem hat Toepfer außerordentliche Erträge zur Stärkung der Substanz genutzt. Diese Erträge stammen in erster Linie aus dem bis auf einen kleinen Rest erfolgten Verkauf der 50-Prozent-Beteiligung an der Toepfer International GmbH an die US-Firma Archer-Daniels-Midland Co.

In die Toepfer International war 1979 der internationale Getreidehandel von Toepfer eingebracht worden. Die Verwaltungsgesellschaft, deren alleinige Gesellschafterin die Stiftung F. V. S. ist, weist für die ihr verbliebenen Aktivitäten Schiffahrt, Club-Kraftfutterwerke, Mühlengeschäfte, Industrie-Export sowie das Bankhaus Hesse, Newmann einen Umsatz von 830 Mill. DM aus.

INDUSTRIEKREDITBANK / Stabile Dividende gesichert – Kunden optimistischer

Der Aufschwung hat robuste Grundlagen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Keine Schwierigkeiten sieht der Vorstand der Düsseldorfer Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB) nach dem bisherigen Verlauf von 1983/84 (31. 3.), seinen 5000 Aktionären die bisherige Dividende von 7 DM auch auf das im letzten Sommer auf 162 (144) Mill. DM erhöhte Aktienkapital zu zahlen. In den ersten drei Quartalen besserte sich der Zinsüberschuß gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 143 (123) Mill. DM.

Die Ausleihungen an Kunden stiegen bei diesem auf die Investitionsfinanzierung nicht emissionsfähiger Mittelstandsunternehmen spezialisierten Institut um 3,4 Prozent auf 10,1 Mrd. DM, dies allein durch die um 5,4 Prozent auf 9,38 Mrd. DM erhöhten langfristigen Kredite. Hierin wie auch in den um 17 Prozent auf 2 Mrd. DM gewachsenen Kreditzusagen (davon 0,3 Mrd. DM bei der Luxemburger Tochter) sieht die IKB insbesondere einen weiterhin erheblichen Konsolidierungsbedarf ihrer Kundschaft. Dieser ist zwar offenbar bei weitem nicht so stark, wie noch vor wenigen Jahren gedacht. Aber der Grund dafür ist dem Vorstand zumal in volkswirtschaftlicher Sicht nicht unlieb. Denn eine nun deutlich verbesserte Ertrags- und Liquiditätslage vieler Unternehmen begünstige nicht nur die „Konsolidierung aus eigener Kraft". Sie sei auch ein verläßliches Indiz dafür, daß die Konjunkturerholung eine robuste, mindestens bis weit in 1985 hineinreichende Grundlage habe.

Erfahrungsgemäß, meint die Bank, folge dieser verbesserten Ertrags- und Liquiditätslage auch ein Anstieg der privaten Anlageinvestitionen, der sich bislang erst „weitgehend außerhalb der Industrie" einstellte. Aus ihren regelmäßigen Befragungen im Kundenkreis ermittelte die Bank nun eine wesentlich größere Zahl von Unternehmen, die eine Ertragsbesserung erwarten, als solche, die mit Ertragsverschlechterung rechnen; noch 1982 sei das umgekehrt gewesen.

Das für die Aufschwungphase „eigentlich zu hohe" Zinsniveau am deutschen Kapitalmarkt sieht die IKB auch längerfristig ziemlich unverändert bei mindestens 8 Prozent, auf kürzere Sicht eher etwas höher. Darauf stelle sich nun vermehrt auch die Kundschaft ein, deren auf Zinssenkung wartender Investitions-Attentismus nachlasse. So dürften die industriellen Investitionen nach der Bank-Prognose 1984 um nominal etwa 5 Prozent zunehmen, was auch real ein Plus bedeute.

Hochbefriedigt zeigt sich der IKB-Vorstand vom Erfolg des im Herbst 1983 zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft gestarteten ersten Programms zinsverbilligter EG-Darlehen zur Mitfinanzierung von Energieumstellungs-Investitionen auf Gemeinschaftskohleneinsatz bei kleinen und mittleren Unternehmen. Das dafür der IKB zur Verfügung gestellte EG-Globaldarlehen von 70 Mill. DM, dem eine mindestens doppelt so große Investitionssumme bei den Kreditnehmern entspreche, sei bereits voll genutzt; es wird nun um eine zweite Tranche von 50 Mill. DM aufgestockt.

GRUNDIG AG

Vertrag mit Philips perfekt

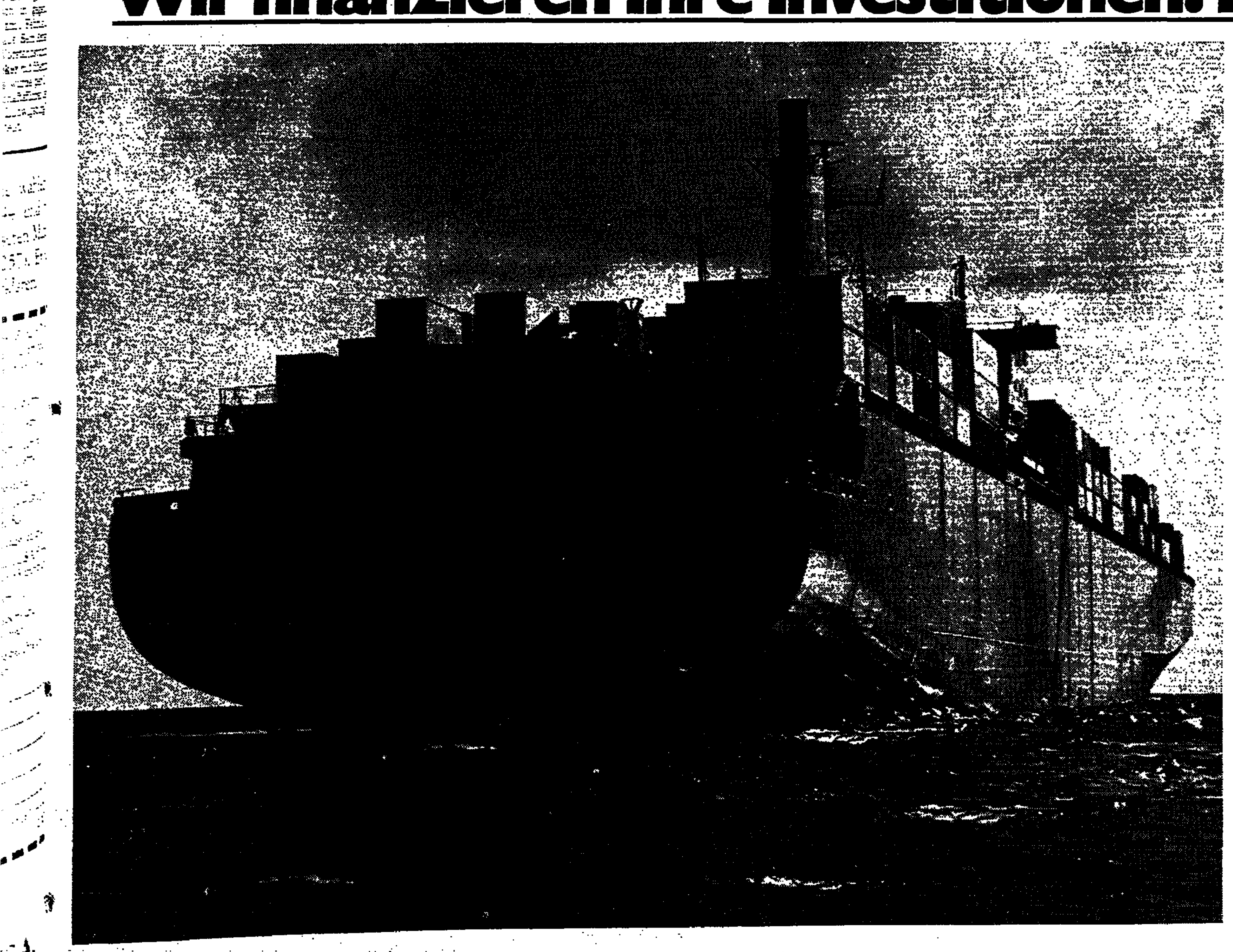
JOACHIM WEBER, Fürth

Was Max Grundig kurz vor Weihnachten ankündigen ließ, wurde jetzt realisiert: Am vergangenen Samstag unterzeichnete er in Fürth gemeinsam mit Philips-Chef Wisse Decker und dessen Stellvertreter Cor van der Klugt den Vertrag, mit dem er dem niederländischen Elektrokonzern die Führung seiner Unterhaltungselektronik-Gruppe übergibt. Das Vorhaben war bereits in der vergangenen Woche beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet worden.

Das Abkommen sieht vor, daß Philips seine bisherige Beteiligung an der Grundig AG von 24,5 Prozent zum 1. April um 7,1 Prozent auf 31,6 Prozent aufstockt. Gleichzeitig wird eine spätere Erhöhung des Grundkapitals der AG von derzeit 263,5 Mill. DM auf 363,5 Mill. DM vorbereitet: Ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank übernimmt Genußscheine der Grundig AG in Höhe von 250 Mill. DM, die zu einem späteren Zeitpunkt zum Kurs von 250 Prozent in Aktienkapital umgewandelt werden sollen. Danach werden dann das Konsortium mit 27,5 Prozent und Philips – direkt und indirekt – mit 22,9 Prozent beteiligt sein.

Max Grundigs Ausstieg macht zudem kleine Umbauten an der komplizierten Konzern-Konstruktion erforderlich. Die Zwischenholding Grundig E. M. V. Max Grundig & Co. KG, die unverändert 76,5 Prozent der Grundig AG hält, bekommt eine neue Komplementärin: An die Stelle der Max Grundig Stiftung, über die der Firmenpatriarch hier bisher das Sagen hatte, tritt eine Verwaltungs-GmbH, deren Mehrheit beim Bankenkonsortium liegen wird.

Die restlichen Anteile bleiben beim Philips-Konzern, der hier schon seit 1979 mit gut 32 Prozent – entsprechend den bekannten 24,5 Prozent an der Grundig AG – beteiligt war. Die Stiftung wird als Kommanditistin an der EMV beteiligt bleiben.



Unruhe durch schwache Wall Street

Zeitweise zweistellige Einbußen in den Standardaktien

DW. – Am Aktienmarkt stand der Börsenbeginn im Zeichen der schwachen Aktienkurse in New York. Aus dem Ausland lagen nennenswerte Kaufaufträge nicht vor, so daß Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse und vor allem der privaten Bankenkundschaft bei den in jüngster Zeit stärker gestiegenen Standardaktien zweistellige Kurseinbußen verursachten. Auf der ermäßigten Basis wurde das Material größtenteils von inländischen institutionellen Anlegern aufgenommen. Wo sie aktiv wurden, gab es sofort kräftige Kurserholungen, ein Zeichen dafür, daß der Angebotsdruck nicht besonders groß gewesen ist.

Daß Papiere wie Siemens (minus 8 DM), Deutsche Bank (minus 11 DM) oder die Titel der Großchemie unter Gewinnmitnahmen zu leiden hatten, überraschte nach den vorangegangenen Kurssteigerungen in diesen Papieren nicht. Daß aber auch die Auto-Aktien, die in jüngster Zeit – sieht man von BMW ab – an der Hausse kaum noch teilgenommen hatten, ebenfalls deutliche Rückschläge zu verdauen hatten, kam ziemlich unvermutet. BMW sanken um 13 DM, Daimler um 8 DM, Mercedes um 8 DM und VW um 5 DM. Daß die Spekulationslust trotz des Dämpfers erhalten geblieben ist, zeigte sich an der anhaltenden Nachfrage nach AEG-Aktien, die mit 103 DM einen neuen Höchstkurs erreichten.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten sich um 10 DM auf 290 DM, DAT zogen um 30 DM auf 455 DM an und Keramag konnten sich um 9 DM auf 196 DM verbessern. Audi NSU sanken um 5 DM auf 280 DM, Heinrich Lehmann gaben um 5 DM auf 230 DM nach und Schiess sanken um 4 DM auf 120 DM.

Frankfurt: Bei doppelter Plusankündigung konnten sich Klöckner um 10,30 DM auf 70,50 DM verbessern. *Die Festigkeit der Stahlwerte* ist eine Folge der aus Brüssel zu erwartenden günstigeren Quoten für die deutschen Produzenten. Ansonsten blieben Deutsche Atlanten 420 DM plus 28 DM, Aachen-Münchner Beteiligung 985 DM plus 35 DM, Kupferberg 695 DM plus 30 DM, Degussa 381 DM plus 7,50 DM und Buderus 460 DM plus 10 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 105,10 DM minus 0,80 DM leichter, während NWK-Vz. auf 178 DM plus 2 DM anzogen. Schwächer lagen Phoenix Gummi bei 160 DM minus 3 DM, Beiersdorf bei 377 DM minus 2 DM und Triton bei 140 DM minus 2,50 DM. Markt- und Kühlhallen fielen in der Kasse auf 309 DM minus 5 DM.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 4 DM auf 305 DM, Gehe AG sanken um 7 DM auf 267 DM und Leonische Draht gaben um 4 DM auf 276 DM nach. Audi NSU konnten sich um 5 DM auf 290 DM verbessern, Patrizier stiegen um 4 DM auf 260 DM an und Süd Chemie befestigten sich um 8 DM auf 398 DM.

Berlin: DeTeWe konnten sich um 2,50 DM erholen. Rheinmetall schwächten sich um 10 DM, Schering um 9,50 DM, Kempinski um 8 DM und Herlitz Stämme um 5,50 DM ab.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 6. 2.: 157,5 (159,8); WELT-Umsatzindex vom 6. 2.: 5820 (6114)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Brüssel

	6. 2.	3. 2.
Arbed	1350	1410
Brux. Lambert	2630	2680
Cockerill Ougrée	217	213
Ebes	2330	2410
Gevaert	3380	3320
Kreditbank	7270	7250
Pétrofina	6980	6970
Soc. Gén. d. Belg.	1760	1785
Sofina	5600	5600
Solvay	3900	4050
UCB	5000	5320
Index	145,01	146,38

Devisen

Die New Yorker Schlußkurse vom Freitag, die um 2,7330 waren wurden in Europa nicht mehr erreicht, denn der Dollar bewegte sich am 6. 2. trotz des Rückgangs der Geldmenge um 1,7 Mrd. Von 2,7420 bis 2,7540. Die neue Krise im Libanon und die Befürchtung heute mit einen engeren amerikanischen Geldmengenziel für 1983 Konfrontiert zu werden, Stabilisierten den Kurs. Die amtliche Notiz von 2,7500 kam ohne Mithilfe der Bundesbank zustande. Stabilisieren konnten sich auch die meisten anderen Währungen. Neue Tiefstkurse wurden heute nicht erreicht. Das englische Pfund der schweizer Franken und der japanischen Yen kamen jedoch schwächer zur Notiz. Dollar in: Amsterdam 3,1070; Brüssel 56,3375; Paris 8,4475; Mailand 1689,50; Wien 1937,30; Zürich 2,2135; irl. Pfund/DM 3,091; Pfund/Dollar 1,4225; Pfund/DM 3,912.

Ostmarkkurs am 6. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Stabilisierung der Devisenkurse führte am 6. Februar zu einer Reaktion und damit zu verringerten Deports bei den FF.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,91/0,81	2,67/2,57	5,16/4,96
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,16/0,19	0,32/0,35
Pfund/DM	1,30/0,40	4,00/2,80	7,08/5,80
FF/DM	29/13	77/61	142/126

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,03. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,80.

Renten knapp behauptet

Obwohl der Dollarkurs weiter leicht abwärts tendierte, stand der Rentenmarkt im Zeichen einer von den USA ausgehenden Unsicherheit. Im Bereich der öffentlichen Anleihen bröckelten die Notierungen leicht ab. Die Renditen im fünfjährigen Laufzeitbereich blieben aber noch unter 8 Prozent, bei den zehnjährigen Papieren liegen sie um 8,25 Prozent. Die auseinanderklaffenden Zinsprognosen der Amerikaner haben das ausländische Interesse an DM-Papieren abgeschwächt. Das machte sich auch bei den DM-Auslandsanleihen bemerkbar, deren Kurse ebenfalls leicht abfielen. Bei den Pfandbriefen war die Tendenz auch leicht nachgebend, was aber in den Kursen nur zum Teil zum Ausdruck kam.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Abschläge verzeichneten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 2.	3. 2.
März	331,50	333,50
Mai	335,00	338,00
Juli	331,75	334,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	6. 2.	3. 2.
St. Lawrence 1 CW	248,65	248,90
Amber Durum	237,50	237,80

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	134,50	136,00
Mai	136,50	138,00
Juli	138,00	139,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	127,00	129,50
Mai	124,50	126,50
Juli	122,50	123,50

Hafer Chicago (c/bush)	6. 2.	3. 2.
März	171,75	172,75
Mai	173,50	174,25
Juli	173,50	174,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	329,50	330,50
Mai	333,50	334,00
Juli	334,75	334,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 2.	3. 2.
März	128,50	131,50
Mai	129,80	131,40
Juli	130,60	132,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 2.	3. 2.
März	142,75	143,30
Mai	136,05	137,15
Juli	132,15	133,25

Kakao New York ($/t)	6. 2.	3. 2.
Terminkontr. März	2518	2555
Mai	2456	2492
Juli	2430	2458
Umsatz	4586	5114

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,35	7,58
Mai	7,64	7,88
Juli	7,96	8,17
Sept.	8,22	8,41
Okt.	8,38	8,58
Umsatz	8 330	8 570

	6. 2.	3. 2.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,14	6,94

Kaffee London (£/t) Robusta-	6. 2.	3. 2.
Kontrakt März	2098–2101	2074–2075
Mai	1928–1930	1923–1924
Juli	1854–1856	1848–1849
Umsatz	2732	–

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1842–1846	1875–1878
Mai	1828–1829	1838–1840
Juli	1808–1810	1812–1813
Umsatz	5746	8496

Zucker London (£/t)		
März	132,95–133,00	–
Mai	138,35	141,35–141,50
Umsatz	–	910

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 2.	3. 2.
schw. Sarawak spez.	400,00	geschl.
weißer Sarawak	637,50	geschl.
weißer Muntok	645,00	geschl.

Orangensaft New York (c/lb)	6. 2.	3. 2.
März	162,20	160,80
Mai	163,25	162,00
Juli	163,00	161,00
Sept.	162,90	160,00
Nov.	162,00	158,40
Umsatz	2000	2250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	6. 2.	3. 2.
Südstaaten fob Werk	47,25	47,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,00	27,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,25	27,60
Mai	27,70	28,00
Juli	28,00	28,15
Aug.	27,90	27,90
Sept.	27,30	27,30
Okt.	26,75	26,60
Dez.	26,39	26,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	29,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,00

Talg New York (c/lb)		
top white	18,75	18,75
fancy	18,25	18,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	49,30	49,45
Apr.	46,30	46,30
Juni	52,30	52,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,10	63,90
März	64,70	64,60
Mai	66,20	66,60

Häute Chicago (c/lb)	6. 2.	3. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	725,00	735,50
Mai	741,00	751,50
Juli	755,00	764,00
Aug.	754,00	761,00
Sept.	730,00	735,00
Nov.	716,00	720,00
Jan.	729,00	732,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	190,00	193,80
Mai	193,80	197,50
Juli	198,00	200,80
Aug.	198,00	200,50
Sept.	194,50	196,50
Okt.	191,50	193,80
Dez.	193,50	195,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	6. 2.	3. 2.
März	367,00	375,50
Mai	370,50	379,50
Juli	373,00	381,00

Kokosöl New York (c/lb)	6. 2.	3. 2.
Westküste fob Werk	51,00	52,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	6. 2.	3. 2.
jegl. Herk. cif	1040,00	1040,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	495,00	510,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	1100,00	1025,00

Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	208,00	208,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1285,00	1180,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	310,00	315,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	6. 2.	3. 2.
März	76,45	76,15
Mai	76,50	76,20
Juli	76,25	76,40
Okt.	73,45	73,22
Dez.	71,85	71,50
März	73,00	72,60

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	57,75	57,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	6. 2.	3. 2.
März	430–438	434–438
Mai	450–457	454–457
Aug.	478–479	478–479
Umsatz	1	226

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	6. 2.	3. 2.
März	geschl.	48,30
Mai	geschl.	48,70
Juli	geschl.	49,00
Okt.	geschl.	49,40
Umsatz	0	0
Tendenz		–

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 2.	3. 2.
März	579,50–579,80	579,50–580,00
Mai	594,5–595,00	596
Juli	606,6–607,5	608–609
Umsatz	20	64

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	6. 2.	3. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	6. 2.	3. 2.
Febr.	13 936	13 949
März	13 949	13 946

Kautschuk London (p/kg)	6. 2.	3. 2.
Nr. 1 RSS loco	88,00–89,80	89,50–91,00
März	88,50–89,00	89,50–90,00
April	89,00–91,40	90,00–91,00
April/Juni	88,80–89,00	90,50–90,70
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	6. 2.	3. 2.
Febr.	265,00–266,00	geschl.
März	273,00–273,50	geschl.
Nr. 2 RSS Febr.	257,00–258,00	geschl.
Nr. 3 RSS Febr.	253,50–254,50	geschl.
Nr. 4 RSS Febr.	247,00–248,00	geschl.
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	6. 2.	3. 2.
BWC	500,00	500,00
BWD	495,00	495,00
BTC	500,00	500,00
BTD	495,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	6. 2.	3. 2.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,75–108,95	109,17–109,37
drittfolg. Monat	112,28–112,48	112,90–113,00
Zink: Basis London		
laufend. Monat	276,68–276,88	280,00–280,39
drittfolg. Monat	273,84–274,04	276,85–277,05
Produz.-Preis	289,17	289,22
Reinzinn 99,9%	3800–3837	–

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 2.	3. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	390,72–392,68	396,43–398,40
Blei in Kabeln	116,50–117,50	117,00–118,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–452,00	430,50–452,00
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50–464,00

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	6. 2.	3. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	375–396	378–399
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427	429–431
MS 63	422–427	426–432

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	6. 2.	3. 2.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 2.	3. 2.
Leg. 225	470–473	470–473
Leg. 226	472–475	472–475
Leg. 231	502–505	502–505
Leg. 233	512–515	512–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 2.	3. 2.
Platin (DM je g)	37,10	37,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 050	34 450
Rücknahmepr.	33 300	33 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 980	34 540
Rücknahmepr.	33 450	34 000
verarbeitet	35 660	36 250
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 765	34 330
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	784,80	797,30
Rücknahmepr.	769,00	781,30
verarbeitet	819,50	832,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	6. 2.	3. 2.
London 10.30	380,40	386,25
15.00	380,80	–
Zürich mittags	379,50–380,00	386,00–386,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 450	104 650
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	614,30	621,80
3 Monate	628,40	635,45
6 Monate	643,40	651,00
12 Monate	673,40	681,50
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	271,30	274,20
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,75	110,95

New Yorker Preise	6. 2.	3. 2.
Gold H & H Ankauf	380,80	383,15
Silber H & H Ankauf	856,50	888,00
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,00	386,00–388,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	162,00–164,00	162,00–164,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)	876,40	885,30
Feb.	880,00	898,00
März	888,00	887,50
Mai	894,50	914,00
Juli	905,00	927,00
Sept.	926,20	947,00
Dez.	949,90	972,00
Jan.	22 000	30 000
Umsatz		

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	6. 2.	3. 2.
	63,65	64,45
Feb.	64,00	64,80
März	65,30	66,10
Mai	66,60	67,40
Juli	68,15	68,85
Sept.	70,15	70,95
Dez.	70,85	71,65
Jan.	6 500	9 000
Umsatz		

Londoner Metallbörse

	6. 2.	3. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	1067,5–1068,5	1064,0–1065,0
3 Monate	1095,0–1095,5	1090,5–1091,0
Blei (£/t) Kasse	276,00–276,50	282,00–283,00
3 Monate	285,50–286,00	291,00–291,50
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	984,50–985,00	997,00–997,50
3 Monate	1007,5–1008,0	1018,5–1019,5
abends Kasse	987,00–988,00	992,00–993,00
3 Monate	1010,0–1010,5	1013,5–1014,0
(Kupfer-Standard) Kasse	973,00–975,00	979,00–981,00
3 Monate	996,00–997,00	999,00–1001,0
Zink (£/t) Kasse	698,00–699,00	717,00–719,00
3 Monate	696,00–696,50	710,50–701100
Zinn (£/t) Kasse	8570–8575	8540–8550
3 Monate	8710–8711	8690–8691
Quecksilber $/Fl.)	305–315	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72,00–77,00	72,00–77,00

Mein Freund und Partner

KARL-WILHELM RICHERS

hat uns am Sonntag, dem 29. Januar 1984 verlassen müssen. Ich danke ihm auch namens der Gesellschafter und Mitarbeiter für alles, was er für uns getan hat. Das Andenken an seine Fairneß und Lauterkeit soll uns Verpflichtung für unser künftiges Tun sein.

Ulrich Kuhnke
LAEISZ & LÜDERS
LAEISZ & LÜDERS
Import und Vertriebsgesellschaft mbH

Luruper Weg 1, 2083 Halstenbek

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen im Familienkreis stattgefunden.

Wir trauern um unseren Gesellschafter und Chef

KARL-WILHELM RICHERS

* 17. 4. 1918 † 29. 1. 1984

Seine Lauterkeit, Tatkraft und Fairneß sind uns Vorbild.

Wir werden ihm in Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter und Mitarbeiter
der Firma
BECKER & HAAG

2000 Hamburg 1, Spadenteich 1

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Wir trauern um

Dr. jur. Horst Pavel

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens während der Jahre 1967 bis 1975 an. Nicht nur in diesen Jahren war er unserem Haus ein stets freundschaftlich verbundener Ratgeber.

Wir gedenken seines Wirkens in Dankbarkeit und werden diesen klugen und vornehmen Mann nicht vergessen.

Stuttgart-Untertürkheim, den 3. Februar 1984.

Aufsichtsrat und Vorstand
Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Pernod Ricard S. A., Paris

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1982

	1982	1981*)
	(in Tsd. FF)	
Umsatz ohne Mehrwertsteuer	7 285 600	6 436 095
Steuern und Abgaben	(2 032 950)	(2 172 168)
Umsatz nach Abzug von Steuern und Abgaben	5 252 650	4 263 927
Warenverbrauch	(1 883 419)	(1 537 294)
Bruttospanne	3 369 231	2 726 633
Sonstige Erträge	23 147	36 559
Bruttoergebnis	3 392 378	2 763 192
Personalaufwand	(1 110 835)	(946 763)
Sonstige Aufwendungen	(1 244 737)	(843 550)
Zinsaufwand	(77 312)	(117 589)
Abschreibungen	(157 188)	(135 369)
Abschreibungen aus Höherbewertungen	(5 496)	(6 145)
Betriebsergebnis	796 810	613 776
Nicht das Betriebsergebnis betreffende Rückstellungen	(40 461)	(25 416)
Veränderung der Investitionsrücklagen	1 340	331
Zuweisung zur gesetzlichen Gewinnbeteiligung	(45 646)	(36 668)
Gewinne und Verluste aus Veräußerungen von Aktiva	20 359	47 231
Sonstige Aufwendungen und Erträge	(7 125)	(86)
Nettoergebnis vor Steuern	725 277	599 169
Körperschaftsteuer	(354 524)	(293 563)
Nettoergebnis nach Steuern	370 753	305 605
Nettoergebnis der nach der Equity-Methode konsolidierten Gesellschaften	(334)	1 003
Jahresüberschuß	370 419	306 608
Anteile Dritter am Jahresüberschuß	(20 124)	(8 940)
Anteil der Gruppe am Jahresüberschuß	350 295	297 668
Jahresüberschuß	370 419	306 608
Abschreibungen vor Höherbewertungen	157 188	135 369
Veränderung der Investitionsrücklagen	(1 340)	(331)
Cash-flow	526 267	441 646

*) Die Zahlen für 1981 wurden umgruppiert, um sie mit denen für 1982 vergleichbar zu machen. Dabei wurde jeweils die Währungsumrechnungsmethode nach Anleitung Nr. 52 des Financial Accounting Standards Board (USA) angewandt; Preissteigerungsrücklagen wurden aufgelöst.

Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVA	1982	1981
	(in Tsd. FF)	
Ankaufkosten	258	326
Sachanlagevermögen	1 628 628	1 494 999
Grundstück	162 241	158 624
Gebäude	369 306	338 350
Maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	418 425	340 633
Verpackungsmaterialien	152 613	148 829
Immaterielle Werte	464 526	451 747
Sonstige Sachanlagen	10 085	10 003
Anlagen im Bau	51 224	46 813
Mehrwert	36 866	36 894
Finanzanlagen	224 793	238 769
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr	27 681	46 020
Beteiligungen, nach der Equity-Methode konsolidiert	92 134	88 467
Sonstige Beteiligungen	101 214	101 116
Einlagen und Sicherheiten	3 764	3 086
Vorratsvermögen	1 674 949	1 491 767
Sonstige Gegenstände des Umlaufvermögens	2 237 112	1 620 640
Geleistete Anzahlungen	10 270	13 800
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	991 894	697 943
Sonstige Forderungen	152 636	148 640
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	64 454	42 187
Ausleihungen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr	136 422	53 283
Wechselforderungen	631 396	571 177
Schecks und fällige Zinsscheine	3 717	5 045
Wertpapiere	1 312	280
Bank- und Postscheckguthaben	240 671	85 701
Kasse	4 340	2 584
Aktiva insgesamt	5 881 790	4 883 245

PASSIVA	1982	1981
	(in Tsd. FF)	
Eigenkapital	2 671 977	2 519 862
Grundkapital	439 652	439 652
Rücklagen und Gewinnvortrag	1 337 087	1 277 006
Konsolidierungsausgleichsposten	517 030	383 852
Aufgelaufener Währungsgewinn	227 913	141 684
Gewinnanteil der Gruppe	350 295	297 668
Anteile Dritter	125 462	66 053
am Eigenkapital	105 338	56 071
am Jahresüberschuß	20 124	9 982
Investitionszuschüsse	4 282	4 691
Rückstellungen für Risiken und Verluste	226 563	116 982
Steuerrückstellungen	192 776	180 164
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	187 446	204 491
Verpflichtungen aus konsignierten Verpackungsmaterialien	135 836	119 748
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2 057 468	1 671 314
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	376 391	289 475
Erhaltene Anzahlungen	10 951	7 551
Sonstige Verbindlichkeiten	630 201	388 506
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	313 949	222 364
Darlehen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr	223 584	171 870
Wechselverbindlichkeiten	196 653	120 636
Bankverbindlichkeiten	305 745	490 712
Passiva insgesamt	5 881 790	4 883 245

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Musik für Polens Plan

J. G. G. – Irgendwann haben die Amerikaner entdeckt, daß ihre Kühe mehr Milch geben, wenn sie sie im Stall mit sanfter Musik berieseln. Und nun sollen auch Polens Musiktherapeuten aus diesem Trend allgemeinen Nutzen ziehen. Da war nämlich im Regierungsorgan „Rzeczpospolita" zu lesen: „Es liegt uns – wie noch nie zuvor – daran, daß die Produktivität verbessert wird", gleichzeitig aber, daß „Monotonie und Langeweile" am Arbeitsplatz verschwinden. Deshalb soll mit Musik die Arbeitslust angekurbelt werden.

Zwar – so kann man erfahren – findet bereits in vielen Betrieben eine Musik-Berieselung statt, doch einen „Schlager", der Jung und Alt, Frauen und Männer gleichsam anspricht, habe man noch nicht gefunden. Das könnte auch ein klassisches Stück sein, meint die Regierungszeitung. Deswegen sei von der Musiktherapeutik zu fordern: „Produktionsmusik sollte melodisch und rhythmisch sowie angenehm fürs Ohr sein. Sie sollte aber die Arbeitenden nicht ablenken." „Der Arbeitende sollte ihr nicht lauschen, sondern sie fühlen ..."

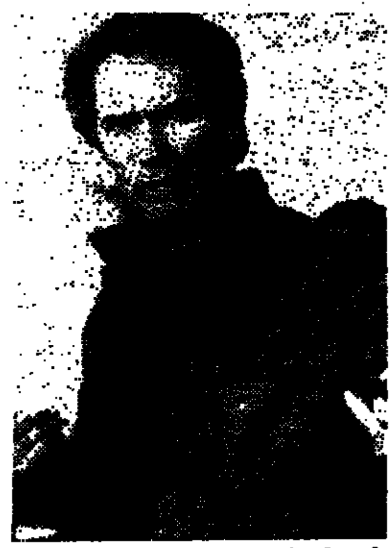
Fürwahr ein schwieriges Unterfangen für die polnischen Musiktherapeuten. Denn deren Erfahrungen sind zwiespältig. Bis jetzt stellten die Therapeuten in Zusammenarbeit mit Künstlern und ganzen Symphonieorchestern Programme für ihre streßgeplagten und psychisch kranken Landsleute zusammen. Dabei gelangten sie zu der Feststellung, daß sich polnische Musik kaum zur Beruhigung der Gemüter eignet. Chopins „Revolutionsetüde" weckt da genauso verfängliche Gedanken wie die Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren ..." Und zweifelhaft ist auch, ob sich die „Internationale" mit ihrer Aufforderung „Wacht auf, Verdammte dieser Erde ..." besser eignet. Ach, wer hilft Polens Musiktherapeuten, damit sie Polens Wirtschaft helfen können?

Clint Eastwoods Film „Dirty Harry kehrt zurück"

Mit Faust und Pistole

Mit der Gestalt des Polizisten Harry Calahan (gespielt von Clint Eastwood), der in San Francisco einen aussichtslosen Kampf gegen das Verbrechen führt, hat Don Siegel 1971 seinen Beitrag zum Genre des Polizeifilms geliefert. Ein Hauch von Realismus zog ein in das Genre des Krimis, es ging nicht mehr um ausgewalzte Denksportfälle, um die Frage, wer im gehobenen Milieu wohl der Mörder war, sondern es wurden die Männer vorgeführt, die an der täglichen Dreckfront aus Verzweiflung zynisch geworden sind, die sich unverstanden fühlen und darum selbst auf Faust und Pistole setzen. Allerdings meldeten sich da auch immer kritische Stimmen, die von einer Verherrlichung der Gewalt sprachen.

In der Tat, Dirty Harry neigte dazu, Ankläger, Richter und Henker in einer Person zu sein. Zumindest in einem der Folgefilme, Ted Posts „Calahan" (1973), meldete er auch selbst Zweifel an, ob er nicht auf dem Weg zur Selbstjustiz war: Harry gerät in die Schußlinie von Kollegen, weil er sich weigert, bei einer Todesschwadron mitzumachen. Zweifel, von denen Harry bei dieser Selbstinszenierung Clint Eastwoods (Produzent, Regisseur und Hauptdarsteller in einem) jetzt wieder völlig frei ist. Eastwood hat den Resten des Polizeifilms den Realismus wieder ausgetrieben und die alten Westernmythen im Großstadtdschungel angesiedelt.



Ankläger, Richter und Henker in einer Person: Clint Eastwood FOTO: DIE WELT

Eastwood arbeitet mit Klischees und Klischeefiguren. Die Verbrecher sind so abscheulich, daß sich die Frage überhaupt nicht stellt, ob man sie kurzerhand umpusten darf. Der Polizist ruht derartig in sich selbst, daß die rechtsstaatlichen Normen, die ihn bei der Arbeit behindern, ganz selbstverständlich mißachtet werden können. Und was auf einen Konflikt hinauslaufen könnte, löst sich am Ende in nichts auf. Dirty Harry kommt der jungen Künstlerin Jennifer Spencer (Sondra Locke) auf die Spur, die ihre Vergewaltigung und die ihrer Schwester durch Mord rächt. Harry wird also vor Augen geführt, wohin seine eigene Methode führen muß. Was tut er? Er vertuscht den Fall.

Genauso grobschlächtig wie die Figuren hat Eastwood den ganzen Film inszeniert. Es gibt zwar Action in Hülle und Fülle, und Harry wird in ein paar Tagen in mehr Schießereien und Prügeleien verwickelt als eine ganze Polizeihundertschaft sonst im Jahr. In seinen Aktionen stehen ihm sein Partner Horace King zur Seite, ferner eine gut trainierte Bulldogge und später die junge Jennifer, die gewissermaßen seine Assistentin wird. Aber der Film bleibt trotz allem spannungslos. Die Szenen ähneln sich, es rächt sich besonders auch der Verzicht auf jede psychologische Durchdringung der Helden und der Schurken. Es ist, als sähe man Stuntmen bei ihren Kunststückchen zu. Da will sich beim besten Willen kein Interesse, ja, nicht einmal Empörung einstellen.

SVEN HANSEN

Mannheim: Schillers „Fiesco" unter der Maske

Als die Kulissen fielen

In Mannheim ist ein kleines Theaterwunder zu bestaunen. Intendant Jürgen Bosse hat im Nationaltheater aus Schillers dramaturgisch unausgegorenem und mit melodramatischen Entgleisungen förmlich gepflastertem „Fiesco" ein spannendes, aktionsgeladenes Possenspiel der Macht herausgefiltert und zugleich durch zusätzliche, atemberaubend schöne Arrangements aus dem Maskenreich des venezianischen Karnevals eine malerisch stille Gegenwelt zu dem blutrünstigen Schauerspektakel entworfen.

Ein glänzend aufgelegtes Schauspieler-Ensemble bringt den ungelenken Text zudem so entspannt und frech über die Rampe, als habe der allmächtige Übervater Shakespeare dem bierernsten Schiller bei der Konzeption der einen oder anderen Figur die Handgelenke gelockert. Bosse hat, fast auf den Tag genau 200 Jahre nach der wenig erfolgreichen Mannheimer Uraufführung, ganz unangestrengt und ohne billige Aktualisierung ein spielbares Zeitstück abgeliefert – nachdem der ursprünglich für die Inszenierung vorgesehene Regisseur Ulrich Heising das Handtuch geworfen hatte.

Bosse bleibt stets eng am Text, gestattet sich aber die Überakzentuierung eines zentrales Aspektes im Stück und gelangt so zu einer rundum schlüssigen Regiekonzeption. Im „Fiesco" nämlich ist stets und überall vom Theaterspielen die Rede, und die Figuren mimen und heucheln so furios, daß es nicht nur für den Zuschauer, sondern manchmal auch für die redeverliebten Figuren selber schwierig wird, in dieser ewigen Maskerade ihre eigentlichen Absichten und Wünsche noch ausfindig zu machen. Eine Frau wird in Leidenschaft entflammt und zu Liebesschwüren getrieben, doch kaum hat sie sich soweit ausgeliefert, da läßt ihr Liebhaber die Maske fallen und stößt sie vor einer feixend aus ihren Verstecken tretenden Schar von Zuhörern um so grausamer von sich. Eine Rebellion wird angezettelt gegen die Willkürherrschaft eines Trunkenboldes, hehre republikanische Ideale werden ins Feld geführt, doch am Ende tritt der Anführer des Spektakels – der Titelheld Fiesco – hervor und wirft mit großer Geste den Purpur und alle anderen ihm angetragenen Machtinsignien von sich – er hat den Staat in einen Trümmerhaufen verwandelt, nur um sich ein wirkungsvolles Szenarium für seinen Edelmut zu schaffen.

Peter Rühring als Fiesco ist daher der lässige, berechnende Machtpolitiker, der seiner Umwelt den Wankelmütigen nur vorspielt, um auf geradestem Wege zum Ziel zu kommen. Seinem Gegenspieler und zeitweiligen Mitstreiter Verrina gibt Ernst Alisch die Züge eines zwar unbeweglichen, aber rundum integren Mannes – des einzig Integren in einer Schar von Falschspielern.

Am Ende, wenn Fiescos Rebellen die herrschende Sippschaft der Dorias hinweggefegt haben, fallen die Kulissen plötzlich um – das Theater auf dem Theater geht in die Brüche. Fiesco ersticht – anders als in den drei Schlußvarianten, die Schiller zu seinem Stück zur freien Auswahl geliefert hat – den Republikaner Verrina, tritt sodann geschäftsmäßig an die Rampe und entsagt der Herrschergewalt. Worüber sollte dieser Theatraliker der Macht auch noch herrschen? Kein Stein steht mehr auf dem anderen, und die weißen Clowns des Straßenkarnevals – letzte Garanten der Menschlichkeit – sind mit dem Zusammenbruch der Kulissen ebenfalls endgültig verschwunden. So bleibt am Ende nichts – nicht einmal ein Herrscher, der den Müll noch haben will.

JENS FREDERIKSEN

Er war ein großer Weiser und Lehrer des 20. Jahrhunderts - Zum Tode des Dichters Manès Sperber

Bis man mir Scherben auf die Augen legt

Bis zum Ende wollte Manès Sperber schreibend tätig sein, er, der nun, 78jährig, in Paris, in jener Stadt, in der er seit 1934 lebte, die Augen für immer geschlossen hat. Der Bestimmung des Lebens treu zu bleiben, das war die Lebensregel, die man ihm in dem jüdischen „Städel", in Zablotow, heute in der Sowjetunion gelegen, mit auf den Weg gegeben hatte.

Als ich im vergangenen August mit ihm durch den Jardin de Luxembourg spazierte, sagte er zu mir: „Ich bin dankbar für mein Leben." Diese fast alttestamentliche Gelassenheit hatte ihn durch alle Stationen seines dramatisch-ereignisreichen Lebens begleitet: in Wien, Berlin, Korcula, Paris. Was in Zablotow richtig gewesen war, bestätigte sich ihm als Erfahrung in der großen Welt.



„Das Innerste des Menschen ausleuchten": Manès Sperber (1905-1984) FOTO: VOTOVA

Mit tiefer Freude hatte er im vergangenen Jahr die Nachricht entgegengenommen, daß ihm der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zugesprochen worden war; für ihn neben dem Nobelpreis die höchste literarische Auszeichnung. Er führte mich an einem Möbelgeschäft vorbei, das auf dem Wege zwischen seinem täglichen Vormittagsgang von der Wohnung zum Park lag. Im Schaufenster zeigte er auf einen Schreibtischstuhl und sagte: „Den bekomme ich jetzt vom Friedenspreis, es wird der letzte Stuhl sein, an dem ich schreibe.

Damals, im August, fühlte er, daß es nach der schweren Erkrankung in der ersten Jahreshälfte wieder aufwärts ging – und er wußte schon recht genau, was er bei der Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche zu sagen vorhatte. Ihm ging es nicht darum, mit seinen Bemerkungen über den Frieden eine Provokation auszulösen. Es lag ihm vielmehr daran, daß die europäische Jugend in der Auseinandersetzung um die richtigen Entscheidungen der Friedenssicherung die Erfahrungen seiner Generation vor 1939 nicht außer acht ließ.

Die Verleumdungen nach seiner Friedenspreisrede vermochten daher auch keine Betroffenheit bei ihm auszulösen; seitdem er sich in den dreißiger Jahren vom Kommunismus getrennt hatte, konnte die keulenschwingende Sprache der Funktionäre Manès Sperber nicht mehr erreichen.

Schließlich wußte er aus eigener leidvoller Erfahrung, daß ideologisches Eingeklemmtsein keine Erwartung mehr auf einen Dialog zuläßt. Dabei war er selbst ein Künstler des Gesprächs. Schon Eugène Ionesco rühmte die unaufhaltsame geistige Neugierde und die pädagogische Meisterschaft seines Freundes. Mit seinem anderen, wohl engsten Freund, André Malraux, führte er Gespräche, die „das Innerste des Menschen ausleuchteten", wie er es einmal ausdrückte. Wovon dabei die Rede war, das blieb auch nach dem Tod des Freundes sein tiefes Geheimnis.

Manès Sperber hatte in den letzten Jahren durch den Tod viele Freunde verloren, die mit ihm unser Jahrhundert durchlitten und durchkämpft haben. Da war vor Jahren schon der Abschied von Carlo Schmid; und 1983 verlor er gleich drei seiner alten Kameraden: Arthur Köstler, Herbert Weichmann und Raymond Aron. Mit ihm selbst geht einer der letzten aus dieser Welt, die im Inferno des Nationalsozialismus und Kommunismus ihren eigenen geistigen Standort finden und behaupten mußten.

Obgleich Sperber verhältnismäßig spät die literarische Anerkennung Europas und der Welt gefunden hat, nämlich erst nach seiner großen Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean", stand von vornherein fest, daß seine Sendung nur die des Dichters sein konnte. Seine frühere Hinwendung zum Kommunismus, ausgelöst durch die Verwirrungen, die auf den Ersten Weltkrieg gefolgt waren, war lediglich ein Zwischenspiel, Anlaß zur Reifung im Erlebnis infernalischer Verführungen.

Wenn jetzt nach dem endgültigen Karat seines Werkes gefragt wird, sollte man sich vor Augen führen, daß die junge Generation unser Jahrhundert nie wirklich wird begreifen können, wenn sie an Sperber und seinen Weggenossen vorbeigeht. Die Kraft zum Überleben und zum optimistischen Blick in die Zukunft kann ein junger Mensch nur gewinnen, wenn er sich an Männer wie Manès Sperber aufrichtet, den seine Selbstfindung zu einem der großen Weisen und Lehrer unserer Zeit werden ließ.

In allen äußeren Erschütterungen wußte er, daß der geistige Kosmos Europas dennoch erhalten geblieben war, erhalten werden mußte. Er hatte ein untrügliches Talent zur Entdekkung und Förderung geistiger Kräfte in der jungen Generation. Wie oft erzählte er mir von den Hoffnungen, die er auf Christian Gneus, Günter Zehm, den jungen Schriftsteller Godehard Schramm oder den Wiener Vize-Bürgermeister Erhard Busek setzte. Er sah die Notwendigkeit einer „Humanistischen Front", um einen Buchtitel von Walter A. Berendsohn zu verwenden, die in der Liebe zur Freiheit quer durch die sonstigen Parteien gehen sollte.

In diesem Frühjahr wollte er wieder zu einem Vortrag nach Würzburg kommen; nach seiner vielbeachteten Friedensrede wollte er nun, wie er erzählte, über die Gefährdungen der europäischen Demokratie sprechen. In seinem zuletzt erschienenen Werk, „Die Wirklichkeit in der Literatur des 20. Jahrhunderts" (Nymphenburger Verlagshandlung), galt seine Sorge der Idee der Freiheit und der Verpflichtung zur Darstellung der Wirklichkeit in der Literatur. Die Wirklichkeit, meinte er, liege hier in der Redlichkeit des Dichters. Und von der Freiheit bemerkte er: „Die Literatur Europas ist selbst unter dem Absolutismus eine Manifestation des freien Geistes gewesen, des wachen Gewissens, der Kritik und der Selbstkritik. Sie war europäisch, bevor es Europa gab; sie wird die Literatur des in Freiheit geeinten Europas sein". Dieses humane und freiheitliche Europa zu verwirklichen, das ist das Vermächtnis, das uns nicht nur der Dichter, sondern auch der leidenschaftliche Demokrat Manès Sperber hinterläßt.

LOTHAR BOSSLE

Saarbrücken zeigt das Werk von Co Westerik

Der Wüstenei ausgeliefert

Co steht für Jacobus. Co Westerik, am 2. März 1924 in Den Haag geboren, studierte an der Akademie seiner Heimatstadt und ist dort seit beinahe 30 Jahren als Lehrer tätig. Er erhielt fünfmal den Jacob-Maris-Preis, einmal den Rembrandt-Preis und auch den niederländischen Staatspreis für Bildende Künste. Obwohl er in den 50er und 60er Jahren bereits einen guten Namen hatte, blieb er hierzulande so gut wie unbekannt. Die Moderne Galerie des Saarbrücker Saarland-Museums stellt seine Werke jetzt erstmals mit mehr als 100 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen ausführlich vor.

Vor 20 Jahren wurde Westerik in Berlin zusammen mit den damals modernen neuen Realisten ausgestellt. Es gibt Nachschlagewerke, die ihn dem Surrealismus, andere, die ihn der Pop-Art zurechnen. Sie haben alle ein bißchen recht und im Grunde unrecht. Natürlich gibt es Parallelen, Einflüsse und auch ein gewisses bodenständiges Erbe. Zu seinen früheren Paten darf man vielleicht die flämischen Primitiven und manchen Italiener des Trecento zählen, die alten Meister aus der Schule Cranachs und Rembrandts ebenso. Affinitäten zum Magischen Realismus sind unverkennbar, im strengen Aufbau, in der eindringlich ins Detail gehenden Art der Beobachtung und Fixierung einer mehrschichtigen Wirklichkeit. In der jüngeren Kunstgeschichte seines Landes ließen sich Herman Kruyder und Charley Toorop womöglich als Vorgänger ausmachen, wenngleich nicht im Sinne direkter Beeinflussung.

Westerik kennt nur ein Thema: Mensch und Natur. Der Mensch – das sind Mann, Frau und Kind, ihr triviales Dasein, ihre Naturverfallenheit, ihre Verletzbarkeit, ihre Angst und Beklemmung, ihre erotischen Obsessionen. Die Natur – das sind ihre Elemente, Erde, Wasser und Luft, ihre Vegetation und Wüstenei, ihre Menschenfeindlichkeit. Der Mensch ist ihr ausgeliefert oder gibt sich ihr hin, versinkt darin wie der Schwimmer im Wasser oder wie Winnie (in „Glückliche Tage") in der Erde. Und wie jene Winnie so erscheinen uns auch die Menschen Westeriks oft nur als Halbfiguren; es ist nicht die einzige Merkwürdigkeit, die uns hier an Samuel Beckett erinnert.

Immer wieder führt uns dieser moderne Meister der Halbfiguren, bewußt oder unbewußt, Beckettsche Situationen vor Augen im Grenzbereich zwischen Alltag und Mythos, zwischen Wirklichkeit und Vision, Realität und Surrealität, in imaginären Räumen, doch ohne die allzu deutliche Symbolik des Surrealismus. Seine Bilder wirken wie erstarrte Dramen mit starren, unproportionierten, linkischen, einsamen, sprach- und kontaktlosen Gestalten, die trotz aller Bedrohung und Aussichtslosigkeit etwas von der fatalistischen Heiterkeit der „Glücklichen Tage" spüren oder ahnen lassen. (Bis 25. Febr., Katalog: 25 Mark).

EO PLUNIEN.



Von fatalistischer Heiterkeit: „Schulmeister und Kind" von Co Westerik, aus der Ausstellung in Saarbrücken FOTO: KATALOG

Ronconi inszeniert in Bonn den „Maskenball"

Traumschiff gen USA

In der Nacht vom 16. auf den 17. März 1782 wurde bei einem Maskenball im Opernhaus von Stockholm ein Attentat auf den schwedischen König Gustav III. Wasa verübt, dem der Monarch einige Tage später erlag. Gustav hatte die Aufklärung nach Schweden gebracht, sich durch seine Reformen mit weiten Kreisen des Adels verfeindet, während sein Volk und seine Soldaten ihm wohl einige Sympathie entgegenbrachten. Zum weiteren Kreis der Verschwörer zählten einige dutzend Edle, die hofften, durch die Beseitigung Gustavs die Zeit zurückdrehen zu können. Das ist die Geschichte.

Knapp ein halbes Jahrhundert später kommt dieses Ereignis auf die Bühne, in Paris, als Oper von Auber zu einem Libretto des Eugène Scribe. Die Oper ist nur mäßig erfolgreich, so daß Scribe sein Libretto weiterhin anbietet. Auch Giuseppe Verdi. Der muß für das von den spanischen Bourbonen regierte Neapel eine neue Oper komponieren, läßt Scribes Libretto von Antonio Somma ins Italienische übertragen, komponiert „Un ballo in maschera". Neapels König hat gerade ein Attentat überstanden; ein Königsmord auf der Bühne, komponiert von jenem Verdi, dessen Name als Anagramm steht für den Einigungs- und Freiheitsruf „Vittorio Emmanuele Re D'Italia", ist untragbar. Neapel lehnt ab. Rom greift zu, unter der Bedingung, Schauplatz und Personen zu ändern. Aus Stockholm wird Boston, aus Gustav III. ein Richard Graf Warwick, britischer Gouverneur in der Neuen Welt. Seitdem geht die Diskussion, ob man Verdis „Maskenball" im originalen schwedischen Gewande spielen soll oder in der vom Zensor erzwungenen amerikanischen Verkleidung.

Denkspiele zum „Maskenball" sind es, die Luca Ronconi und sein Ausstatter Uberto Bertacca nun in Bonn inszeniert haben. Der doppelte Maskenball: Schweden im Amerika-Kostüm. Bedenkenswert: Gustavs französische Hofhaltung muß im dunklen Schweden ähnlich fehl am Platze gewesen sein wie der britische Royalismus in der Neuen Welt. Dekadenz auf dem Humus des Primitiven. Verkleidungen und Verschleierungen auch als Tarnung: die eigene Identität wird unkenntlich gemacht.

Aber Verdis Musik sagt die Wahrheit. Gesungen wird unverstellt. Verdi ist an Menschen interessiert, ihrer Liebe, Eifersucht, Entsagung, Verzweiflung. Und diese Gefühle werden nicht schwedisch oder amerikanisch, sondern eindeutig italienisch artikuliert. Darum geht es. Alles andere ist Eitelkeit des Regisseurs.

Ronconi läßt im ersten Bild das weiße Traumschiff „Europa" in Amerika anlanden. Wenn drei Akte später die Wolkenkratzer in den Himmel gewachsen sind, versucht der Souverän, den Dolch im Herzen, sein Schiff zu erreichen. Er schafft es nicht. Die Begegnung mit der Neuen Welt war tödlich für Europa, das in grotesker Androgynität zum Maskenball aufspielt. Aber die Gestalten sind ohnehin schon alle mehr tot als lebendig. Ein Kulturschock unter umgekehrten Vorzeichen. Das alles ist in dieser Oper viel zu weit hergeholt.

Begonnen hatte die Bonner Premiere mit einer gut inszenierten Publikumsbekundung für den Intendanten Riber, dem die Stadt wohl immer noch unverständliche Schwierigkeiten macht. Riber scheint Spaß daran zu finden, seine hochkarätige Sängeroper mehr und mehr durch extravagante Inszenierungen konterkarieren zu lassen, wohl um denen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die hier nur öden Starkult wittern.

Mara Zampieri, diese Magnani der Opernbühne, ist die Amelia. Sie wirft sich mit der ihr eigenen Emphase in die eher fade Rolle. Sie arbeitet hörbar mit der großen Stimme, die nicht ohne Schärfen ist. Sie deklamiert, rauht Konsonanten auf. Ihr Tonansatz ist peinigend hart. Legato-Linie findet sie kaum. Was sie so an Dramatik gewinnt, verspielt sie musikalisch. Die große Stimme zählt mehr als Gesangskultur: Carlo Cossutta schmettert den Riccardo niederdrückend, dabei erstaunlich beweglich seinen von vielen Othellos angeschabten Tenor führend. Das hätte man ihm nicht mehr zugetraut. Wirklich faszinierend wird die stimmliche Materialschlacht dieses Abends nur einmal: wenn sich Garbis Boyagian als Renato in seinem „Eri Tu" gleichsam die Eingeweide aus dem Leib singt, Musik sich erbricht und mit Tränen mischt. Patricia Payne ist die Ulrica, Merja Wirkkala der Oscar, Anton Guadagno der Dirigent, der mit äußerst straffem Zügel die Oper über den Parcours jagt. Das Publikum mag es wohl so: schnell, laut und stark. Ganz unrecht hatte Ronconi wohl doch nicht mit seiner These, daß überfeinerte Kultur in der Begegnung mit Amerika untergegangen ist. In puncto Gesangskultur wird ihm an diesem Abend recht gegeben.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Sammlung Panza doch nicht nach Los Angeles?

MvZ. **Varese**

Kaum daß italienische Zeitungen gemeldet hatten, der berühmteste Teil der 600 Objekte umfassenden Sammlung moderner Kunst des Grafen Panza di Biumo sei mit einem am 2. Februar unterzeichneten Vertrag für 18 Milliarden Lire in den Besitz des Neuen Museums für Zeitgenössische Kunst von Los Angeles übergegangen, da wurde die Nachricht von dem Präsidenten des Verwaltungsrates des Museums dementiert. Der Bau sei noch gar nicht fertig, und der Vertrag sei nicht unterschrieben worden. Es handelt sich um die ursprünglich als Leihgabe an Mönchengladbach, dann an Düsseldorf geplante Kollektion von 80 Bildern der 50er und 60er Jahre (s. WELT v. 4. 11. 83). Die jüngste Nachricht spricht jetzt von der Hoffnung, die Sammlung könne, falls Los Angeles sich nicht rechtzeitig entscheide, von einer dem Guggenheim Museum New York angeschlossenen amerikanischen Stiftung erworben und ständig neben der Guggenheim Kollektion in Venedig ausgestellt werden.

Literaturpreis für Essayistik gestiftet

dpa, **Bonn**

Einen Literaturpreis für Essayistik zu Ehren des 1956 gestorbenen Romanisten und Essayisten Ernst Robert Curtius hat der Bonner Buchhändler Thomas Grundmann gestiftet. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung soll noch in diesem Jahr zum ersten Mal für ein essayistisches Lebenswerk verliehen werden. Zugleich wurde ein mit 6000 Mark dotierter Förderpreis gestiftet, der erstmals für 1985 ausgeschrieben wird.

Bundeswettbewerb „Schüler machen Lieder"

DW. **Berlin**

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat einen Wettbewerb für jugendliche Liedermacher ausgeschrieben, der als Auftakt zum Berliner Schülertheater-Treffen am 1. Juni in Berlin ausgetragen werden soll. Meldeschluß ist der 15. März. Unterlagen können angefordert werden bei: Berliner Festspiele GmbH, Schülertheater-Treffen 84, Budapester Str.50, 1000 Berlin 30.

Gérard Depardieu nun als Bühnenstar

AFP, **Straßburg**

Gérard Depardieu („Danton"), der neue Star des französischen Films, kommt vom Theater nicht mehr los. Nach einem beispiellosen Erfolg in Molières „Tartuffe" (vgl. WELT v. 11. 1.) will der Leiter der staatlichen Bühne in Straßburg, Jacques Lassalle, Depardieu jetzt für eine ganze Reihe klassischer Stücke verpflichten. Perfekt ist bereits, daß der Schauspieler im Januar 1986 an der Seite von Jeanne Moreau die Hauptrolle in „Britannicus" von Racine übernimmt. Geplant sind weiter „Don Juan" von Molière und Shakespeares „Hamlet" oder „Lorenzaccio" von Musset.

Dali-Archiv in Krefeld gegründet

AP, **Krefeld**

Ein „Dali-Archiv" zur wissenschaftlichen Erfassung des Werkes des Malers Salvador Dali hat sich in Krefeld konstituiert. Nach Angaben des Archiv-Leiters, Detlef Lehmann, soll das Gesamtwerk des weltberühmten Surrealisten registriert und wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Das Archiv (4150 Krefeld, Postfach 702) rechnet damit, daß sich Dali-Sammler, Museen und Verleger aus aller Welt melden und durch die Bereitstellung von Angaben über Werke der verschiedensten Art zu einer zentralen Registrierung beitragen.

Jerusalem hebt Boykott gegen Richard Strauss auf

dpa, **Jerusalem**

Der staatliche israelische Rundfunk hat den Boykott gegen die Werke von Richard Strauss aufgehoben. Ein Sprecher berichtete, daß bereits am vergangenen Freitag Ausschnitte aus der Strauss-Oper „Die ägyptische Helena" ausgestrahlt worden seien. „Viele Hörer haben anschließend bei uns angerufen. Die meisten reagierten auf unseren Schritt sehr positiv." Die Werke von Richard Strauss und Richard Wagner durften bisher in Israel nicht aufgeführt werden. Im Oktober 1981 hatte jedoch der Dirigent Zubin Mehta einem Abendkonzert in Tel Aviv überraschend die Ouvertüre zur Wagner-Oper „Tristan und Isolde" folgen lassen.

Alex Colville

Durch einen Übermittlungsfehler wurde in unserem gestrigen Beitrag „Ein teurer Holzlöffel" aus Alex Colville ein zweitrangiger Maler. Richtig hieß der Satz jedoch: „... wurde Alex Colville ein zweitrangiger Maler in aller Breite zur Seite gestellt."

Verschwundener Satellit tauchte wieder auf

A. BÄRWOLF, **Hamburg**

Der vom amerikanischen Raumflugzeug „Challenger" am letzten Wochenende ausgesetzte, aber dann „verlorengegangene" Nachrichtensatellit „Westar-6" ist nach langer Suche wiedergefunden worden. Der kostbare Kunstmond im Wert von 200 Millionen Mark ist zwar völlig intakt, befindet sich aber auf einer vollkommen falschen Umlaufbahn. Es besteht keine Chance, den Raumflugkörper in die richtige geostationäre Höhe von 36 000 Kilometer zu bringen. Damit muß der Satellit als Totalverlust abgeschrieben werden.

Auf der falschen Bahn ist der Kunstmond wertlos

Wie das Raumflugzentrum in Houston gestern nach der 48. Erdumrundung von „Challenger" mitteilte, ist „Westar-6" jetzt „positiv lokalisiert" worden. Der Fernmeldesatellit, der von der amerikanischen Kommunikationsgesellschaft Western Union als Nachrichtenbrücke eingesetzt werden sollte, kreist auf einer elliptischen Bahn mit einem höchsten Punkt von 1224 Kilometer und einem niedrigsten Bahnpunkt von 304 Kilometer um die Erde. Der Satellit ist nach Mitteilung der Nasa in einem guten Zustand. Die Temperatur an Bord des von den Hughes-Flugzeugwerken in Los Angeles gebauten Satelliten ist normal. Doch der mit Mikroelektronik vollgestopfte Kunstmond vom Typ „HS 376" ist auf der falschen Bahn wertlos.

Mit größter Wahrscheinlichkeit liegt der Fehler in der Oberstufe des Satelliten. Nach Spekulationen von Raumflugsachverständigen könnte mangelnde Aufmerksamkeit bei der Fertigung der Rakete, die „Westar" in 36 000 Kilometer Höhe bringen sollte, zu dem kostspieligen Versager geführt haben. „Westar" wurde „in Hetze" innerhalb einer Frist von einem Jahr im Auftrag von Western Union in den Werkstätten von Hughes im kalifornischen El Segundo fertiggestellt. Dagegen ließ man sich für den technisch identischen Satelliten der Indonesier, „Palapa-B-2", gut zwei Jahre Zeit.

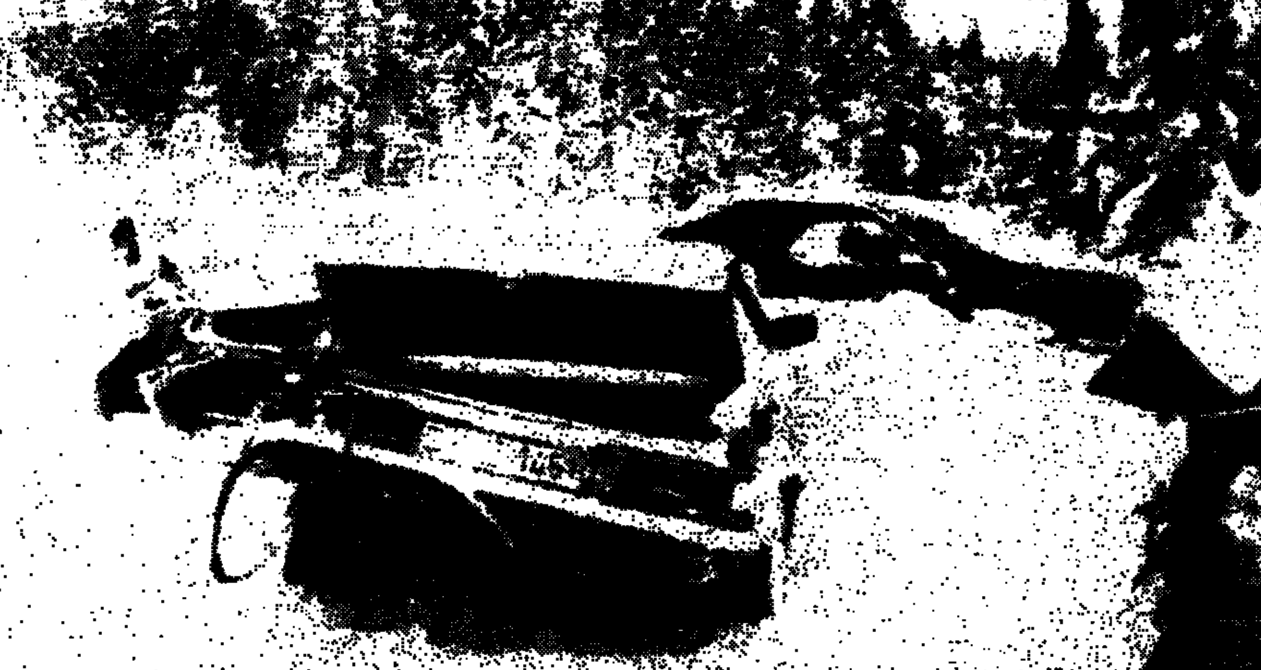
Die Aussetzung dieses Satelliten stand gestern nachmittag auf dem Programm der „Challenger"-Besatzung.

Mißverständnisse zwischen der Nasa und dem Militär

Mit der offiziellen Darstellung der „Westar-6"-Panne der Nasa sind die lückenhaften Informationen dementiert worden, die am Sonntag aus Houston und aus dem Luftverteidigungskommando Norad in Colorado Springs zu hören waren. Danach hatten die elektronischen und optischen Sensoren der militärischen Weltraum-Überwachungsstellen mehr als ein Dutzend Teile geortet, die hinter „Challenger" um die Erde zogen. Es ist nicht das erste Mal, daß solche Falschmeldungen in die Welt gesetzt worden sind. Sie zeigen deutlich die nach außen unkoordinierte Zusammenarbeit zwischen der Nasa und den militärischen Stellen, die alle Objekte am Himmel identifizieren und katalogisieren.

Eins der Hauptgeräte zur Weltraumüberwachung ist ein 13 Stockwerke hohes Radar am Golf von Mexiko. Das elektronisch gesteuerte Radar, das keine der üblichen rotierenden Antennen besitzt, steht auf dem Luftstützpunkt Eglin in Florida und „blickt" nach Süden. Fast alle um die Erde ziehenden Objekte erscheinen wenigstens zweimal am Tag in dem „Fenster" von Eglin.

Streng nach den Statistiken leben Testfahrer weniger gefährlich als normale motorisierte Verkehrsteilnehmer. Die Mercedes-Leute wurden jedoch am nördlichen Polarkreis von der Wirklichkeit eingeholt. Ein Ingenieur kam ums Leben, vier weitere Tester wurden schwer verletzt. Die schwedische Polizei spricht von „Leichtsinn". FOTO: AP



Das tödliche Ende einer Testfahrt im hohen Norden

HEINZ HORRMANN, **Dorotea**

Nach dem schweren Testunfall nördlich der schwedischen Gemeinde Dorotea, bei dem der Daimler-Benz-Hauptgeschäftsführer Peter Schrape ums Leben kam und vier weitere Testingenieure des Stuttgarter Unternehmens schwer verletzt wurden, wirft die schwedische Polizei den Fahrern „Leichtsinn und unverantwortliches Verhalten" vor. Die Geschwindigkeit der Kolonne aus 15 S-KlasseLimousinen und SEC-Coupes auf geschlossener Schneedecke habe bei mehr als 100 km/h gelegen, der Sicherheitsabstand sei zu gering gewesen, und die mitgeführten Spikesreifen seien nicht verwendet worden. Die Untersuchung des Unfalls sei aber noch nicht endgültig abgeschlossen.

Nach den bisherigen Zeugenaussagen rollte die Testkolonne auf frischem, bei hohen Minustemperaturen recht griffigem Schnee, am Morgen über öffentliche Straßen. Die Sicht war durch den aufgewirbelten Schnee ausgesprochen schlecht. Der erste Wagen kam in einer leichten Linkskurve ins Rutschen und touchierte eine Schneewehe. Dem nachfolgenden Fahrer gelang es noch auszuweichen, doch die dritte schwere Limousine rutschte in die beiden vorausfahrenden Autos.

Trotz Anti-Blockier-System (ABS) hatten die drei nächsten Fahrer keine Chance, ihre Autos rechtzeitig zum Halten zu bringen. Sie prallten von hinten auf und verkeilten sich zu einem wilden Blechknäuel. Schrape war auf der Stelle tot, sein Beifahrer wurde schwer verletzt.

Bei ersten Vernehmungen hatten die Betroffenen angegeben, sie seien nur mit 60 Stundenkilometern gefahren. Nach Aussagen der Polizei waren das reine Schutzbehauptungen. Da ein Kolonnentest mit 15 Fahrzeugen unüblich ist, nimmt man an, daß die Daimler-Benz-Wagen nach abgeschlossener Testserie auf dem Heimweg waren. Dafür spricht auch, daß ganz normale M+S-Reifen aufgezogen waren, obwohl in Schweden und Finnland Spikes zugelassen sind. Einige der Versuchswagen sollen mit Allradantrieb und einem elektronisch gesteuerten Antischlupf-System ausgerüstet gewesen sein.

Daimler-Benz-Sprecher Bernd Gottschalk wollte dies allerdings nicht bestätigen. „Unsere Antischlupfregelungs-Tests sind zwar bekannt, aber sonst wollen wir der Konkurrenz keinen Einblick gewähren."

Kategorisch dementiert er Augenzeugenaussagen, wonach sie die Daimler Benz-Fahrer mit BMW-Kollegen zur „bunten Reihe" gemischt haben sollen.

Kontakte freilich gibt es zwischen den Fahrern der europäischen Unternehmen in Lappland ständig. Alle Firmen kommen im Januar und Februar zu Tests an den nördlichen Polarkreis.

Unfälle gibt es trotz atemberaubender Fahrweise im Grenzbereich so gut wie nie. Ford errechnete auf 70 Millionen Testkilometer einen Verletzten und pro 2,5 Millionen Kilometer einen Sachschaden.

Herbert Schuster, Leiter des VW-Fahrversuchs in Wolfsburg, glaubt darum auch, daß undiszipliniertes Fahren die Unfallursache war: „Für spezielle ABS- und Antischlupfversuche ist in abgesperrten Terrains auf zugefrorenen Seen Platz genug. Kolonnenfahrten sind in den seltensten Fällen notwendig. Auf öffentlichen Straßen muß sich jeder Testfahrer kompromißlos an die Vorschriften halten."

Branchenkenner, die die „Wilde Reiter GmbH" 170 Kilometer nördlich des Polarkreises in Lappland erlebt haben, berichten von draufgängerischen Kolonnenfahrten mit Tempo 160 ohne Notwendigkeit, mehr zur „Entspannung", nach ermüdenden Versuchen mit empfindlichen Meßinstrumenten und endlosen Checklisten. Allerdings – das wird immer wieder betont – seien die Fahrzeuge bei diesen hausgemachten „Sonderprüfungen" in sibirischen Temperaturen stets mit Spikes ausgerüstet, die allein auf Glatteis unter der Schneedecke Halt garantieren. Kommt eine der schweren Limousinen mit Winterreifen einmal ins Rutschen, hilft weder Antischlupfregler noch Allradantrieb.

Dafür, daß die Nagelreifen am Unfalltag im Kofferraum lagen, hat Mercedes allerdings eine plausible Erklärung: „Wir testen das Fahrverhalten unserer Autos nach den Bedingungen unserer Märkte, und hier sind nun einmal keine Spikes erlaubt".

Herstatt: Nebenrolle für die Hauptperson

Zum ersten Mal erschien der angeklagte Banker vor Gericht

KNUT TESKE, **Köln**

Plötzlich war er da, stand im Türrahmen zum Sitzungssaal 112 des Kölner Landgerichtes, flankiert von seinen beiden Anwälten, die ihm knapp bis an die Schulter reichten: Iwan D. Herstatt, 1,96 Meter groß, 260 Pfund schwer – Hauptfigur des nach ihm benannten Verfahrens. Zum ersten Mal erschien der Angeklagte nach den wochenlangen Spekulationen um seinen Gesundheitszustand, den Grad seiner Gebrechlichkeit, vor Gericht.

Der große Iwan D. aus dem ersten Verfahren vor gut vier Jahren war er nicht mehr, als er gestern scheu, fast hilflos in die Kameras starrte. Damals, im April '79, präsentierte er sich lachend und mit breitem Kölner Dialekt allen Foto- und Interview-Wünschen – ein (sich unschuldig gebender) Lokalmatador beim Bad in der Menge. Nichts davon diesmal. Bleich und stumm stand er da. Ein alter Mann, wie er sich auf dem Sitz der Anklagebank niederließ; die Hand zittrig, die immer wieder zum vorsorglich bereitgestellten Glas mit Wasser griff. Alles an ihm hat etwas Schleppendes und Mühseliges.

Scheinbar unbeteiligt davon blieb Professor Adalbert Schaede, der Gerichtsgutachter. Er attestierte dem 70jährigen Ex-Bankier eine stabile Konstitution und regte, nur zur Vorsicht, an, daß man die Verhandlung nach jeweils neunzig Minuten für eine halbe Stunde unterbreche. So wurde Herstatt dann zur Mittagspause von mindestens fünfzig Fotografen wie in einer Prozession zum Ruheraum des Landgerichts geleitet. Kaum aber hat sich der Schwarm verzogen, steckt Herstatt den Kopf schon wieder zur Tür heraus und sucht sich seine eigenen Wege im Labyrinth des Kölner Gerichtsgebäudes.

Im Verfahren selbst spielte die Hauptperson gestern freilich nur eine Nebenrolle. Richter Alois Weiss, dessen Süffisanz Herstatt-Verteidiger Helge Millinger immer wieder auf die Barrikaden treibt, schien den so sehnsüchtig erwarteten Angeklagten zu übersehen: „Sie sind da", stellte er einleitend fest und wandte sich dann dem Zeugen Bernhard Graf von der Goltz zu, der sich in seiner neuen Rolle sichtlich noch nicht eingelebt hatte.

„Zehn Jahre war mein Mandant Verfolgter und Angeklagter", so sein Verteidiger später, „jetzt soll er plötzlich als Zeuge aussagen – ein makabrer Zustand."

Goltz, einst Generalbevollmächtigter der Herstatt-Bank, beruft sich denn auch auf viele Erinnerungslücken, vor allem dort, wo ihm angesichts des aufmerksamen Staatsanwaltes das freie Wort wenig opportun erscheint. Wegen Beihilfe zum Bankrott sowie zur Untreue ist der Graf im Sommer '83 zu 29 Monaten Haft und 80 000 DM Geldstrafe bzw. -buße verurteilt worden. Immer wieder geht sein Blick zum ehemaligen Chef hinüber; dessen Ausdruck aber bleibt undefinierbar fern. Nur einmal zuckt es in dem schweren Gesicht, als von der Goltz das Verhältnis zwischen Herstatt und Hans Gerling, dem Hauptaktionär, schildert. Von der Goltz: „Der Ton war vornehm, was aber nicht darüber hinwegtäuschte, daß Herstatt weisungsabhängig war."

LEUTE HEUTE

Polizeischutz

Der 25jährige **Vitaliano Meriche** aus Rom und die 20jährige **Giuseppina Parlato** aus Sizilien haben sich in einer Kirche der italienischen Hauptstadt unter Polizeischutz das Ja-Wort gegeben. Der Vater der Braut hatte mit Morddrohungen versucht, die Eheschließung zu verhindern. Als der Vater der Braut dann nach Rom kam, beschlossen die beiden Verlobten, den Schutz durch bewaffnete Ordnungskräfte anzufordern.

TV-Debüt

Prinz **William**, der 18 Monate alte Sohn des britischen Thronfolgerpaares, soll eine führende Rolle in einer britischen Fernsehserie spielen: als Karikatur-Puppe, zusammen mit seinen Eltern, der Königin und vielen anderen Prominenten. Dagegen kam scharfer Protest von konservativen Unterhausabgeordneten. Ein Sprecher der TV-Gesellschaft meinte: „Wenn wir Hunderte von Leuten in der Sendung bringen, können wir das berühmteste Baby, Prinz William, nicht herauslassen."

Was lange währt . . .

Nach 69 Jahren fand gestern im Elsaß eine deutsch-französische Liebesgeschichte ein Happy-End. Der 90jährige Deutsche **Friedrich Rebold** aus Wilhelmshaven und die 85jährige Elsässerin **Mathilde Ernst** gaben sich in Gundershofen das Jawort. Die beiden hatten sich mitten im Ersten Weltkrieg kennengelernt. Eine Heirat scheiterte damals am Einspruch der Eltern Rebolds, die seine damals 16jährige Braut für zu jung hielten. Sie verloren sich aus den Augen und erinnerten sich 1979 aneinander, als die Ehepartner von beiden gestorben waren.

Paris sorgt sich um die Sicherheit im Untergrund

Trotz aller Abwehrmaßnahmen nimmt Metro-Kriminalität zu

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die Pariser Metro mit ihren 250 Stationen, ihren vielen kilometerlangen unterirdischen Gängen, ihren Hunderten von Rolltreppen, Aufzügen, ihren Wärmewirbelwinden von bis zu 50 Stundenkilometer und ihren vier Millionen Passagieren täglich ist, wie könnte es anders sein, ein ideales Terrain für allerlei Gauner, Diebe Wahrsager und Handleser. Die „Sicherheit in der Metro" ist daher immer wieder ein beliebtes Thema für die Pariser Zeitungen. Claude Quin, dem Chef der Pariser Verkehrsbetriebe RATP, und seinen 36 000 Angestellten dagegen bereitet es vor allem Kopfzerbrechen. Die Zahlen für 1983 lassen trotz eines steigenden Aufgebotes an „unterirdischen" Ordnungshütern ein weiteres Anwachsen der Verbrechen und Delikte erkennen.

Beunruhigend angestiegen sind vor allem die Schmuckdiebstähle in der Metro, wobei die Kurve in den Sommermonaten steiler in die Höhe schnellt als im Winter. Die RATP hat dafür eine natürliche Erklärung: Im Sommer zeigen die Damen freizügiger, was sie haben. Die Zahl dieser „kleinen Delikte" hat 1983 um 40 Prozent zugenommen, während Verbrechen wie Raub, Erpressung und bewaffneter Überfall zwar auch, aber nicht so rasant zugenommen haben. 1983 hat vor allem wie noch ein Jahr zuvor in zwei Fällen, in der Metro niemand sein Leben verloren.

Wer in den letzten Jahren die Pariser Untergrundbahn benutzte, wird bemerkt haben, daß die Sicherheitsmaßnahmen ständig verbessert wurden. Es gibt Polizeistreifen, vor allem in den Nachtstunden, es gibt TV-Kameras zur Überwachung der Bahnsteige und Verbindungsgänge, es gibt Telefonanschlüsse (sogenannte Interphone) zur Alarmierung des Stationsvorstehers für den Fall eines Überfalls. Das Wirksamste sind natürlich immer noch die Polizeistreifen. 1983 sind insgesamt 500 Polizisten und Gendarmen der Pariser Polizeipräfektur und einer Spezialeinheit Streife gegangen. Hinzu kommen 230 Beamte der RATP, die vor allem die Bahnsteige der sogenannten heißen Stationen überwachen.

Als heiße Stationen gelten 59 der 250 Stationen des riesigen unterirdischen Netzes. Auf ihnen hat man die größte Zahl von Delikten und Verbrechen registriert. Sie sollen nun noch zusätzlich überwacht werden. Eine von ihnen ist die Station Chatelet unterhalb der Rue de Rivoli, in deren gigantischem Labyrinth sich drei städtische und zwei regionale Linien kreuzen und täglich eine Million Menschen aneinander vorbeihasten.

1983 wurden 11 000 Gauner und Gangster dem Richter vorgeführt. Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich erheblich höher. Dabei sind es beileibe nicht nur, wie Volkesstimme nur allzugern behauptet, Einwanderer, die da die U-Bahn unsicher machen. Sechzig Prozent von ihnen, so die Statistik, sind Franzosen, von denen allerdings viele aus den armen überseeischen Departements Frankreichs stammen.

Die RATP beschloß nun, ihren Kampf gegen das Gangstertum im laufenden Jahr erheblich zu verstärken. Die Zahl ihrer Streifenbeamten wird sofort um 30 erhöht. Und auch die Polizei wird in den „heißen Stationen" mehr Personal einsetzen.

Berliner bangen um „Himmelchen"

dpa, **Berlin**

Ein Team aus sechs Ärzten kämpft um das Leben der Berliner Pandabärin Tian-Tian. Das Tier leidet seit einer Woche unter Appetitlosigkeit und Schwäche. Seit Sonntag hängt es in einer Tierklinik am Tropf, ein aus England eingeflogener Spezialist leitet die ärztlichen Bemühungen. Tian-Tian – zu deutsch „Himmelchen" – gehört zu den Lieblingen des Berliner Zoo-Publikums, das die beiden Pandas kurz „Schnurz und Piepe" nennt. Über den „kritischen Zustand" der Bambusfresserin hätten sich allein am Sonntag 70 Anrufer besorgt informiert und diverse „Hausmittelchen" angeboten, berichtete der Zoologe Peter Rahn gestern. Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen leidet Tian-Tian an einer Infektion in den Verdauungsorganen. Deshalb sei das Tier, das seit Freitag vergangener Woche mit Unterbrechungen in der Berliner Tierklinik behandelt wird, am Sonntag „zur stationären Überwachung" dort geblieben. Die Ärzte versuchten „rund um die Uhr" der heimtückischen Krankheit beizukommen.

Lkw-Schlangen

dpa, **Rom**

Mehr als eine Million Lastwagen standen gestern in Italien still. Den Streik hatten die etwa 200 000 Transportbetriebe und die Gewerkschaften ausgerufen. Auch an den Grenzen – vor allem am Brenner – ruhte der Lkw-Verkehr, und es kam zu langen Schlangen. Bei dem Streik geht es um die Anhebung der Transporttarife.

„Enterbt"

AFP, **Peking**

Auf heftigen Protest der chinesischen Bevölkerung ist ein Erlaß gestoßen, mit dem die bisher übliche „Vererbung" von Arbeitsplätzen abgeschafft wurde. Seit Bekanntwerden des neuen Gesetzes sollen bereits mehr als 7000 Kader überstürzt gekündigt haben, um ihren Kindern einen Arbeitsplatz zu sichern.

Neue Kältewelle

AP, **New York**

Schneestürme und strenger Frost suchten auch gestern weite Teile der USA heim. Sogar in Georgia, das etwa auf gleicher geographischer Breite wie Marokko liegt, sank die Temperatur auf zehn Grad unter Null. Die neue Kältewelle kostete bereits wieder 27 Menschen das Leben.

Brandanschlag

AP, **Frankfurt**

Nach einem Brandanschlag ist in der Nacht zum Montag in Frankfurt ein türkisches Stoff-und-Teppich-Geschäft in Flammen aufgegangen. Die Polizei fand an der Außenfassade in Blockbuchstaben von einem halben Meter Höhe auf drei Metern Länge die Parole „Ausländer raus!".

Nächtliches Sonnenlicht

dpa, **Doha**

In Doha, der Hauptstadt des arabischen Ölemirats Katar am Persischen Golf, hat ein technisches Experiment begonnen: Batterien in den Straßenlampen einer Hauptverkehrsstraße werden mit Sonnenenergie gespeist. Nach Angaben eines Sprechers liegen allerdings die Kosten für diese Beleuchtung noch siebenmal höher als für herkömmliche Energie.

Erfolg auf den Straßen

dpa, **Washington**

Die Zahl der Verkehrstoten in den USA ist 1983 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken. Laut Verkehrsministerin Elizabeth Dole wurden auf amerikanischen Straßen im vergangenen Jahr 43 028 Menschen getötet – 2,1 Prozent weniger als 1982. Stelle man die Zahl der Verkehrsopfer ins Verhältnis zur Zahl der gefahrenen Kilometer, ergebe sich sogar die niedrigste jemals registrierte Todesrate.

Internisten-Studie

AFP, **London**

Der britische Gesundheitsdienst weigert sich, viele an Krebs erkrankte Menschen auf die Wartelisten zu setzen, weil sie schon tot wären, bevor sie behandelt werden könnten. Diese Behauptung wird in einer Studie aufgestellt, die ein „Komitee" junger Internisten gestern vorlegte. Dem „Komitee" sollen 25 000 Ärzte des Nationalen Gesundheitsdienstes angehören.

„Legal" verhungert

dpa, **New York**

Der 85jährige ehemalige College-Präsident Ross Henninger, dem ein Richter nach einem Schlaganfall das Recht zuerkannt hatte, sich in einem Pflegeheim in Syracuse (US-Bundesstaat New York) zu Tode zu hungern, ist nach 45 Tagen ohne Nahrung gestorben. Die Leitung des Heims, die strafrechtliche Folgen befürchtete, hatte den Richter um die Entscheidung gebeten.

ZU GUTER LETZT

„Doch dem Hausherrn, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, schienen zuerst diejenigen unter den Gästen aufzufallen, die nicht gekommen waren." Die WELT über den Ball des Sports

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: An der Südseite eines Sturmtiefs über dem Nordmeer ziehen atlantische Tiefausläufer in rascher Folge über Deutschland hinweg ostwärts.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: Wechselnd, vielfach stark bewölkt und wiederholt Schauer, zum Teil auch gewittrig oder mit Graupel vermischt, im Bergland oberhalb 500 m Schneeschauer. Tagestemperaturen um 5 Grad, im Bergland um 0 Grad. Nachts um 2 Grad, örtlich leichter Frost mit Straßenglätte.

Süddeutschland: Meist stark bewölkt bis bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen, oberhalb 800 m Schnee. Tagestemperaturen 4 bis 7 Grad.

Weitere Aussichten:

Unbeständig, leicht zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	19°
Bonn	5°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	18°
Essen	6°	London	10°
Frankfurt	5°	Madrid	8°
Hamburg	3°	Mailand	2°
List/Sylt	5°	Mallorca	16°
München	5°	Moskau	-8°
Stuttgart	3°	Nizza	13°
Algier	15°	Oslo	2°
Amsterdam	7°	Paris	9°
Athen	12°	Prag	4°
Barcelona	12°	Rom	10°
Brüssel	9°	Stockholm	1°
Budapest	3°	Tel Aviv	24°
Bukarest	6°	Tunis	15°
Helsinki	0°	Wien	6°
Istanbul	7°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 7.50 Uhr, Untergang: 17.23 Uhr, **Mondaufgang:** 10.25 Uhr, Untergang 00.00 Uhr
* in MEZ, zentraler Ort [illegible]

Ein 150-Millionen-Argument gegen die Butterseite

JOCHEN AUMILLER, **München**

Die Ernährungswissenschaft hat in den letzten Jahren das Ernähren nicht leichtgemacht. Vollmilch und Butter waren ebenso verpönt, wie fettes Fleisch und Frühstückseier. Es entspann sich der sogenannte Butter-Margarine-Krieg, der mit großem Werbeaufwand von beiden Seiten geführt wurde. So recht freute sich darüber eigentlich nur die werbetreibende Industrie. Mit einer kürzlich erschienenen amerikanischen Mammutstudie, die den Nutzen fettarmer Ernährung bestätigt, ist die Margarine-Front im Argumentationsvorteil, so lange jedenfalls, bis die Gegenseite genügend Schwachstellen an der vom amerikanischen Herz-, Lungen- und Blut-Institut vorgelegten 150-Millionen-Dollar-Untersuchung findet.

In der medizinischen Fachwelt hat diese Studie großes Aufsehen erregt. Denn damit ist erstmals belegt worden, daß eine Senkung des Cholesterinspiegels langfristig auch die Häufigkeit tödlicher und nicht tödlicher Herzinfarkte vermindert. Zwölf medizinische Zentren in den USA waren daran beteiligt. Von knapp einer halben Million untersuchter Männer im Alter zwischen 35 und 59 Jahren wurden schließlich 3805 in die Studie aufgenommen. Sie alle wiesen keine Anzeichen einer Herzkranzgefäßerkrankung auf, hatten jedoch einen erhöhten Blutfettspiegel. Ihr Serum-Cholesterinspiegel lag über 265 Milligramm Prozent). Allen wurde eine cholesterinsenkende Diät empfohlen. Außerdem erhielten 1906 ein cholesterinsenkendes Medikament (Colestyramin, im Handel als Quantalan), die anderen 1900 Studienteilnehmer erhielten dagegen ein wirkungsloses Leerpräparat (Placebo).

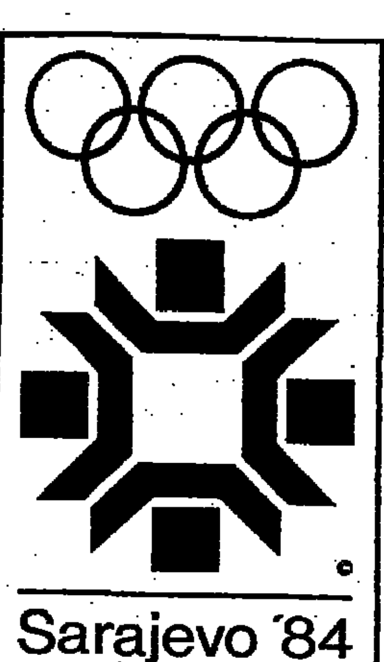
Wie zu erwarten, fiel der Cholesterinspiegel in der mit Medikamenten behandelten Gruppe deutlich ab. Das hatte bemerkenswerte Konsequenzen. In der Therapiegruppe nahmen die Herzinfarkt-Todesfälle um 24 Prozent ab und die nicht tödlichen Infarkte um 19 Prozent – immer im Vergleich zur Placebo-Gruppe. Dieser Schutzfaktor war um so ausgeprägter, je stärker der Cholesterinspiegel gesenkt wurde.

Die Organisatoren dieser multizentrischen Studie bilanzierten nach sieben bis zehn Jahren, im Mittel nach 7,4 Jahren. Studienleiter Basil Rifkind brachte die resultierenden Datenberge auf folgenden Nenner: „Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Erniedrigung des Cholesterin-Wertes durch Diät und Medikamente tatsächlich das Risiko vermindert, eine koronare Herzkrankheit zu entwickeln und einen Herzinfarkt zu erleiden."

Man rechnet damit, daß ein Viertel der Erwachsenen in den USA einen überhöhten Cholesterinspiegel hat. Rifkind: „Man sollte seinen Cholesterinspiegel kennen. Liegt er über 240, bestimmt aber über 250, sollte man etwas dagegen tun." Seine praktische Empfehlung: Zunächst könnte der Verzehr von fettreichen, genauer: cholesterinreichen Nahrungsmitteln eingeschränkt werden. Als Ersatz bieten sich Fisch und Hühnchen an, riet Rifkind. Wenn das nichts hilft oder nicht ausreicht, kommt man um Medikamente nicht herum.

Hier zeigte sich jedoch schon in der Studie ein typisches Problem: Täglich Tabletten einzunehmen, schätzen viele Betroffene nicht. Sie vergessen die Medikamenteneinnahme häufig und stellen die Arzneischachtel gleich ungeöffnet in den Medikamentenschrank. In der Studie nahmen 27 Prozent der beteiligten Männer entweder die verschriebene Arznei überhaupt nicht oder nicht in der verordneten Dosis. Ärzte überrascht diese Erkenntnis nicht. Man weiß aus der medikamentösen Behandlung des Bluthochdrucks, daß die Arznei-Disziplin generell sehr zu wünschen übrigläßt. Meistens nehmen die Patienten die Mittel erst, wenn sie Beschwerden verspüren. Bei Bluthochdruck wie bei erhöhten Cholesterin-Werten geht es aber darum, daß langfristig und zuverlässig kuriert wird.

Die amerikanische Studie ist von ihrer Anlage und Größenordnung her einmalig und wird die Wissenschaftler in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen. Und es ist schon jetzt abzusehen, daß hinter so manche Schlußfolgerung Fragezeichen gesetzt werden. Die von vielen Ernährungswissenschaftlern verfochtene These scheint allerdings zu stimmen: Cholesterin ist ein wichtiger Risikofaktor. „Es ist leider wahr", kommentiert „Time".



EISHOCKEY / Heute beginnt das Olympia-Turnier – Interview mit dem Bundestrainer vor dem Jugoslawien-Spiel

Udo Kießling darf jetzt doch spielen – Der Protest ist vom Tisch, die Finnen haben sich entschuldigt

sid/dpa, Sarajevo

Im Streit um die olympische Zulassung von Eishockey-Spielern, die des Ex-Profitums verdächtigt werden, ist offenbar eine Entscheidung gefallen. Nach einer dreistündigen Sitzung der Zulassungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) erklärte der Vorsitzende des Gremiums, Willi Daume: „Wir haben einen Beschluß gefaßt." Andeutungen des IOC-Sportdirektors Walther Tröger lassen darauf schließen, daß alle in Sarajevo befindlichen Eishokkey-Spieler am olympischen Turnier teilnehmen dürfen.

Er gehe jetzt zu IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch. Er müsse darüber befinden, ob abschließend noch das Exekutiv-Komitee als letzte Instanz in allen Zulassungsfragen eingeschaltet werden müsse, sagte Daume. Der 70jährige Präsident des NOK für Deutschland verweigerte jede Auskunft über den Inhalt des Beschlusses der Kommission mit dem Hinweis: „Am Dienstag um 13.00 Uhr wird das olympische Eishockey-Turnier beginnen." Da die letzte Anmeldefrist für das Turnier am Montag um 19.00 Uhr ausläuft, sei das IOC „unter extremem Zeitdruck". „Wir mußten glauben, was man uns erklärt hat. Wir konnten keine Dokumente mehr überprüfen", sagte Daume.

Der Stand der Dinge am Montag: Der finnische Eishockey-Verband zog nach Beratungen mit Weltpräsident Dr. Günter Sabetzki seine Liste zurück, auf der zehn Spieler aus vier Ländern als Profis bezeichnet wurden. Doch damit war die hochexplosive Lage keineswegs entschärft. Walther Tröger auf Anfrage: „Der Protest des finnischen Verbandes ist zwar vom Tisch, nicht aber der Protest des Nationalen Olympischen Komitees von Finnland." Es sei auch nicht entscheidend, ob ein offizieller Protest vorliege oder nicht, sagte Tröger. Die Zulassungskommission des IOC sei befugt, auch ohne Kläger Spieler zu sperren.

Fest steht, daß die Teilnahme des Deutschen Udo Kießling nicht mehr gefährdet ist. Die Finnen entschuldigten sich noch am Sonntagabend bei der bundesdeutschen Mannschaftsführung. Sie räumten ein, den Kölner Verteidiger irrtümlicherweise beschuldigt zu haben, Ex-Profi gewesen zu sein. Ebenfalls zurückgezogen wurde die Klage gegen den für Österreich spielenden Kelvin Greenbanck.

Der Präsident des amerikanischen NOK, William Simon, erklärte auf einer Pressekonferenz, daß er auf einen Protest gegen die angeblichen Berufsspieler verzichten werde, weil dies bereits Finnland getan habe. Die USA würden sich in jedem Falle der Entscheidung des IOC-Exekutivkomitees beugen, sagte Simon.

Die Zulassungskommission des IOC unter Vorsitz des deutschen NOK-Präsidenten Willi Daume hatte sich am Montagnachmittag noch mit den Vorwürfen gegen acht Spieler zu beschäftigen: die Kanadier Donald Dietrich, Mark Morrisson, Mario Gosselin und Dan Wood, die Österreicher Richard Cunningham, Gregory Holst sowie die Italiener Jim Corsi und Richard Bragnalo.

Die Entscheidung über die Teilnahmeberechtigung dieser Spieler hätte das IOC-Exekutivkomitee eigentlich spätestens am Montagabend fällen müssen: Um 20 Uhr verstrich die letzte Anmeldefrist. Jedes Team kann maximal zwanzig Spieler benennen. Zu klären war deshalb auch noch, ob Spieler nachnominiert werden dürfen, falls eine Mannschaft durch Disqualifikationen geschwächt wird.

Doch IOC-Direktorin Monique Berlioux deutete auf einer Pressekonferenz mögliche Verzögerungen an. Weitere Details würden IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch und Willi Daume am Dienstag um 14 Uhr bekanntgeben, sagte Madame Berlioux.

Programm und Fernsehen

Am Mittwoch beginnen die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo. Doch bereits einen Tag vor der offiziellen Eröffnung finden die ersten Eishockey-Spiele des olympischen Turniers statt. Dabei kommt es zu folgenden Begegnungen: Gruppe A: Italien – Schweden (17 Uhr), Bundesrepublik Deutschland – Jugoslawien (20 Uhr), Polen – UdSSR (20.30 Uhr), Gruppe B: Österreich – Finnland (13 Uhr), USA – Kanada (13.30), CSSR – Norwegen (16.30 Uhr).

Mit den Live-Übertragungen der Spiele USA gegen Kanada (13.25 Uhr) und Jugoslawien gegen die Bundesrepublik (20 Uhr) beginnt das Deutsche Fernsehen (ARD) seiner Berichterstattung über die sportlichen Wettkämpfe bei den Winterspielen in Sarajevo.

ARD und Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) haben sich wieder auf einen Olympia-Kanal geeinigt, der fast zwei Wochen lang Bilder aus Sarajevo zeigen wird. Insgesamt gibt es bis zu zehn Stunden Wintersport täglich im Fernsehen.

Xaver Unsinn sagt: „Wir sind hier die letzten Heuler"

DW. Sarajevo

Die Eishockeyspieler sind bei Winterspielen immer so etwas wie ein Stimmungsbarometer. Sie sind immer die ersten Wettkämpfer: Ist ihr Einstand gelungen, überträgt sich die gute Stimmung auch auf das gesamte Olympiateam. Heute abend spielt die deutsche Nationalmannschaft gegen *Gastgeber Jugoslawien. Vor vier Jahren* ging der Auftakt in Lake Placid gegen Rumänien gründlich daneben. „Dieses Debakel darf und wird sich nicht wiederholen", meint Bundestrainer Xaver Unsinn in einem Interview.

Frage: 4:6 zum Olympia-Auftakt 1980 gegen Außenseiter Rumänien: Wirkt die Warnung von damals noch vor dem ersten Spiel gegen Gastgeber Jugoslawien?

Unsinn: Auf jeden Fall. Wir müssen aufpassen. Am Anfang dürfen wir möglichst kein Tor erhalten. Schießen brauchen wir nicht gleich eins. Hauptsache, die Jugoslawen kommen nicht ins Rennen. Wir haben Respekt, aber keine Angst.

Frage: Steht die Mannschaft? Wie wird sie aussehen?

Unsinn: Mannschaftsprobleme habe ich nicht. Im Tor steht Karl Friesen. Ich spiele mit sechs Verteidigern und drei Sturmreihen: Steiger–Kühnhackl–Hegen, Truntschka–Höfner–Reindl und Kuhl–Wolf–Roedger. Wir sind stark beieinander, wie man bei uns sagt. Wir dürfen nur in der Abwehr nicht so sorglos spielen und nicht zuviel nach vorne stürmen. Lake Placid war eine Sache der Überheblichkeit und Überschätzung. Wir aber sind vorsichtig.

Frage: Hat der Streit um die Profis bei Olympia die Mannschaft beeinflußt? Auch Kießling und Kühnhackl sind ins Gerede gekommen.

Unsinn: Nein, das läßt uns ganz kalt. Keiner von denen hat je einen Profivertrag in Amerika unterschrieben. *Ich kenne mich da aus. Ich habe* selbst so einen Vertrag zu Hause liegen. Ich weiß, wie das ausschaut. Kießling hat in Minnesota nur mal geguckt. Er hat zwei Spiele auf der Bank gesessen, einmal zwei Minuten gespielt und zwei Minuten auf der Strafbank verbracht.

Frage: Sie hatten am ersten Tag gleich eine heisere Stimme. Vor Ärger wegen des Trainings um Mitternacht?

Unsinn: Wir sind die letzten Heuler hier und haben die miesesten Trainingsbedingungen. Was ich nicht selbst mache, klappt nicht. Ich kam hier in die Halle und sehe das Eis leer, und meine Leute sind seit zwei Tagen ohne Training. Das gibt es doch gar nicht. Auf dem Eis war eine ältere Kunstlauf-Oma drauf. Die habe ich *zum Kaffeetrinken geschickt, damit* meine Leute endlich bis Mitternacht aufs Eis kamen. Unglaublich.

Frage: Das wichtigste Gruppenspiel ist vermutlich das gegen die Schweden. Ist diesmal etwas drin?

Unsinn: Die Schweden, immer wieder die Schweden. Aber jetzt interessiert mich nur das Spiel gegen die Jugoslawen und sonst gar nichts mehr, nur dieses Spiel.

Nur Borrmann und Schockemöhle überzeugt: Keine Goldmedaille für das deutsche Team

GERD HOLZBACH, Sarajevo

Die deutschen Olympia-Hoffnungen für Los Angeles haben wenige Tage vor Beginn der Winterspiele in Sarajevo einen heißen Gold-Tip. „Peter Angerer ist unsere größte Hoffnung", sind sich die Weltmeister Michael Groß (Schwimmen) und Peter Michael Kolbe (Rudern) mit Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen einig. Nur zwei von zehn deutschen Medaillenanwärtern bei den Sommerspielen in Los Angeles glauben, daß es ebenso wie 1980 in Lake Placid keine Goldmedaille für die Mannschaft aus der Bundesrepublik geben wird: Degen-Weltmeister Elmar Borrmann und Springreiter-Europameister Paul Schockemöhle.

Hochsprung-Europameisterin Ulrike Meyfarth drückt vor allem Irene Epple die Daumen, und auch fast alle anderen haben die Olympiazweite im Riesen-Slalom von 1980 auf ihrer Rechnung. Doch ansonsten bilden Biathleten und Eiskunstläufer die Medaillenbänke der deutschen Los-Angeles-Kandidaten, deren Medaillenerwartung sich zwischen vier (Fechterin Cornelia Hanisch) und sechs (Groß) bewegt. Peter Hussing, Ex-Europameister der Amateurboxer, glaubt ebenso wie der Kölner Rad-Weltmeister von 1982, Fredy Schmidtke, an eine mögliche Eishockey-Medaille. Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg traut Skilangläufer Jochen Behle, mit dem er schon gemeinsam einen Berglauf am Chiemsee bestritt, eine Überraschung zu.

Die klarsten Vorstellungen hat Fecht-Weltmeister Elmar Borrmann: „Norbert Schramm wird im Eiskunstlaufen Dritter vor Rudi Cerne, Claudia Leistner holt Bronze. Irene Epple tippe ich auf Silber im Riesenslalom, Angerer holt ebenso wie die Staffel eine Biathlon-Medaille. Gold gibt es nicht, denn die Leistungen unserer Sportler waren insgesamt wenig stabil."

Ulrike Meyfarth traut sogar der Eisschnelläuferin Monika Holzner-Pflug eine Überraschung zu, und Paul Schockemöhle tippt auf eine ebensolche im Abfahrtslauf der Damen durch die Münchner Junioren-Weltmeisterin Marina Kiehl.

Viermal Gold nach Dresden?

Eine Eisschnelläuferin aus Dresden trägt die Hoffnungen ihrer Mannschaft, die erfolgreichste deutsche Wintersportlerin aller Zeiten zu werden: Karin Enke. Die Olympiasiegerin über 500 m vor vier Jahren in Lake Placid, fünfmalige Weltmeisterin, kann ebenso wie die Sowjetrussin Lidija Skoblikowa 1964 in Innsbruck vier Goldmedaillen gewinnen.

Am 14. Februar werden die „DDR"-Trainer entscheiden, ob Karin Enke nach den Sternen greifen darf. Wenn die vielseitigste Eisschnelläuferin aller Zeiten dann schon dreimal Gold hat und immer noch in Form ist, wird sie ihr Glück obendrein über 3000 Meter versuchen.

Mutiger Ägypter auf der Abfahrt

Er ist so schmal, daß er unter der Dusche von Strahl zu Strahl springen könnte, um einen Tropfen zu erwischen. Aber mutig ist er. Er heißt Jamil El Reedz, kommt aus Ägypten, wo es nicht einmal einen Ski-Verband gibt, und will die Ski-Abfahrt in Sarajevo wagen. Er dachte, er werde an Ort und Stelle eingekleidet. So wurde ihm eine pinkfarbene Kluft verpaßt, die normalerweise beim Slalom getragen wird. Die Schuhe sind drei Nummern zu groß.

Daß ein Rennen gegen die Uhr in einem Lauf entschieden wird, wußte er auch noch nicht. Aber Olympia schenkt ihm einen Start, wo er sonst eine Eintrittskarte kaufen müßte.

Das Mädchen mit dem Feuer

Wenn das Mädchen mit der Akkreditierungs-Nummer F 23640 am Mittwoch im Fußball-Stadion Kosevo die 94 Stufen einer stilisierten Sprungschanze erklimmt, um Punkte 15.28 Uhr das olympische Feuer zu entzünden, sind via Television rund zwei Milliarden Menschen dabei. Sandra Dubravicic, das Mädchen mit der Akkreditierungsnummer F 23640, sagt dazu: „Ich bin die erste Jugoslawin und die 14. Person überhaupt, die das Feuer bei Winterspielen entfachen darf." Ausgewählt für diese Zeremonie wurde sie, weil sie als Wintersportlerin ihres Landes bei internationalen Meisterschaften eine Medaille gewonnen hat: EM-Silber 1981 in Innsbruck.

Olympia-Splitter

Bob: Der Test mit dem neuen deutschen Zweierbob ist gestern vormittag abgebrochen worden. Klaus Kopp und Gerhard Oechsle aus Unterhaching sind mit dem Plagiat des *extrem schmalen* sowjetischen Schlittens nicht zurechtgekommen. „Das Risiko ist einfach zu groß", sagte Sportwart Dr. Siegfried Radant. Kopp, Vize-Weltmeister im Viererbob, ist für den Zweier-Schlitten Ersatzmann.

Verlängert: Olympische Winterspiele werden künftig genau so lang sein wie Sommerspiele. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) beschloß gestern, die Dauer der Winterspiele von zwölf auf 16 Tage zu verlängern.

Damen-Abfahrt: Die Schweizerin Michaela Figini war beim zweiten Abfahrts-Training am schnellsten. Beste Deutsche war Irene Epple als Sechste, Zehnte wurde Regina Mösenlechner. Die Münchnerin Marina Kiehl schied aus.

Parties: Die amerikanische Familie Vanderbilt-Whitney setzt auch in Sarajevo die Tradition ihrer sogenannten Olympia-Parties fort. Auf etwa 5000 Dollar belaufen sich die Kosten für ein Fest, das die Vanderbilts für 400 leitende Persönlichkeiten der olympischen Bewegung geben werden. Party-Ort ist die Festhalle des Regierungsgebäudes von Sarajevo.

Fahnenträger: Frank Ullrich trägt morgen bei der Eröffnungsfeier die Fahne der „DDR"-Mannschaft. Ullrich ist der erfolgreichste Biathlon-Sportler der letzten fünf Jahre.

Panne: Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) hat vergessen, den Assistenten des Bundestrainers, Ladislaw Olejnik (Mannheim), und Schiedsrichter-Obmann Georg Zeller zu akkreditieren. Olejnik will noch einige Tage warten und dann abreisen: „Ich versäume in *Mannheim* wichtiges Training, habe noch keine Karte, ein unmögliches Quartier und stehe da wie ein Ochse."

Schwierigkeiten: Eine Entscheidung über die Akkreditierung der in München stationierten amerikanischen Sender Radio Free Europe/Radio Liberty ist noch nicht gefallen. Das NOK der UdSSR hat gegen die Akkreditierung der Sender protestiert.

Kameramann: Im Auftrag der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC springt der Amerikaner Walter Malmquist mit neben den Bindungen montierten Kameras von der Sprungschanze am Berg Igman. Eine dritte Kamera ist am Helm befestigt. 1980 in Lake Placid war Malmquist Zwölfter der Nordischen Kombination.

Arbeitsplatz: Wolfgang Zimmerer, Deutschlands erfolgreichster Bobfahrer aller Zeiten und seit acht Jahren Bundestrainer, steht unter Druck. Fahren seine Piloten in Sarajevo hinterher, droht ihm womöglich die Entlassung. Verbandsfunktionäre werfen ihm hinter vorgehaltener Hand vor, er könne seine Kenntnisse als Trainer nicht umsetzen.

Rodeln: Johannes Schettel (Bigge-Olsberg) war beim Rodel-Training Zweitschnellster hinter dem italienischen Europameister Hildgartner. Die Berchtesgadenerin Andrea Hatle schob sich sogar zwischen die drei „DDR"-Fahrerinnen und war damit Zweite.

NACHRICHTEN

Galopp: Burkatzky geht

Köln (kgö) – Beim Galopperverband in Köln scheidet in Kürze der stellvertretende Generalsekretär Hans-Heinrich Burkatzky (42) aus. Ein entsprechender Vertrag soll heute unterschrieben werden. Er übernimmt die Leitung des Gestütes Pliesmühle in Bergheim, das seiner Ehefrau Gelia und Schwiegervater Hein Bollow gehört.

Ovationen für Schuster

Barcelona (dpa) – Beide Tore beim 2:0-Sieg des FC Barcelona in der spanischen Fußballmeisterschaft über Real Murcia erzielte der deutsche Nationalspieler Bernd Schuster. Das spanische Publikum feierte ihn mit Ovationen.

Lattek verlängert

München (sid) – Udo Lattek, Trainer des Fußball-Bundesligaklubs FC Bayern München, wird am Donnerstag seinen Vertrag um zwei Jahre verlängern.

Sieg für Porsche

Daytona Beach (sid) – Die Südafrikaner van der Merve/Duxbury/Martin gewannen auf einem privaten Porsche-March das 24-Stunden-Rennen von Daytona Beach im US-Bundesstaat Kalifornien. Zweite wurden der deutsche Meister Bob Wollek/A. J. Foyt (USA) und Derek Bell (England) auf Porsche 935.

Polnischer Fecht-Erfolg

Budapest (sid) – Der Pole Dariusz Wodke gewann in Budapest das zweite Weltcup-Turnier der Säbelfechter.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Herren: TuRa Bergkamen – TSV GW Dankersen 16:18 (7:8)

Verein	Sp.	S	U	N	Tore	Punkte
Großwallstadt	15	13	1	1	318:257	27:3
Schwabing	17	11	2	4	353:329	24:10
Göppingen	15	10	0	5	345:327	20:10
Gummersbach	15	9	1	5	286:247	19:11
Essen	14	8	2	4	254:211	18:10
Reinickendorf	15	8	2	5	308:304	18:12
Kiel	15	7	2	6	290:280	16:14
Hofweier	16	7	1	8	337:323	15:17
Hüttenberg	16	6	2	8	343:358	14:18
Dankersen	16	6	1	9	284:288	13:19
Lemgo	15	4	1	10	278:318	9:21
Bergkamen	16	4	1	11	296:327	9:23
Nürnberg	16	4	0	12	287:341	8:24
Günzburg	17	3	2	12	351:410	8:26

TISCHTENNIS

Europäisches Ranglisten-Klassifikationsturnier „Top 12" in Preßburg/CSSR, Herren, Endstand: 1. Waldner (Schweden) neun Siege/zwei Niederlagen, 2. Pansky (CSSR), 3. Appelgren (Schweden) beide acht/drei, 4. Grubba (Polen) sieben/vier, 5. Lindh (Schweden) sechs/fünf, 6. Orlowski (CSSR), 7. Kalinic, 8. Secretin (Frankreich), 9. Surbek (Jugoslawien) alle fünf/sechs, 10. Carlsson (Schweden), 11. Jonyer (Ungarn) beide drei/acht, 12. Prean (Großbritannien) zwei/neun.

Damen, Endstand: 1. Hrachova (CSSR) neun Siege/zwei Niederlagen, 2. Vriesekoop (Niederlande), 3. Popowa (UdSSR), 4. Olah (Ungarn) alle acht/drei, 5. Bulatow (UdSSR), 6. Urban (Ungarn), 7. Batinic (Jugoslawien! alle sechs/fünf, 8. Lindblad (Schweden) fünf/sechs, 9. Szabo (Ungarn), 10. Krüger (Deutschland) beide vier/sieben.

EISHOCKEY

Deutscher Pokal: Gruppe 1: ECD Iserlohn – Düsseldorfer EG 8:4 (2:1, 5:2, 1:1); **Gruppe 2:** ERC Freiburg – ERC Mannheim 3:6 (1:1, 1:3, 1:2); **Gruppe 3:** SC Rießersee – EV Landshut 4:4 (2:2, 1:1, 1:1), ESV Kaufbeuren – SB Rosenheim 4:9 (1:5, 2:1, 1:3).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 8, 18, 25, 31, 43, Zusatzspiel: 11. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Heute Nachholspiel Köln-Düsseldorf

Hat Madrid fünf Millionen Mark für Littbarski geboten?

sid, Köln

Rudi Bommer von Fortuna Düsseldorf wurde als siebter Neuling von Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall für das Trainingslager in Bulgarien (13.–19. Februar) mit dem Länderspiel am 15. Februar in Varna nachnominiert. Derwall: „Bommer hat sich durch wirklich gute Leistungen förmlich aufgedrängt. Jetzt muß er zeigen, inwieweit er das in der Nationalmannschaft umsetzen kann."

Schon heute hat Bommer Gelegenheit, die Reihe seiner glanzvollen Spiele fortzusetzen, denn die Düsseldorfer müssen ihr Nachholspiel vom 19. Spieltag im Müngersdorfer Stadion gegen den 1. FC Köln austragen. Die Düsseldorfer rechnen mit 15 000 Fans im Kölner Stadion, die ihre Mannschaft unterstützen werden.

Wie in Köln bekannt wurde, soll der sechsmalige Europapokalsieger Real Madrid Interesse an der Verpflichtung des Nationalspielers Pierre Littbarski haben. Über einen Mittelsmann soll eine Ablösesumme von fünf Millionen Mark in Aussicht gestellt worden sein. Dazu Rüdiger Schmitz, Berater von Littbarski: „Von offizieller Seite ist noch niemand an mich herangetreten, deshalb sehe ich der Sache gelassen entgegen. Zudem ist Littbarski noch bis zum 30. Juni 1986 an den 1. FC Köln gebunden." Das Kölner Präsidium hatte erst unlängst angekündigt, den kleinen Außenstürmer unter allen Umständen zu halten.

Aus der spanischen Hauptstadt wurde bekannt, daß Real Madrid an einen Tausch Littbarskis gegen den holländischen National-Libero Jonny Metgod denkt. Zusätzlich soll der 1. FC Köln eine Ablösesumme in Millionenhöhe erhalten. Metgod ist neben dem früheren Mönchengladbacher Uli Stielike der zweite Ausländer bei Real Madrid.

BOB

Zustand von Sperr ist sehr kritisch

dpa, Cervinia

Der Zustand von Michael Sperr (SC Rießersee), der am Sonntag bei der Zweierbob-Europameisterschaft der Junioren in Cervinia (Italien) schwer verunglückte, ist kritisch. Wie Mannschaftsbetreuer Jockel Resch erklärte, wurde dem jungen Bobfahrer nach Auskünften der Ärzte in der Turiner Klinik auf der linken Seite des Schädels das Gehirn eingedrückt. Bis jetzt hat der 21jährige, der sich außerdem einen Jochbein- und Unterkieferbruch zuzog, das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Die Ärzte befürchten ein Blutgerinnsel.

Sperr, der Titelverteidiger, lenkte seinen Bob zu spät aus der dritten Kurve des Labyrinths und kippte um. Sein Helm wurde in zwei Teile gepalten, ohne Kopfschutz rutschte Sperr 300 Meter weit bis ins Ziel. Bremser Klaus Schmuck erlitt hingegen nur einen Schock.

STANDPUNKT

Neuer Versuch

Es ist schon verrückt, was sich die Engländer alles einfallen lassen müssen, um ihre berüchtigten Fans ruhigzustellen. Am 29. Februar will England in Paris ein Freundschaftsspiel gegen Frankreich austragen – eine Gelegenheit, die englische Fans wieder einmal zu exzessiven Ausschreitungen nutzen könnten.

Nun soll das Spiel aber live im Fernsehen übertragen werden, um die Fans von der Reise abzuhalten. Um Fußball war es denen jedoch noch nie gegangen. Die meisten sind auf ihren Trips zum Kontinent so alkoholisiert, daß sie erst Tage später merken, daß sie drei Tage unterwegs waren. Der Fußball ist dabei nur Nebensache – raufen und saufen, nur das ist gefragt. Es ist gut, daß sich verantwortliche Männer in London immer noch Gedanken machen, dieser Rowdies Herr zu werden. Ein Erfolg durch die Live-Übertragung wäre wünschenswert. DW.

Der WELT-Kalender für die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo

DIENSTAG, 7. FEBRUAR

PROGRAMM

13.00 Uhr: Eishockey: Österreich – Finnland
13.30 Uhr: USA – Kanada
16.30 Uhr: CSSR – Norwegen
17.00 Uhr: Italien – Schweden
20.00 Uhr: Deutschland – Jugoslawien
20.30 Uhr: Polen – UdSSR

I FERNSEHEN

13.25–16.00 Uhr: **Eishockey: USA – Kanada (live)**
20.00–22.30 Uhr: **Deutschl. – Jugoslawien (live)**

Eishockey-Turnier Favorit: Sowjetunion



Wunder wiederholen sich selten. Vor vier Jahren in Lake Placid haben die Eishockeyspieler der USA Weltmeister UdSSR besiegt (4:3) und Gold gewonnen. Als die entscheidenden Tore der Amerikaner fielen, stand bei den Sowjets ein Mann namens Mischkin im Tor, Wladislaw Tratjak (Foto) saß auf der Bank und war wütend. Er, inzwischen 34 Jahre alt, ist immer noch nicht zu ersetzen. In Sarajevo wird in drei Zweier-Gruppen gespielt, die beiden ersten jeder Gruppe ermitteln dann in Überkreuzspielen den Olympiasieger. Gruppe A: UdSSR, Schweden, Deutschland, Italien, Polen, Jugoslawien. Gruppe B: CSSR, Kanada, USA, Finnland, Österreich, Norwegen. Das deutsche Team muß also schon Schweden besiegen, um sich Hoffnungen zu machen, die Runde der letzten vier zu erreichen.

MITTWOCH, 8. FEBRUAR

PROGRAMM

14.30 Uhr: Eröffnungsfeier

II FERNSEHEN

14.25–16.00 Uhr: **Eröffnungsfeier (live).**
20.15–21.00 Uhr: **Olympia-Studio**

So war es 1980 in Lake Placid . . .

Eröffnungsfeier der XIV. Winterspiele. Solche Zeremonien sind immer eine Mischung aus überliefertem olympischen Ritual und Folklore des Gastgeberlandes. Immer noch spricht einer stellvertretend für alle das, was früher „Eid", heute „olympische Verpflichtung" heißt. Bojan Krizaj (23), Sportstudent aus dem slovenischen Ort Trzich, hat das Ehrenamt übertragen bekommen. Er hat heute die Formel zu sprechen: „Im Namen aller Teilnehmer verspreche ich, daß wir uns bei den Olympischen Spielen als loyale Wettkämpfer erweisen, die Regeln achten und teilnehmen im ritterlichen Geist zum Ruhme des Sports uns zur Ehre unserer Mannschaften." Vor vier Jahren, in Lake Placid, stellte die Sowjetunion die meisten Olympiasieger (10), vor der „DDR" (9) und den USA (6). Die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland ging bei der Verteilung der Goldmedaillen leer aus. Es gab lediglich zweimal Silber (Christa Kinshofer und Maria Epple) und dreimal Bronze (Dagmar Lurz, Anton Winkler im Rodeln und die Biathlon-Staffel).

Superstar Eric Heiden



Er war der Superstar der Spiele von 1980: Eric Heiden aus den USA, der in der Heimat alle fünf Disziplinen des Eisschnellaufs gewann (siehe gegenüberliegende Seite).

DONNERSTAG, 9. FEBRUAR

PROGRAMM

9.00 Uhr: Skilanglauf: 10 km Damen
9.30 Uhr: Eisschnellauf: 1500 m, Damen
12.00 Uhr: Ski alpin: Abfahrt, Herren
13.00 Uhr: Eishockey: Polen – Deutschland
13.30 Uhr: Eishockey: UdSSR – Italien
14.00 Uhr: Rodeln: Damen/Herren, 1. Lauf
16.30 Uhr: Eishockey: Finnland – Norwegen
17.00 Uhr: Eishockey: Kanada – Österreich
20.00 Uhr: Eishockey: Schweden – Jugoslawien
20.30 Uhr: Eishockey: CSSR – USA

I FERNSEHEN

8.50–11.30 Uhr: **Skilanglauf: 10 km Damen (live) und Eisschnellauf: 1500 m, Damen (live)**
11.30–11.50 Uhr: **Olympia-Studio**
11.50–14.00 Uhr: **Abfahrtslauf, Herren (live).**
14.00–15.20 Uhr: **Eishockey, Gruppe A: Polen – Deutschland (live).**
19.30–20.15 Uhr: **Olympiastudio Berichte vom Tage mit Rodeln 1. Lauf (Damen/Herren).**
23.05–0.15 Uhr: **Eishockey: Zusammenfassung von den Spielen** Polen – Deutschland, UdSSR – Italien, CSSR – USA.

Favorit des Tages: Urs Räber (Schweiz)

„Ich werd' mich damit nicht belasten." Das sagte der Schweizer Abfahrtsläufer Urs Räber (Foto) Anfang Januar auf die Frage, ob er sich als Olympia-Favorit für Sarajevo sehe. Der 25jährige Hotelierssohn aus dem Dorf Wilderswil im Berner Oberland avancierte in diesem Winter – trotz Franz Klammer – zum Superstar seiner Zunft. Er gewann die schweren Rennen in Gröden und in Laax und führte damit die neue Weltrangliste an. Warum er diese Erfolge hat? Räber, ein ehemaliger Turner, besann sich im Sommer vergangenen Jahres auf das autogene Training, um danach festzustellen: „In den letzten Jahren hatte ich zwar die Konstanz aber nicht den Glauben an den Sieg." Der Mann arbeitet, fährt Rennen – und schweigt. Die Service-Techniker seiner Ski-Firma bringt das mitunter in Verlegenheit. Denn von Räber bekommen sie kaum Tips, weder nach Siegen, noch nach Niederlagen. Räber sagte nur einmal in Laax: „Mit welchem Ski ich gerade gefahren bin, interessiert mich nicht." Trainer Karl Frehsner schätzt Räber besonders. Er sagt über ihn: „Räber ist ein harter Arbeiter, und er hat keinerlei Anlagen zum Starrummel. Seine Gedanken sind so präzise wie seine Rennen."

DIE TEAMS VON ARD UND ZDF



Olympia-Programmchef der ARD: Eberhard Stanjek aus München.



Star des ZDF-Teams, Experte für den alpinen Sport: Harry Valérien.

Fernsehspiele mit 117 Kameras

Bruno Moravetz vom ZDF ist 1980 durch seine erregte Frage „Wo ist Behle?" berühmt geworden. Er, Spezialist für den nordischen Skisport, ist wieder dabei. Und Behle wird er in Sarajevo nicht suchen müssen. 117 Kameras sorgen dafür, daß von allen Wettkampfstätten original berichtet werden kann. ARD und ZDF wechseln sich in der Übertragung wieder ab. Mit täglich fast zehn Stunden Berichterstattung, meist ab 8.50 Uhr. Lediglich bei der Pflicht der Eiskunstläufer stehen keine Kameras.

Das Team der ARD:

Teamchef: Wolf Feller. Programmchef: Eberhard Stanjek. Redakteure, Moderatoren, Reporter: Johann Holzhauser, Fritz von Thurn und Taxis, Jochen Sprentzel, Herbert Watterott, Hans Joachim Rauschenbach, Fritz Klein, Gerd Mehl. Heimatredaktion: Manfred Vorderwülbecke (Leitung), Klaus Schwarze, Werner Zimmer (Moderatoren).

Das Team des ZDF:

Teamchef: Reinhard Appel. Programmchef: Uly Woters. Redakteure, Reporter, Moderatoren: Klaus Angermann, Armin Basche, Klaus Bokelberg, Eberhard Figgemeier, Dagmar Högerova, Bruno Moravetz, Hans Nusser, Günter-Peter Ploog, Thomas Rümmele, Werner Schneider, Karl Senne, Hans-Jürgen Usko, Harry Valérien. Heimatredaktion: Klaus Meinicke (Leitung), Magdalena Müller, Rolf Kramer, Oskar Wark (Moderatoren).

Olympischer Winter-Wettkampf um Material und Marktanteile
Realistischer Tip: Sechs Medaillen für die Bundesrepublik

Von KLAUS BLUME

Die enge Verbindung zwischen Sport und Geschäft: Nirgendwo wird sie so augenfällig wie bei Olympischen Winterspielen. Wenn die Ski-Hersteller in den zu Bars umfunktionierten Ladenlokalen ihre PR-Messen zelebrieren, dann geht es um Medaillen und Marktvorteile und umsonst gar nichts. Einst weigerte sich der verstorbene amerikanische IOC-Präsident Avery Brundage aus eben diesen Gründen, dem Sieger des Abfahrtslaufes die Hand zu schütteln. Sein Nachfolger, der inzwischen zurückgetretene irische Lord Killanin, scheute sich vor dieser Prozedur 1976 in Innsbruck nicht, als er den österreichischen Olympiasieger Franz Klammer beglückwünschte.

Der Amateur Franz Klammer gehört auch in Sarajevo wieder zu den großen Favoriten, und niemand im IOC denkt daran, ihn auszuschließen, wenngleich der Kärntner mindestens eine halbe Million Mark an Handgeldern für seine diversen Skimarken-Wechsel kassiert haben soll.

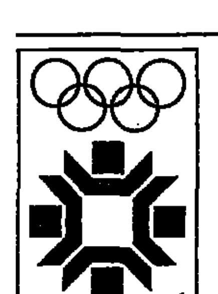
Olympische Winterspiele – das heißt Höchstleistung, abhängig auch vom Material, das später die Freizeitsportler kaufen sollen. Wolfgang Nußbaumer, der Geschäftsführer der österreichischen Ski-Firma Kästle, erklärt das so: „Der Abfahrtslauf in Sarajevo lockt sicher viele Neugierige auf Skier – aber die orientieren sich noch nicht an einer Marke. Für diejenigen, die zwei oder drei Jahre bereits fahren, wird dann ein Siegerski interessant. Aber eben nur der Ski, der tatsächlich erfolgreich war. Die Gruppe der erfahrenen Skiläufer orientiert sich dagegen kaum an Abfahrtssiegern, die schaut mehr auf Slalom- und Riesenslalomerfolge, weil das praxisnäher ist."

Das heißt: Medaillen der Kästle-Vertragspartnerin Irene Epple werden auch ganz handfeste Verkaufsargumente sein.

Übrigens Medaillen: Optimisten in der deutschen Mannschaft rechnen mit zehn Medaillen. Im Biathlon könnte es durch Weltcup-Sieger Peter Angerer, Fritz Fischer und die 4 x 7,5-Kilometer-Staffel gleich drei Medaillen geben. Im Eiskunstlauf haben bei den Herren Norbert Schramm und Rudi Cerne sowie bei den Damen Claudia Leistner Medaillenchancen. Im alpinen Rennsport ist wohl nur die Allgäuerin Irene Epple in der Lage, im Abfahrtslauf und im Riesenslalom auf das Siegerpodest zu gelangen. Bei den Nordischen Skisportlern gehört der Freiburger Student Thomas Müller zu den Medaillenkandidaten in der Nordischen Kombination. Und bei den Rennrodlern traut man dem Doppelsitzer mit Hans Stangassinger und Franz Wembacher einen Platz unter den ersten drei zu.

Realistischer wären freilich eher sechs Medaillen: Zwei im Biathlon (Angerer und die Staffel), zwei im Eiskunstlauf (Schramm und Leistner), eine für Irene Epple und eine für das Rodler-Paar. Möglich, daß da noch nicht einmal Gold dabei ist.

Anders herum: Es kann auch für die deutsche Mannschaft die eine oder andere Überraschung geben. Zum Beispiel im Skilanglauf durch Jochen Behle oder in der Damen-Abfahrt durch die junge Münchnerin Marina Kiehl.



● Wo ist der größte deutsche Skiklub zu Hause? Nein, nicht in München oder seiner südlichen Umgebung, in Hamburg. Er hat 2200 Mitglieder. 7,5 Millionen aktive alpine Skiläufer gibt es in der Bundesrepublik. Wintersport – das heißt Urlaub und Freizeit. Olympische Winterspiele – das heißt Höchstleistung, abhängig auch vom Material, das die Freizeitsportler kaufen sollen. Deshalb die enge Verbindung zwischen Sport und Geschäft im Winter. Halten dabei die Athleten aus der Bundesrepublik besser mit als vor vier Jahren? Optimisten rechnen für Sarajevo mit zehn Medaillen . . .

Was einst deutsche Medaillen-Tradition war, das Bobfahren, eignet sich in Sarajevo nicht für allzu hoffnungsvolle Tips. Die Abhängigkeit vom Material hat in diesem Sport mittlerweile zu einer Kostenschraube geführt, die in keinem Verhältnis zur möglichen Medaillen-Ausbeute mehr steht. Schon 1980 sollen mehr als 500 000 Mark in die Entwicklung und Konstruktion des seinerzeit kaum brauchbaren Opel-Schlittens gesteckt worden sein.

Dennoch: Auch aus deutscher Sicht sind die Olympischen Winterspiele in Sarajevo ein Millionenspiel. Die finanziellen Aufwendungen für den Wintersport innerhalb der Jahresplanung 1984 der Spitzenverbände betragen fast exakt vier Millionen Mark, einhunderttausend Mark mehr als im vorolympischen Jahr 1983. 3,8 Millionen Mark sind dabei für die olympischen Sportarten vorgesehen. 730 000 steuern die Wintersportverbände selbst als Eigenmittel bei.

Von dieser jährlichen Summe von rund vier bis 4,5 Millionen Mark darf man etwa zwei Drittel für den olympischen Sektor und all seine Maßnahmen (einschließlich Wettkämpfe) ansetzen. Der Rest betrifft die Nachwuchsschulung und sonstige Maßnahmen. Nicht einbezogen sind die Entsendungskosten für die deutsche Sarajevo-Mannschaft, die zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Mark liegen dürften.

Ein Millionenspiel um mögliche zehn Medaillen, von denen die Münchner Eisschnelläuferin Monika Holzner-Pflug (29) aber diesmal wohl keine gewinnen dürfte. Aber auch sie ist eine Siegerin. 1972 gewann sie in Sapporo Gold über 1000 m. Jetzt nimmt sie zum vierten Mal an Olympischen Winterspielen teil, das ist auch ein Weltrekord im Eisschnellauf.

Mit 18 Jahren ist die Eiskunstläuferin Claudia Massari vom SC Rießersee die jüngste Teilnehmerin im deutschen Olympiateam. Gemeinsam mit dem Stuttgarter Leonardo Azzola startet die Schülerin im Paarlauf. Siebente bei den letzten Europameisterschaften in Budapest ist das deutsche Paar geworden, doch an die großen deutschen Paarlauf-Erfolge können sie noch nicht anknüpfen.

So verschieben sich gerade im Wintersport Traditionen. Eine Tatsache, die bedauern mag, wer will. Auch wissenschaftlicher Einsatz, die Forschung nach dem optimalen Material und danach, im Training für den Athleten „geographische Standort-Nachteile" auszugleichen, hat den Olympischen Winterspielen neue Dimensionen erschlossen. Vor 60 Jahren, bei den ersten Spielen in Chamonix, starteten 294 Athleten aus 16 Nationen. In Sarajevo werden es 1600 Starter aus 49 Nationen sein – sogar Marokko entsendet Teilnehmer. Noch ist Norwegen, ein traditionelles Land des Wintersports, mit 156 Medaillen seit 1924 erfolgreichste Nation. Doch in der Zahl der Goldmedaillen (52) wurde es bereits von der Sowjetunion (61) übertroffen . . .

SONNTAG, 19. FEBRUAR

PROGRAMM

8.00 Uhr: Ski-Langlauf: 50 km, Herren
10.30 Uhr: Ski-Alpin: Slalom, Herren
13.30 Uhr: Eishockey: A 2 – B 2
17.00 Uhr: Eishockey: A 1 – B 1
18.00 Uhr: Eiskunstlauf: Schaulaufen
20.00 Uhr: Schlußfeier

I FERNSEHEN

7.50–16.00 Uhr: **Skilanglauf: 50 km Herren (live), Eishockey: 2. Gruppe A – 2. Gruppe B (live), Slalom Herren, Eishockey: 1. Gruppe A – 1. Gruppe B (live).**
17.15–18.00 Uhr: **XIV. Olympische Winterspiele – Ein Rückblick.**
18.00–19.40 Uhr: **Eiskunstlauf: Schaulaufen (live).**
19.55–21.00 Uhr: **Schlußfeier der XIV. Olympischen Winterspiele (live).**

Favorit des Tages: Bojan Krizaj

„Für Bojan Krizaj", sagt ein Sprecher der jugoslawischen Ski-Firma Elan, „gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder gewinnt er im Slalom die Goldmedaille, oder er fliegt raus." Der Mann faßt damit nur zusammen, was die jugoslawische Öffentlichkeit von dem 26 Jahre alten Nordslowenen erwartet. Denn Krizaj (Foto), daheim populärer als Fußball-Stars und Tischtennis-Cracks, gehört seit Jahren zu den besten Ski-Rennläufern der Welt. In Sarajevo hat er Heimvorteil, und außerdem ist sein Markengefährte, der Schwede Ingemar Stenmark, diesmal nicht dabei. Gold für Krizaj – damit würde auch eine Vorbild-Funktion erfüllt, denn Krizaj, das ist in Jugoslawien fast ein Synonym für Skilaufen. Er selbst sagt: „Ich habe noch längst nicht den Höhepunkt meiner Karriere erreicht."

SAMSTAG, 18. FEBRUAR

PROGRAMM

9.00 Uhr: Ski-Langlauf: 20 km, Damen
9.00 Uhr: Eisschnellauf: 10 000 m, Herren
12.30 Uhr: Skispringen: 90-m-Schanze
13.30 Uhr: Bob: 3. und 4. Lauf Viererbob (Entscheidung)
19.00 Uhr: Eiskunstlauf: Kür, Damen

I FERNSEHEN

18.05–19.00 Uhr: **Die Sportschau mit Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage, Reportagen und Interviews.**



II FERNSEHEN

8.50–16.00 Uhr: **Skilanglauf: 20 km, Damen (live), Eisschnellauf: 10 000 m, Herren (live), Skispringen: 90-m-Schanze (live), Viererbob: 3. und 4. Lauf (live).**
19.30–20.15 Uhr: **Olympiastudio, Bericht vom Tage mit Reportagen und Interviews.**
21.50–23.30 Uhr: **Das aktuelle Sport-Studio mit Eiskunstlauf: Kür der Damen**



Favorit des Tages: Jens Weissflog

Er blamierte die Weltspitze bei der internationalen Vierschanzentournee – den Finnen Matti Nykänen, den Kanadier Horst Bulau, die Norweger. 19 Jahre alt ist das Ausnahmetalent aus dem Erzgebirge, 1,68 m groß und nur 50 kg schwer. Als Jens Weissflog (Foto) nach seinen Erfolgen in diesem Winter ankündigte, er beabsichtige nun auch Olympiasieger zu werden, nahmen es die Konkurrenten erstaunt und kopfschüttelnd auf: Na ja, wer denn sonst? Weissflog ist Elektroinstallateur von Beruf, doch seine weiten Flüge werden ihn in der „DDR" auch auf anderen Karriereleitern nach oben verhelfen. Weissflog will Sport studieren, um Sprungtrainer zu werden. Der Sport ist für ihn Mittel zum Zweck, das weiß er. Das nimmt er ebenso in Kauf wie die Bevormundungen in seiner Mannschaft. Wenn er Interviews gibt, teilt er Banalitäten mit, wenn er springt, setzt er Maßstäbe.

FREITAG, 17. FEBRUAR

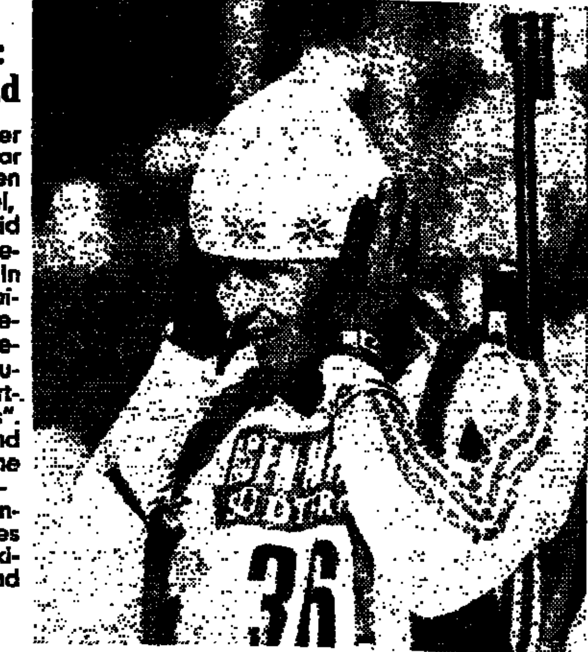
PROGRAMM

9.00 Uhr: Biathlon: 4×7,5-km-Staffel
11.30 Uhr: Ski alpin: Slalom, Damen
13.30 Uhr: Bob: 1. und 2. Lauf Viererbob
16.30 Uhr: Eishockey: A 4 – B 4
17.00 Uhr: Eishockey: B 1 – A 2
20.00 Uhr: Eishockey: A 3 – B 3
20.30 Uhr: Eishockey: B 2 – A 1

II FERNSEHEN

8.50–16.00 Uhr: **Biathlon: 4×7,5-km-Staffel (live), Slalom: 1. Lauf, Damen (live), Slalom: 2. Lauf, Damen (live), Viererbob: 1. und 2. Lauf.**
20.30 Uhr: **Olympia-Studio, Berichte vom Tage mit Reportagen und Interviews und Eishockey, 1. Spieltag Finalrunde.**

Favorit des Tages: Deutschland



Peter Angerer (Foto) ist der Star der deutschen Biathlon-Staffel, die in Lake Placid die Bronzemedaille gewann. In der vorigen Saison wurde Angerer Weltcup-Sieger und hierzulande „Ski-Sportler des Jahres". Inzwischen sind er und seine Staffelkameraden das Aushängeschild des Deutschen Ski-Verbandes – und Favoriten.

Der WELT-Kalender für die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo

FREITAG, 10. FEBRUAR

PROGRAMM

- **9.00 Uhr:** Skilanglauf: 30 km, Herren
- **9.00 Uhr:** Schlitten: Damen/Herren, 2. Lauf
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: Damen/Herren, 500 m
- **13.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Eistanz, Pflichttänze
- **13.30 Uhr:** Zweierbob: 1. und 2. Lauf
- **20.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Paare

I FERNSEHEN

9.50–12.00 Uhr: **30-km-Skilanglauf, Herren (live). Rennrodeln: 2. Lauf Damen (live). Eisschnellauf: 500 m Damen (live). Eisschnellauf: 500 m Herren (live).**
13.20–16.00 Uhr: **Zweierbob: 1. und 2. Lauf (live).**
19.00–19.50 Uhr: **Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage mit Reportagen und Interviews.**
22.00–23.00 Uhr: **Eiskunstlauf: Kurzprogramm der Paare (live).**

Favoritin des Tages: Karin Enke



Das ist das Erstaunlichste an der 24jährigen Dresdner Eisschnelläuferin Karin Enke (Foto, zusammen mit Gabi Schönbrunn, rechts): Im Dezember verbesserte sie auf der Flachlandbahn von Karl-Marx-Stadt zweimal den Weltrekord über 1500 Meter, der zuvor auf der Hochgebirgspiste von Alma Ata gelaufen worden war. Dennoch liegt ihr Hauptaugenmerk auf den Sprintstrecken (500 und 1000 m), denn auf den längeren Distanzen läßt sie der zweimaligen Weltrekordlerin Gabi Schönbrunn und der früheren Vierkampf-Weltmeisterin Andrea Schöne den Vortritt. Karin Enke liebäugelt dennoch mit drei Goldmedaillen: über 500 m, 1000 m und 1500 m.

SAMSTAG, 11. FEBRUAR

PROGRAMM

- **9.00 Uhr:** Biathlon: 20-km-Lauf
- **9.00 Uhr:** Schlitten: Damen/Herren, 3. Lauf
- **10.30 Uhr:** Ski alpin: Damen-Abfahrt
- **12.30 Uhr:** Nordische Kombination: Springen, 70-m-Schanze
- **13.00 Uhr:** Eishockey: UdSSR – Jugoslawien
- **13.30 Uhr:** Zweierbob, 3. und 4. Lauf
- **13.30 Uhr:** Eishockey: Österreich – CSSR
- **16.30 Uhr:** Eishockey: Italien – Polen
- **17.00 Uhr:** Eishockey: Norwegen – USA
- **20.00 Uhr:** Eishockey: Kanada – Finnland
- **20.30 Uhr:** Eishockey: Schweden – Deutschland

I FERNSEHEN

18.05–19.00 Uhr: **Die Sportschau mit Olympiastudio aus Sarajevo, Zusammenfassung vom Tage, Reportagen und Interviews.**

II FERNSEHEN

8.50–16.00 Uhr: **Biathlon: 20-km-Lauf (live), Rennrodeln: 3. Lauf Damen/Herren (live), Ski alpin: Abfahrt der Damen (live), Zweierbob: 3. und 4. Lauf (live).**
21.45–23.15 Uhr: **Eishockey: Schweden – Deutschland (live) und Kanada – Finnland (Aufzeichnung).**

Favoritin des Tages: Irene Epple

Zum Auftakt der olympischen Ski-Saison gewann Irene Eple (Foto) ihre erste Weltcup-Abfahrt beim Kriterium des ersten Schnees in Val d'Isère. Die Erfolgsserie hielt an, bisher war es der beste Winter der 27jährigen Allgäuerin. Das verwundert zum Beispiel die frühere Schweizer Olympiasiegerin Marie-Theres Nadig, die nach ihrem Rücktritt die Rennszene kritisch für eine Schweizer Sportzeitung beobachtet. Marie-Theres Nadig: „Die Weltspitze ist viel ausgeglichener als in den vergangenen Jahren. Obendrein wird viel brutaler gefahren als früher. Mit Routine etwas wettzumachen, scheint mir eigentlich kaum möglich zu sein. Deshalb bin ich erstaunt, daß Irene jetzt ständig vorn mitmischt."

Irene Epple hat dafür eine Erklärung: Nachdem ihre Liaison mit dem englischen Weltrekord-Läufer Sebastian Coe ein Ende fand, konnte sie auch wieder gelöst die Abfahrtspisten hinunterrasen. In Sarajevo kann sie eine Medaille gewinnen, doch wie sagt Marie-Theres Nadig: „Die Weltspitze ist überaus eng zusammengerückt." In den letzten vier Jahren avancierte Irene Epple in ihrer Branche zu einer der fähigsten und wesentlichsten Wortführerinnen, wenn es darum geht, über Renntermine, Gagen und Mannschaftsaufstellungen zu diskutieren.

SONNTAG, 12. FEBRUAR

PROGRAMM

- **9.00 Uhr:** Ski-Langlauf: 5 km, Damen
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 5000 m, Herren
- **12.00 Uhr:** Nordische Kombination: 15 km (Entscheidung)
- **13.00 Uhr:** Skispringen: 70-m-Schanze
- **14.00 Uhr:** Schlitten: Damen/Herren, 4. Lauf (Entscheidung)
- **15.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Eistanz, Freier Spurenbildtanz
- **19.30 Uhr:** Eiskunstlauf: Kür der Paare

I FERNSEHEN

18.23–19.20 Uhr: **Die Sportschau mit Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage, Reportagen und Interviews.**

II FERNSEHEN

8.50–16.00 Uhr: **Skilanglauf: 5 km Damen (live), Eisschnellauf: 5000 m, Herren (live), nord. Kombination: 15-km-Langlauf (live), Skispringen: 70-m-Schanze (live), Rodeln: 4. Lauf Damen/Herren (live).**
17.02–18.00 Uhr: **Sport-Reportage mit Eiskunstlauf: Freier Spurenbildtanz.**
19.30–20.15 Uhr: **Olympia-Studio, Berichte vom Tage**
21.50–23.00 Uhr: **Eiskunstlauf: Kür der Paare (live).**



Favorit des Tages: Thomas Müller

Thomas Müller (Foto) aus Freiburg ist der einzige unter den besten deutschen Kombinierern, der nicht beim Bundesgrenzschutz oder bei der Bundeswehr seinen Dienst versieht. Der Vorsitzende des Ski-Verbandes Schwarzwald hatte vor Jahren eine Idee. Er wollte mit dem „Modell Müller" die Spitze erreichen und sorgte dafür, daß Müller in Freiburg Sport und Biologie studieren durfte. Doch Müller, Sechster der Weltmeisterschaft, hatte Pech: Erst stoppte ihn ein Nierenriß, dann ein Unfall beim Rasenmähen im Garten seiner Eltern. Müller zerschmetterte sich den Fußwurzelknochen. Doch beim Weltcup in Schonach bezwang er Anfang Januar die gesamte Weltelite.

Fünfmal Gold für Eric Heiden – aber der starke Mann mit dem Zahnpasta-Lächeln ist nach Lake Placid in Archiven versunken

Von MARTIN HÄGELE

In den Sport-Archiven endet sein Leben im März 1980: Eric Heiden (21), fünf Goldmedaillen innerhalb von neun Tagen, das Nonplusultra in der Geschichte des Eisschnellaufs. Die letzten Worte von ihm, die schwarz auf weiß übermittelt werden, sind der Politik des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter gewidmet. Sie lauten „big shit" und beziehen sich auf den Boykott der Sommerspiele von Moskau. Übersetzten wir das einmal gelant mit „himmelschreiend".

Einen Monat zuvor noch war im größten Teil der Welt kein Tag ohne Eric Heiden vergangen. Heiden im Fernsehen, Heiden in der Zeitung. Amerika präsentierte diese Babyausgabe von John Wayne. Einer gegen den Rest der Welt, nach diesem Muster war die Erfolgsstory des Eric Heiden gestrickt. Hinter diesem hübschen starken Kerl mit dem Zahnpastalächeln steckte nämlich kein riesiger Verband, mit einem großen Team von Trainer, Betreuern und Ärzten. Eric Heiden war aus dem Nichts aufgetaucht. Ein sonderbares Wesen, das die Eltern, eine sportbegeisterte Arztfamilie, schon mit drei Jahren auf den zugefrorenen Seen in Wisconsin auf die Schlittschuhe gestellt hatten.

Als die Sportwissenschaft 18 Jahre später die 182 Zentimeter und 80 Kilo in Einzelteile zerrupft, anatomisch wieder zusammensetzt und ausdiskutiert hatte, stellte sich Eric Heidens Geheimnis ganz simpel dar. Jung-Siegfried war das Produkt fast unmenschlichen Trainings. Er verbrachte doppelt so viel Zeit auf Schlittschuhen und in der Folterkammer als alle seine Konkurrenten.

Und er härtete seinen Körper geradezu brutal ab. Eric Heiden trug selbst bei 20 Grad Minus nur den hauchdünnen Rennanzug auf nackter Haut, er stand barfuß in den Schlittschuhen und nach dem Duschen lief er mit nassen Haaren durch den Frost. So schockte Eric Heiden seine Gegner. Am meisten aber hat es die Konkurrenz getroffen, wenn Eric Heiden wieder mal erklärte, er unterziehe sich dieser Fron wirklich nur, weil ihm die ganze Geschichte sehr viel Spaß bereite. Diese Definition von Spaß gehört Eric Heiden exklusiv.

Als Heiden aber die Früchte seiner Arbeit erntete, als er die fünf Goldmedaillen kassierte, hat er das eiskalt getan. Kein Charisma, nur die metallene Kühle eines Roboters. Nur, wenn er bei der Siegerehrung die bunte Norwegermütze, die ihm seine Freundin gestrickt hatte, vom Kopf zog, glitt der Anflug eines Lächelns über sein Gesicht.

Das allein war Heidens Zugeständnis an die Öffentlichkeit. Er hat sich immer dagegen gewehrt, irgendjemand zu gehören, sei es nun seinem Land, einer Bewegung namens Olympia oder der Werbewirtschaft als Goldesel. Eric trotzte der riesigen Versuchung, auf einen Schlag Mulitimillionär zu werden. Eigentlich wurde er nur einmal schwach. Das war, als er bei der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC einen Vierjahresvertrag für 400 000 Dollar unterzeichnete. Jetzt muß Eric Heiden dafür aus Sarajevo berichten. Der Goldjunge hat lediglich soviel genommen, daß ihm finanzielle Unabhängigkeit und das, was er „Spaß am Leben" nennt, garantiert waren.

Eric Heiden, jetzt 25 Jahre alt, studiert in Standford Medizin. Wer sich Standford leisten kann, muß entweder einen Millionär zum Vater haben oder bettelarm sein und die geistigen Gaben eines Genies besitzen. Das Abschlußzeugnis der kalifornischen Elite-Universität öffnet in Amerika alle Türen. An jener zweiten Karriere tüftelt Heiden momentan herum. Als Schlüssel in die vornehmste Schule der USA haben ihm seine Medaillen gedient. Nicht der reiche Papa oder irgendwelche Beziehungen.

Weil Eric von Geld, Ruhm und Theater nichts wissen wollte, ist ihm Seltenes widerfahren. „Eric ist ganz genau der gleiche Mensch geblieben", sagt Angelo Anastasio, einer der wenigen Heiden-Freunde. Angelo arbeitet als PR-Manager für die deutsche Firma „adidas" und hat einst bei Cosmos New York Fußball gespielt. Anastasio weiß aus seiner täglichen Arbeit mit Sportstars und Hollywood-Geschöpfen, wie schnell einer ausflippt und abhebt. Wie Eric Heiden seiner Linie und seinen Prinzipien treu geblieben sei, das unterstreiche den ungeheuren Willen und das Selbstvertrauen des Champions.

Aber genauso wenig wie sich Eismann Eric geändert hat, hat sich das Umfeld geändert, das ihn hervorgebracht hatte. „Niemand kennt uns, niemand kümmert sich um uns", jammert Diane Holum, Heidens Trainerin. Sie habe gedacht, die Heiden-Siege würden Eisschnellauf in den Staaten populär machen. Diane Holums betrübliche Erkenntnis: „Aber dazu gehört wohl doch mehr als ein einziger Superstar."

Mit Heiden als Zugpferd hätte der Verband einigen reichen Förderern etliche Dollar aus der Tasche ziehen können. Die Skifahrer, die Eishokkeyspieler bringen mit solchen Sammelaktionen einen ordentlichen Etat zusammen. Auf die Frage, warum Eisschnellaufpräsident George Howie das Idol Heiden noch nicht um Mithilfe gebeten habe, hat Verbandsmanager Gene Sandvig geantwortet: „Warum sollen wir uns *blamieren*. Ich denke, Eric hat uns gegenüber noch Verpflichtungen. Warum kann er nicht auf uns zukommen?"

Eric Heiden hat seinen Dank dann doch noch abgestattet. Als ihn ein Mannschaftsmitglied um Unterstützung bat, rief Heiden bei einem Mäzen an. Der machte auf der Stelle 225 000 Dollar locker.

Das war's von Eric, der vor vier Jahren fünfmal Gold gewann. Apropos Archiv. Vielleicht braucht man doch noch ein paar Blätter. Er wolle unbedingt die Tour de France mitfahren, sagt er. Sein altes Ziel hat sich Eric Heiden noch nicht aus dem Kopf geschlagen. Wenn er es dereinst tut, wird es wieder eine Geschichte geben über den Mann, der bisher als einziger bei Olympischen Spielen fünfmal Gold gewann.

Sarajevo '84

● In Kongsberg, Norwegen, steht ein Denkmal für Thorleif Haug, der hier geboren wurde und im Alter von 40 Jahren starb. Haug hatte bei den ersten Winterspielen, vor 60 Jahren in Chamonix, drei Goldmedaillen gewonnen. Im Langlauf über 18 und 50 km und in der nordischen Kombination. Eric Heiden gewann vor vier Jahren fünfmal Gold. Doch schon damals spottete Herb Brooks, der Trainer der erfolgreichen Eishockeyspieler aus den USA: „Er ist groß, aber er macht den falschen Sport mit seinen Schlittschuhen." Die Welt des Sports wird immer schnellebiger. *Eric Heiden ist nur noch ein Fall für die Archive.*

MONTAG, 13. FEBRUAR

PROGRAMM

- **7.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Pflicht Herren
- **9.00 Uhr:** Ski-Langlauf: 15-km-Lauf, Herren
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 1000 m, *Damen*
- **12.00 Uhr:** Ski alpin: Riesenslalom, Damen, 1. Lauf
- **13.00 Uhr:** Eishockey: Schweden – Polen
- **13.30 Uhr:** Kanada – Norwegen
- **16.30 Uhr:** Jugoslawien – Italien
- **17.00 Uhr:** Deutschland – UdSSR
- **20.00 Uhr:** USA – Österreich
- **20.30 Uhr:** Finnland – CSSR

I FERNSEHEN

8.50–13.30 Uhr: **Skilanglauf: 15 km Herren (live). Eisschnellauf: 1000 m Damen (live), Riesenslalom: Damen, 1. Lauf (live).**
16.55–19.30 Uhr: **Eishockey: Deutschland – UdSSR (live).**
20.15–21.00 Uhr: **Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage mit Reportagen und Interviews.**
23.00–24.00 Uhr: **Eishockey: Finnland – CSSR (Aufzeichnung).**

Favorit des Tages: Wassberg

In Lake Placid bezwang der Schwede Thomas Wassberg (Foto) den Finnen Mieto im 15-km-Lauf um eine Hundertstelsekunde. Messungen dieser Art wurden zwar abgeschafft, damit sich aber eine solche Entscheidung nicht wiederholt, setzt Wassberg diesmal auf die 50 km.

DONNERSTAG, 16. FEBRUAR

PROGRAMM

- **9.00 Uhr:** Ski-Langlauf: 4×10-km-Staffel, Herren
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 1500 m, Herren
- **12.00 Uhr:** Ski alpin: Riesenslalom, Herren, Entscheidung
- **14.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Damen
- **19.30 Uhr:** Eiskunstlauf: Kür, Herren

I FERNSEHEN

8.50–13.30 Uhr: **Skilanglauf: 4×10-km-Staffel, Herren (live), Eisschnellauf: 1500 m, Herren (live), Riesenslalom: 2. Lauf, Herren (live).**
17.00–18.30 Uhr: **Eiskunstlauf: Kurzprogramm der Damen (live).**
19.00–19.50 Uhr: **Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage, mit Reportagen und Interviews**
21.00–23.00 Uhr: **Eiskunstlauf: Kür der Herren (live).**

Favorit des Tages: Scott Hamilton

Geboren am 28. August in Toledo. Größe: 1,59 m. Gewicht: 50 kg. Das ist ein dürftiger Steckbrief, aus dem höchstens herauszulesen ist, warum der junge Mann „Scotti, der rasende Zwerg" genannt wird. So klein und leicht war noch *niemand*, der in der Weltspitze der Eiskunstläufer seine Pirouetten drehte. Scott Hamilton (Foto) ist Weltmeister seit 1981. Bei den Landesmeisterschaften 1984 zogen die Punktrichter fünfmal die Traumnote 6,0 für seinen Vortrag. Ein Vortrag, der sich nicht verändert hat: sichere Sprünge, alle dreifach, wirbelnde Pirouetten, phantastisch schnelle und exakte Schrittkombinationen. Das wird wohl auch diesmal zum *Gold* reichen, obwohl er in seinem künstlerischen Eindruck abfällt. Scott Hamilton hat den Sport vom Arzt verschrieben bekommen. Bis zum neunten Lebensjahr litt er unter einer lebensgefährlichen Wachstumsstörung.

MITTWOCH, 15. FEBRUAR

PROGRAMM

- **7.00 Uhr:** Eiskunstlauf: Pflicht, Damen
- **9.00 Uhr:** Ski-Langlauf: 4×5-km-Staffel, Damen
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 3000 m, Damen
- **10.00 Uhr:** Schlitten: Doppelsitzer
- **12.00 Uhr:** Ski alpin: Riesenslalom, Herren, 1. Lauf
- ***13.00 Uhr:*** *Eishockey: Norwegen* – Österreich
- **13.30 Uhr:** Eishockey: Finnland – USA
- **16.30 Uhr:** Eishockey: Jugoslawien – Polen
- **17.00 Uhr:** Eishockey: UdSSR – Schweden
- **20.00 Uhr:** Eishockey: Deutschland – Italien
- **20.30 Uhr:** Eishockey: CSSR – Kanada

II FERNSEHEN

8.50–13.30 Uhr: **Skilanglauf: 4×5-km-Staffel, Damen (live), Eisschnellauf: 3000 m Damen (live), Rodeln: Doppelsitzer/Herren (live), Ski alpin: Riesenslalom, 1. Lauf, Herren (live).**
19.30–20.15 Uhr: **Olympiastudio, Bericht vom Tage.**
20.15–22.20 Uhr: **Eishockey, Gruppe A: Deutschland – Italien (live).**
23.15–0.15 Uhr: **Eishockey: Zusammenfassung der Spiele Finnland – USA, UdSSR – Schweden, CSSR – Kanada.**



Favoriten des Tages Brunner/Brunner

Rodler aus Südtirol gehörten schon immer zur Weltspitze, besonders dann, wenn sie Brunner heißen. Karl Brunner war 1971 Weltmeister im Einsitzer. Jetzt sind Helmuth Brunner (23) und Walter Brunner (23) Europameister im Doppelsitzer und Favoriten auf Gold. Eine zufällige Namensgleiche, verwandt sind sie alle nicht miteinander. Helmuth (Foto, rechts) aus Stilfes ist der Pilot – blond und kräftig. Walter aus Sterzing ist schwarzhaarig und eher schmächtig.

DIENSTAG, 14. FEBRUAR

PROGRAMM

- **9.00 Uhr:** Biathlon: 10 km
- **9.30 Uhr:** Eisschnellauf: 1000 m, Herren
- **12.00 Uhr:** Riesenslalom, Damen, Entscheidung.
- **15.30 Uhr:** Eiskunstlauf: Kurzprogramm, Herren
- **19.30 Uhr:** Eiskunstlauf: Eistanz, Kür

I FERNSEHEN

8.50–13.30 Uhr: **Biathlon: 10 km (live), Eisschnellauf: 1000 m Herren (live), Riesenslalom: Damen, 2. Lauf (live).**
17.00–18.30 Uhr: **Eiskunstlauf: Kurzprogramm der Herren (live).**
19.00–19.50 Uhr: **Olympiastudio, Zusammenfassung vom Tage mit Reportagen und Interviews.**
21.45–23.00 Uhr: **Eiskunstlauf: Kür Eistanz (live).**



Favoritin des Tages: Weltmeisterin Erika Hess

Erika Hess (Foto), die dreimalige Ski-Weltmeisterin aus der Schweiz, gilt als die große Perfektionistin. Als sie im Winter 1982/83 ins Krankenhaus mußte, um sich einer Meniskusoperation zu unterziehen, tat sie es bei jenem Schweizer Ärzte-Team, das mit Hilfe von Mikroinstrumenten operiert. Auf diese Weise war Erika Hess bereits zwölf Tage nach dem Eingriff wieder in Form und startete im Weltcup. Nichts überläßt die Bauerntochter dem Zufall. Im Sommer zum Beispiel hielt sie sich drei Wochen lang in England auf, Urlaub nannte sie das. Doch die frühere englische Ski-Rennläuferin und spätere Autorennfahrerin Divina Galica beobachtete sie, wie sie täglich mehrere Stunden lang auf einem großen Ball ihr Balancegefühl für den Slalom schulte. Und die Liechtensteiner Olympiasiegerin Hanni Wenzel frotzelte: „Sie hat zwar gesagt, sie habe kaum Englisch gelernt in dieser Zeit. Doch wie ich Erika Hess kenne, hat sie auch innerhalb von drei Wochen diese Sprache wie eine Besessene gepaukt."

Ostexperten des Wiener Funkhauses von der „Iswestija" attackiert

Moskau wittert eine Verschwörung

Die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" begann das neue Jahr mit einer Attacke auf das Österreichische Fernsehen (ORF) – und zwar auf die Redaktion für Ost- und Südosteuropa und ihren Leiter, Paul Lendvai. Die „Iswestija" protestierte gegen eine Sendereihe, die unter dem Titel „Das Erbe von Jalta" ausgestrahlt worden war. In diesen viel beachteten Dokumentarfilmen war die Entwicklung der osteuropäischen Staaten seit 1945 gezeigt worden – wobei die Österreicher natürlich auch jene Ereignisse nicht verschwiegen, über die heutzutage in der kommunistischen Welt ungern gesprochen oder am liebsten ganz geschwiegen wird.

Der „Iswestija" genügte das, um den Ost-Redaktionschef Lendvai als „Spezialisten für Osteuropa-Angelegenheiten" zu bezeichnen (was nach sowjetischer Lesart fast wie eine Beschimpfung sein soll) und ihm vorzuwerfen, er sei „viele Jahre auf den Wellen von Wühlstationen" tätig gewesen. Der Film über Polen wurde von Moskau als „erz-antisowjetisch" und „antisozialistisch" charakterisiert. In dem Film über die Tschechoslowakei entdeckte die „Iswestija" eine „Nostalgie hinsichtlich der Bourgeoisie" (die durch den kommunistischen Februar-Umsturz 1948 abgeschafft worden war). Die Österreicher hätten überdies ihr „Bedauern" ausgedrückt, daß im Mai 1945 nicht die Amerikaner, sondern die Sowjets in Prag einmarschiert seien.

Der Moskauer Artikel endet mit einer kaum verhüllten Drohung: Es sei nicht überraschend, daß Lendvai, dem übrigens vorgehalten wird, er sei seinerzeit aus Ungarn geflüchtet – von einem „Anwachsen der Opposition" in den sozialistischen Staaten träume. Die Österreicher sollten aber, wenn sie Jalta kritisierten, vergessen, daß sie ihre Unabhängigkeit solchen Kriegskonferenzen zwischen den Alliierten zu verdanken hätten.

Es ist klar, daß den Sowjets das Österreichische Fernsehen besonders deswegen unangenehm ist, weil die Wiener Sendungen bis tief in den kommunistischen Machtbereich gesehen und gehört werden können. Der westliche Teil Ungarns, ein großer Teil Südböhmens und der Slowakei sehen und hören den ORF als eine Art „Haussender". Dasselbe gilt für Jugoslawien, ja sogar für das südliche Polen (hier allerdings beschränkt auf den Hörfunk).

Allerdings ist die Haltung der einzelnen kommunistischen Regierungen gegenüber dem Wiener Fernsehen und Hörfunk differenziert. Die Ungarn sind am elastischsten. Statt mit Wien zu polemisieren, ziehen sie es vor, mit dem ORF zu kooperieren und auf diese Weise ihren Einfluß geltend zu machen. So gab es neulich sogar eine gemeinsame Fernsehdiskussion über österreichisch-ungarische Beziehungen, die sowohl vom ORF als auch – synchronisiert und in Auszügen – vom Ungarischen Fernsehen übernommen wurde. Mit dem nicht zum Ostblock gehörenden Jugoslawien hat sich das Verhältnis – nach anfänglichen Belgrader Polemiken – entspannt. Mit Rumänien und Bulgarien, neuerdings auch mit Polen, haben die Wiener Ost-Berichterstatter nicht größere Schwierigkeiten, als sie eben allgemein mit kommunistischen Staaten üblich sind. Sehr negativ hingegen reagiert die Tschechoslowakei: Einreisevisa für ORF-Mitarbeiter werden oft verweigert – wegen angeblich negativer Berichterstattung.

Die Sowjets wittern schließlich hinter der ORF-Ostredaktion eine „Verschwörung". In Moskau heißt es, die Sendereihe über Jalta sei nach der Wiener Rede des US-Vizepräsidenten Bush ausgestrahlt worden. Darin will man sowjetischerseits einen Beweis dafür sehen, daß der ORF im Auftrag Washingtons aktiv geworden sei, um den sowjetischen Einflußbereich in Osteuropa zu destabilisieren.

In Wien betont man allerdings, daß davon keine Rede sein könne – schon weil die Sendereihe bereits zu einer Zeit in Arbeit war, als nicht einmal Bush selber ahnen konnte, daß er je eine solche Rede in Wien halten würde. Inzwischen versuchen es die Sowjets und ihre kommunistischen Freunde in Österreich mit Intrigen und Beeinflussungen – etwa nach dem Motto: Alle Fernsehleute sind gut, nur die Ostexperten im Wiener Funkhaus sind böse. Es ist das alte Lied: Die Sowjets betrachten jeden mit Argwohn, der zu viel von ihren internen Problemen versteht. Am liebsten sind ihnen naive, unpolitische Partner. Das gilt für die Politik ebenso wie für den Journalismus und die Medien. Die Österreicher werden gute Nerven und Geschick brauchen, um mit dieser Tatsache zu leben.

CARL GUSTAF STRÖHM

KRITIK

Das Buch wollte nun mal das Klischee

Das Drehbuch macht den Film. Da mag ein Wolfgang Staudte kommen und mit genial ordnender Hand eingreifen, mag ganze Passagen zu wirklichem Filmerlebnis hochtrimmen, da mag eine Phalanx von Darstellern erster Güte Leben erzeugen auf dem Fernsehschirm, es hilft nur partiell, etwas Großes will da nicht werden: **Tatort – Freiwild** (ARD).

Das Buch will das Klischee, zum Beispiel das der alten Dame, die eine Silberkrücke trägt und das Haar streng nach dem Karikaturenmuster des verblichenen Simplizissimus. Sie hat natürlich das Geld der Familie und rückt es auch nicht heraus. Da ist der forschende Mediziner, der Menschenversuche an Obdachlosen macht, die er von seinem Bruder, der folgerichtig Apotheker ist, vor dem Sozialamt aufgreifen läßt. Beide Rollen sind hervorragend besetzt (Armin Müller-Stahl und Hans-Peter Hallwachs), aber was nützt uns ihre darstellerische Fähigkeit und Bemühtheit, wenn das dramaturgische Gerüst ihrer Aktivitäten wackelt.

Reden wir von den armseligen Obdachlosen, die in Paris Clochards genannt werden, bei uns aber über den Status eines „Penners" nicht hinausgekommen sind in unserer lieblosen Abwertung des Tristen, des Verunglückten, des Abgesunkenen, allenfalls sind sie „Berber", sie alle werden von erstklassigen Chargen gespielt, Chargen im Sinne von Hauptdarstellern in Nebenrollen. Doch auch hier produzieren sich nur Episoden, Anekdoten, Kleinst-Szenen von großer Dichte: Da läßt Staudte wirklich und authentisch grüßen.

Über die Polizei-Seite des Stückes ist wenig zu vermelden, Volker Brandt als Kommissar und Helmut Gauss als der Assistent haben nur Stichworte abzuliefern, sie tun das mit der schlichten Routine, die das Drehbuch offenbar als Berufserfahrung andient. Staudte hat sie nicht erst zu verlebendigen versucht.

Staudte hatte in Gerard Vandenberg einen der besten Kameraleute unserer Tage zur Hand. Die Endfassung des Stückes hat der Regisseur nicht mehr gesehen, er starb kurz nach Beendigung der Arbeiten am 19. Januar; noch zum Jahresausgang hatte er an dem Film gearbeitet.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

In einer konzertierten Aktion zwischen der Schulfernseh-Redaktion des WDR und den Gesamtseminaren für die Lehrerfortbildung des Landes NRW entsteht zur Zeit eine **Schulfernsehfassung der ARD-Sendereihe „Abenteuer Bundesrepublik"**. Geschichts- und Politiklehrer aus allen fünf Regierungsbezirken haben in wochenlangen Sitzungen gemeinsam mit WDR-Redakteur Ulrich Harbecke ein Konzept für die Sendungen und didaktisches Begleitmaterial entwickelt. „Abenteuer Bundesrepublik" wird vom 22. 3. 84 an ausgestrahlt. (agi)

*

Im **Studio Hamburg**, der führenden deutschen Produktionsstätte für Fernsehen und Film, tritt zum 1. März eine Veränderung der Geschäftsführung ein. Der langjährige Geschäftsführer Claus Kühn scheidet aus, Geschäftsführer sind vom 1. 3. an Frau Helga Mauersberger und Dr. Martin Willich. Willich wird Vorsitzender der Geschäftsführung und leitet auch den Geschäftsbereich Atelier. „Studio Hamburg Atelier GmbH" ist eine Kommerztochter des NDR, dessen stellvertretender Intendant Jobst Plog Vorsitzender des Studio-Aufsichtsamtes ist. (V. P.)

*

Der Münchner Kreis ist am 23. Februar Veranstalter einer **Fachkonferenz** zum Thema „Neue Mediengesetze der Länder gewinnen Gestalt – Konsequenzen für die Betroffenen" in München. Eingeladen sind Rechtsexperten aus den Staatskanzleien der Länder, die in Kurzreferaten das jeweilige Landesgesetz vorstellen werden. (FK)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Zurück an Absender
11.55 Tagebuch
12.10 Was hält die EG zusammen?
Reportage am Montag
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.25 Olympische Winterspiele
Sarajevo heute
Eishockey: USA – Kanada
Übertragung aus dem Zetra-Eisstadion
16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
2. Im Dienst der Post: „Fräulein, gehören Sie dem Amt?"
Mit ca. 180 000 Beamtinnen, Angestellten und Arbeiterinnen ist die Post der größte Arbeitgeber für Frauen. Heute demonstrieren drei alte Damen im Postmuseum, wie sie früher in der Telefonzentrale gearbeitet haben.
16.55 Spaß am Dienstag
Funkes Werkstatt (5)
17.50 Tagesschau
20.00 Olympische Winterspiele
Eishockey: Deutschland – Jugoslawien
Live aus dem Skenderija-Eisstadion
Nach dem ersten Drittel: ca.
20.45 Tagesschau
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Bücher
In der Sendung sollen u. a. folgende Neuerscheinungen vorgestellt werden: „Glücklich wie die Könige" – Ernest Hemingway, ausgewählte Briefe 1917 – 1961, herausgegeben von Carlos Baker / André Gorz: „Wege ins Paradies" / Raissa Orlowa-Kopelew: „Die Türen öffnen sich langsam"
Moderation: Kurt Zimmermann
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Die Berliner Theatergruppe „Spätzünder"
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.34 Peppino
6. Die Piratenhochzeit
17.00 heute / Aus den Ländern
17.50 Waldheimat
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Sauerbruch – Das war mein Leben
Dt. Spielfilm, 1954
Mit Ewald Balser, Heidemarie Hatheyer u. a.
Regie: Rolf Hansen
Der auf der Sauerbruch-Biographie „Das war mein Leben" basierende Film enthält Ausschnitte aus dem Leben des berühmten Chirurgen (1875 bis 1951).
21.15 WISO
Sozialreport: Fachkräfte – nur mit der Lupe zu finden? / Zur Person: Der Mann nach Stingl – Heinrich Franke / Der Fall: Antonio C. – In den Fängen einer Versicherung / Tips: Kündigung von Versicherungsverträgen
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Der Botschafter
Stück von Slawomir Mrozek
Dt. von M. C. A. Molnar
Mit Boy Gobert, Regina Lemnitz, Klaus Schwarzkopf u. a.
Inszenierung: Tom Toelle
23.50 Zeugen des Jahrhunderts
Manès Sperber im Gespräch mit Frank A. Meyer
0.50 heute



Trotz der hoffnungslosen Lage ist der Botschafter (Boy Gobert) nicht bereit, den politischen Flüchtling auszuliefern. – „Der Botschafter", ZDF, 22.05 Uhr
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Algebra (32)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ernst L. Freisewinkel aus Belgien
20.45 Rückblende
Impfstoff gegen Kinderlähmung
21.00 Formel Eins
21.45 Im Stand der Unruhe
22.15 Thema des Monats
Anschl. letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.45 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Thema: Wer sind wir? Die israelische Gesellschaft im Umbruch
Anschl. Kurznachrichten
21.15 Der Prinzregent (6)
22.05 Juristen-Stammtisch
Thema: Das neue Gesetz zur Parteienfinanzierung
22.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.15 Tatort:
Kennwort Gute Reise
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Neue Töne aus der Neuen Welt
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (32)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Die fette Haut
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Kulturspiegel
21.00 Praktische Tips
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Der Untertan
Dt. Spielfilm, 1951
23.00 Avanti! Avanti! (17)

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Meine Tochter lebt in Wien
Österr. Spielfilm, 1940
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.30 Rundschau